

Projektfazit / Schlussfolgerungen

Dialog Bildungslandschaft Neckarstadt-West



Bereich Forschung und Beratung
Jürgen Aring / Fabian Rohland

Januar 2015

Projekt im Rahmen des vhw-Städtenetzwerkes „Stärkung lokaler Demokratie durch
bürgerorientierte, integrierte Stadtentwicklung“

Dialogprojekt: Bildungslandschaft Neckarstadt West

Projektfazit / Schlussfolgerungen

Ein besonderes Verfahren

Vom Sommer 2013 bis zum Winter 2014 wurde über eineinhalb Jahre das Dialogprojekt Bildungslandschaft Neckarstadt-West durchgeführt. Das vorliegende kurze Papier fasst zentrale Erkenntnisse zusammen, und baut die Brücke zurück vom Dialogprojekt zu den Prozessen und Verfahren der repräsentativen Demokratie.

Das Dialogprojekt war auch für die beteiligungswillige und -erprobte Stadt Mannheim ein besonderes Verfahren, weil es deliberative Prinzipien umzusetzen suchte. Dazu zählen die breite Beteiligung möglichst aller relevanten Interessen aus einer sozial vielfältigen Bürgerschaft in der Neckarstadt West sowie Dialogformate, die einen fairen Diskurs ermöglichen. Deswegen gleicht der Prozess einem Eisberg, der weitaus größer ist als der über der Wasseroberfläche sichtbare Teil. Öffentlich, im Quartier beworben und in den städtischen Medien genannt, war die offene Bürgerveranstaltung, die im September 2014 durchgeführt wurde. Dieser Veranstaltung vorgeschaltet war jedoch ein langer Prozess mit verschiedenen Teildialogen, in denen die deliberativen Prinzipien besonders gut umzusetzen waren. Verknüpft wurden Teildialoge, die in unterschiedlichen Formaten mit Bürgern (mit lebensweltlichen Zugang zum Thema) sowie mit lokalen und städtischen Stakeholdern (mit fachlich-professionellen Zugang zum Thema) geführt wurden. Begleitet wurde der Prozess von einer Screening-Gruppe, in der Zwischenergebnisse reflektiert und eigene Impulse entwickelt wurden. Aus praktischen Gründen hat sich zudem aus der Screening-Gruppe eine ergänzende kleinere Lenkungsgruppe gebildet.

Das besondere Verfahren sollte den darin entwickelten Anregungen und Vorschlägen zur Weiterentwicklung der Bildungslandschaft in der Neckarstadt-West eine besondere Wahrnehmung im weiteren politischen Prozess sichern, zumal die Durchführung des besonderen Verfahrens zuvor vom Hauptausschuss der Stadt Mannheim beschlossen und damit auf den Weg gebracht worden war. Ungeachtet des besonderen Verfahrens sind für daraus zu entwickelnde Entscheidungen die gewählten politischen Vertreter zuständig und verantwortlich. Doch darf aus dem besonderen Verfahren auch der Anspruch geäußert werden, im nachfolgenden politischen Prozess besonders aufgegriffen zu werden.

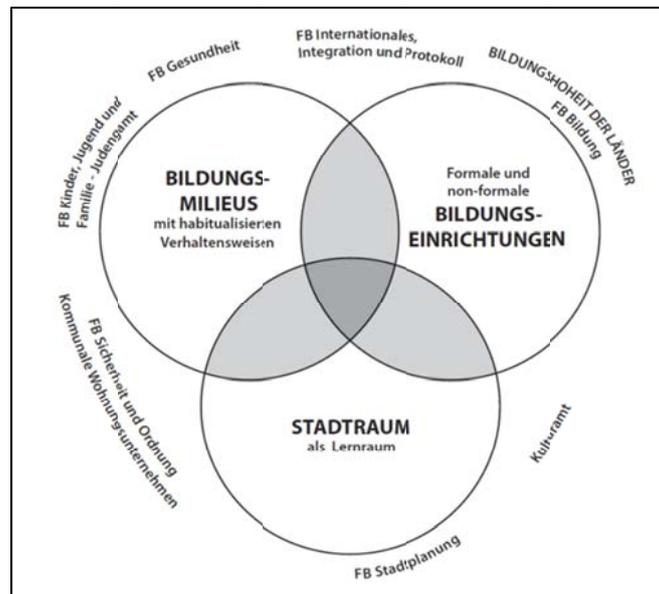
Inhaltliche Anregungen aus den Teildialogen und der Screening-Gruppe

Der Prozess startete mit zwei inhaltlichen Zielen: Zum einen die Stärkung des Bildungsdialoges zwischen Eltern und Institutionen zur gemeinsamen Weitergestaltung der Bildungslandschaft. Standen dabei zum Anfang praktische Fragen des Austausches zwischen Schulen bzw. Kitas und den (teilweise schwer erreichbaren) Eltern im Focus, so weitete sich der Blick im Laufe des Prozesses. Der Dialog bezieht sich dann nicht nur auf konkrete Situationen im Schul- oder Kita-Alltag, sondern macht die zukünftigen Lebensperspektiven von Kindern in der Neckarstadt-West zur Messlatte und zum Orientierungspunkt des Dialoges. Konkrete Strukturen und zukünftige Maßnahmen sollen sich an dieser Messlatte messen lassen.

Der zweite Zugang bestand darin, Bildung als Teil einer integrierten Stadtentwicklung zu verstehen. Den Ausgangspunkt dafür bildet die Vernetzung der institutionellen Akteure im Bildungsbereich, oder eine „Governance der Bildungsinstitutionen“ wie es Professor Olk in

seiner Studie genannt hat.¹ Auf diesem Weg ist man in Mannheim und der Neckarstadt West in den vergangenen Jahren schon ein gutes Stück vorangekommen.

Der Dialog des letzten Jahres hat aber in Übereinstimmung mit den Folgerungen von Prof. Olk gezeigt, dass der Begriff der „integrierten Bildungslandschaften“ noch umfassender gedacht werden sollte. Es zeigt sich ein Feld mit mindestens drei Brennpunkten: (a) das Feld der formalen und non-formalen Bildungseinrichtungen, (b) das Feld des Stadtraumes als Lernraum, und (c) das Feld des Sozialraumes, in dem sich unterschiedliche Bildungsmilieus finden.



Integrierte Stadtentwicklung geht die Weiterentwicklung der Bildungslandschaften aus diesen Perspektiven gleichzeitig an und adressiert dabei viele Akteure (kommunale, staatliche, institutionelle, zivilgesellschaftliche, private), ihre Projekte oder Initiativen als Bausteine zur Bildungslandschaft auszurichten. Die verschiedenen Akteure können also durchaus in ihrem sektoralen Kompetenzbereich bleiben, wobei sie jedoch ihre Frage- und Aufgabenstellungen durch eine „Bildungslandschafts-Brille“ neu formulieren und angehen. Für einen Fachbereich Stadtentwicklung hieße dies beispielsweise, die Qualität des Stadtraumes nicht nur nach fachüblichen städtebaulichen Kriterien zu betrachten, sondern ihn als Lern- und Aufwuchsraum für Kinder in den Blick zu nehmen. Das dürfte zu neuen Bewertungen und Handlungsansätzen führen.

Insofern sind die drei Felder zunächst nur locker miteinander verknüpft, um den Integrationsanspruch nicht zu überlasten. Der integrierte Ansatz liegt zunächst nicht darin, dass alle mit allen kooperieren, denn das führt zu einer Überforderung und einem Rückzug der Akteure. Vielmehr geht es darum, dass die unterschiedlichen Akteure ihre Aktivitäten an einer einheitlichen Zielvorstellung ausrichten.

Über ein Memorandum der Stadt Mannheim und einen motivierenden, qualifizierenden und evaluierenden Begleitprozess (wie man ihn beispielsweise von den IBAs kennt), könnte eine solche Grundausrichtung erreicht werden.² Intensivere Kooperationen bei bestimmten

¹ Die Wissenschaftler Professor Olk, Ivanka Somborski und Constanze Woide der Martin-Luther-Universität Halle Wittenberg untersuchten im Rahmen des Forschungsprojektes „Educational Governance – Kommunale Bildungslandschaften“ (2013) im Auftrag des vhw – Bundesverbandes die lokalen Bildungslandschaften in Quartieren der Großstädte Mannheim, Karlsruhe und Nürnberg.

² In einem Memorandum würden dabei die „bildungspolitischen Leitvorstellungen“ formuliert werden, die mittels eines Projektwettbewerbs ihre Realisierung finden könnten. Bestandteile eines Wettbewerbs wären ein Qualifizierungsverfahren und eine stetige Kontrolle während der Projektphasen.

Kooperationen dürften dann - scheinbar von allein – erforderlich und selbstverständlich werden. In der Grafik deuten dies die grauen Überschneidungsflächen der Kreise an.

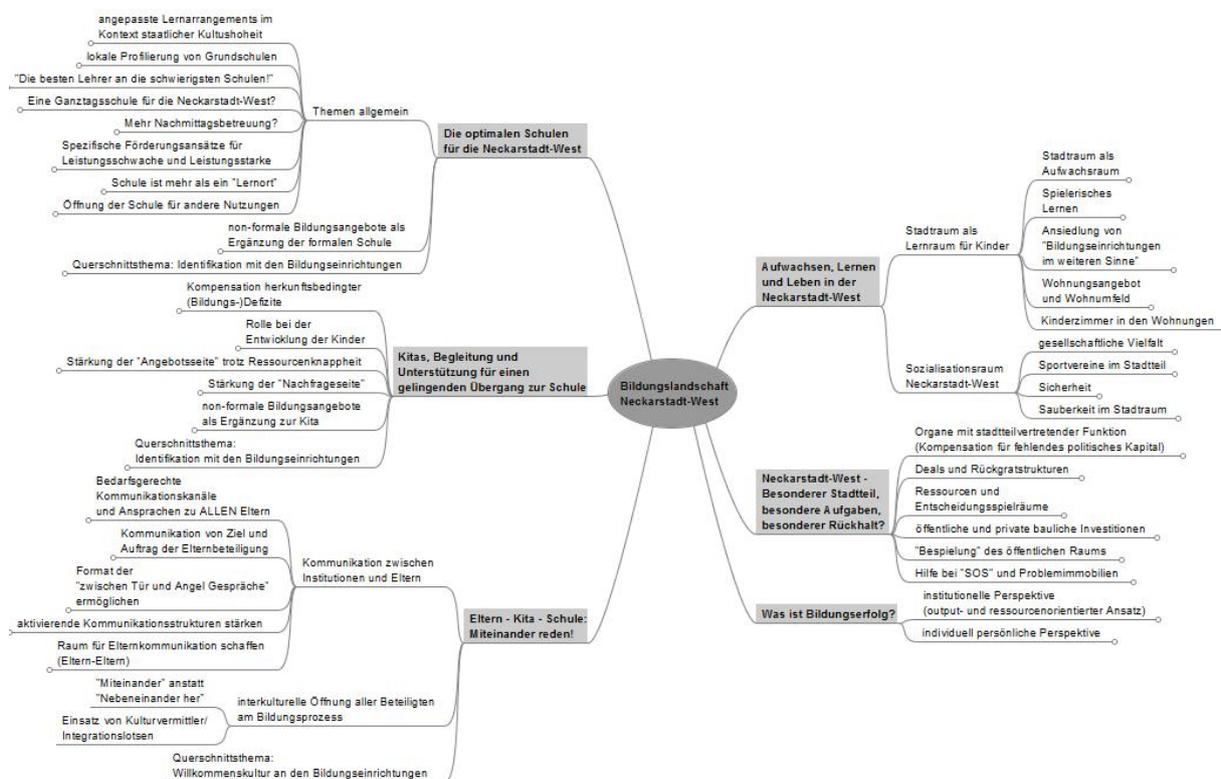
Die Screening-Gruppe spricht sich klar dafür aus, bei der Weiterentwicklung der Bildungslandschaft der Neckarstadt-West diese integrierte Perspektive zu forcieren.

Eine Gesamtperspektive ist wichtig, doch sie muss über Maßnahmen und Projekte mit Leben gefüllt werden. Das sahen auch die Bürger und Stakeholder in den Teildialogen so. Aus den Gesprächen ergab sich eine Vielzahl von Anregungen und Vorschlägen, die für die weitere Arbeit zu sechs Themenschwerpunkten gebündelt wurden.

1. Die optimalen Schulen für die Neckarstadt-West
2. Kitas, Begleitung und Unterstützung für einen gelingenden Übergang zur Schule
3. Eltern – Kita – Schule: Miteinander reden
4. Aufwachsen, Lernen und Leben in der Neckarstadt-West
5. Neckarstadt West – Besonderer Stadtteil, besondere Aufgaben, besonderer Rückhalt
6. Was ist Bildungserfolg?

Die nachfolgende Grafik mit den Hauptsträngen der Diskussion und den dahinter stehenden Verästelungen zeigt ein umfassendes Bild der Anregungen aus den Teildialogen. Sie stellt die knappste Zusammenfassung des Arbeitspapiers „Thesen und Themen – Materialsammlung aus dem Bildungsdialog“ dar.

Themenschwerpunkte des Bürgerbeteiligungsverfahrens „Dialog Bildungslandschaft Neckarstadt-West“ im Überblick



(Anmerkung: am Ende des Projektfazits befindet sich die gleiche Grafik im DIN A4-Format)

Vielseitig und anregend sind die Ergebnisse des Dialoges, doch sie zeigen auch eine fachlich-professionelle Begrenztheit. Die Anregungen und Vorschläge konnten im Dialogverfahren nur ansatzweise auf ihre Kompatibilität mit den existierenden Strukturen und Leitvorstellungen abgeprüft werden.

Im Dialogprojekt wurde deshalb bewusst vermieden, hier von „verabschiedungsfähigen Ergebnissen“ zu sprechen. Vielmehr wurde das Papier mit „Thesen und Themen“ übertitelt und als „Materialsammlung aus der Dialogphase“ bezeichnet. Gerade diese Unschärfe und Offenheit erlaubt es, das Papier zur Grundlage der weiteren politischen Prozesse zu machen. Es spricht die Punkte an, die im Bürgerdialog als wichtig erachtet wurden, ohne jedoch politische und fachliche Bewertungen vorwegzunehmen. Das Arbeitspapier „Thesen & Themen“ ist diesem Projektfazit als Anhang beigefügt.

Die Screening-Gruppe spricht sich dafür aus, im weiteren Prozess jedes der sechs Schwerpunktthemen anzugehen und sie gleichzeitig auch als Gesamtpaket zu sehen. Das Berichtspapier „Thesen & Themen“ bildet dann die Grundlage für Prüf- und Arbeitsaufträge an die Verwaltung.

Anregungen aus der offenen Bürgerveranstaltung

Am 23. September 2014 wurde im Bürgerhaus der Neckarstadt-West eine offene Bürgerveranstaltung als Teil des Dialogprojektes durchgeführt. Dabei bestand einerseits die Herausforderung der Offenheit und breiten Beteiligung. Es sollten zusätzliche Bürger in den Dialogprozess eingebunden werden, um das Dialogverfahren breiter und offener zu machen. Andererseits sollten die Diskussionen auf der Bürgerveranstaltung durch die Mitwirkung neuer Akteure nicht erneut „bei Null“ starten. Es galt also, die Ergebnisse des vorangegangenen Prozesses aufzuarbeiten und in die Bürgerveranstaltung einzuspeisen. Dazu trug zum einen das gewählte Format mit sechs Themeninseln bei, die die Themenschwerpunkte aus den Teildialogen aufgriffen. Zum anderen wurden die Themeninseln von Dreierteams moderiert, deren Mitglieder entweder schon über die Screening-Gruppe den Prozess begleitet haben, oder sich über das o.g. Arbeitspapier „Thesen & Themen“ eingearbeitet haben.

Aus der offenen Bürgerveranstaltungen lassen sich auf drei Stufen verschiedene Anregungen mitnehmen: (a) allgemeine, die Teildialoge bestätigenden Anregungen, (b) Besondere Impulse im Sinne von Akzentsetzungen, Gewichtungen oder Präferenzsetzungen, (c) Anregungen aus der Plenumsdiskussion mit OB Dr. Kurz.

Ad a) Auf der offenen Bürgerveranstaltung wurde nicht über das vorangegangene Verfahren geurteilt oder abgestimmt. Ein solcher Schritt war nicht vorgesehen, denn dazu hätte auch keine Legitimation bestanden. Der Zusammenhang zwischen offener Bürgerveranstaltung und vorangegangenen Dialog kann nur implizit aus der Übereinstimmung von Grundhaltungen abgeleitet werden. Dabei zeigt sich:

- Die Agenda mit den sechs Schwerpunkten trifft auf Zustimmung. Alle Schwerpunkte werden für wichtig erachtet. Das Thema „Was ist Bildungserfolg?“ ist dabei operativ am schwierigsten zu diskutieren und schwebt doch gleichzeitig als Messlatte für Maßnahmen über allen Diskussionen. Denn die Lebensperspektiven der Kinder in der Neckarstadt liegen den Bürgern allgemein und den Eltern im Besonderen am Herzen.
- Die sechs Schwerpunkte, die in den Themeninseln diskutiert wurden, sind keine isolierten Felder, sondern sie berühren einander. Ihre Bezüge und Zusammenhänge werden in den konkreten Situationen immer wieder deutlich. Die Bürger wollen die

Felder nicht isoliert sondern im Verbund betrachten. Das kann als implizites Plädoyer für eine „Politik der integrierten Bildungslandschaft“ verstanden werden.

- Daraus leitet sich der Wunsch nach einer umfassenden Handlungsstrategie ab, die alle sechs Schwerpunkte umfasst und verknüpft. Hier wird nicht an einen kopflastigen Überbau gedacht. Handeln und konkrete Verbesserungen liegen den Menschen näher als große Planwerke. Insofern bedarf es eher des Aufbaus von Strukturen, die etwas Schwarmartiges haben. Die Maßnahmen und Initiativen sollen eigenständig und handlungsfähig sein, aber gleichzeitig wie ein Schwarm in eine Richtung schwimmen und sich dabei gegenseitig nicht behindern.

Ad b) Besondere Impulse aus den Themeninseln der Bürgerveranstaltung

Die Diskussionen im Bürgerdialog griffen die Anregungen aus den Teildialogen auf und bestätigten oder vertieften diese. Die inhaltlichen Ergebnisse sind dem Arbeitspapier „Thesen Und Themen“ in den jeweiligen Kapitel hinzugefügt worden. In der zugehörigen Grafik am Ende des Projektfazits, werden die Themen, die auf der Bürgerveranstaltung im Fokus standen aufgezeigt.

Ad c) Anregungen aus der Plenumsdiskussion mit OB Dr. Kurz

Die Plenumsdiskussion zum Ende der Veranstaltung bot Herrn Oberbürgermeister Dr. Kurz die Gelegenheit, auf die Ziele des Gesamtprojektes hinzuweisen. Dabei unterstrich er nochmals das Anliegen der Stadt, in diesem Projekt insbesondere diejenigen mit einzubeziehen, die sonst üblicherweise an partizipativen Verfahren zur Stadtteilentwicklungspolitik nicht oder nur wenig in Erscheinung treten. Hierbei machte er deutlich, dass die angewendeten Methoden und Verfahren zur Ansprache von beteiligungsfernen Gruppen dazu geführt haben, dass die Vielschichtigkeit der Neckarstadt-West, sich im Plenum widerspiegelt.

Vor dem Hintergrund der Diskussionsergebnisse aus den sechs Themeninseln, hob Herr Dr. Kurz hervor, dass die Leitlinien der Stadt Mannheim vorsehen, dass die Unterstützungsmaßnahmen der Stadt vorwiegend an Initiativen/Einrichtungen bzw. an bürgerschaftlichem Engagement anknüpfen und damit versuchen, die Potenziale und Impulse, die unmittelbar vom Quartier und ihren Bewohnern ausgehen, zu bestärken. Der dafür notwendige politische Rückhalt wird dadurch gewährt, indem eine Rückkopplung an die lokalpolitischen Gremien erfolgt. In diesem Kontext verwies Herr Dr. Kurz auf erforderliche Kultur des „Fordern und Fördern“, demnach einerseits die Bewohner Verantwortlichkeit für ihren Stadtteil übernehmen müssen und selbst zur Verbesserung des Stadtteils beizutragen haben, andererseits die Bewohner bei ihren Aktivitäten und Maßnahmen Unterstützung seitens der Stadt erwarten können.

Weitere wichtige Themen waren u. a. die Transparenz der zur Verfügung stehenden Förderangebote und die Kommunikationskanäle, mittels derer die Angebote an die Nutzer herangetragen werden, und die optimale Ausnutzung der Infrastruktur im Stadtteil. Schließlich wurde der Wunsch geäußert, die im Rahmen des Prozesses gesammelten Ideen in konkrete Maßnahmen und Projekt(vorschläge) zu übersetzen. Diese sollten sowohl evaluierbar sein, um deren erfolgreiche Umsetzung objektiv messbar zu machen, und sich zudem an konkrete Akteure richten, die deren Umsetzung vorantreiben.

Von den Anregungen und Ideen zum Handeln

Mit der offenen Bürgerveranstaltung ist das Dialogprojekt zur Bildungslandschaft zwar zu einem formalen Abschluss gekommen, doch für die politische Initiative zur Stärkung der

Bildungslandschaft in der Neckarstadt West ist keinesfalls ein Endpunkt erreicht. Das Dialogprojekt ist mit einem Beschluss des Hauptausschusses auf den Weg gebracht worden, und es muss nun auch den Weg zu Politik und Verwaltung zurück finden.

Ein Bürgerdialog, der deliberative Prinzipien umsetzt, ist ein wichtiger und zeitgemäßer Baustein demokratischen Handelns. Doch gestärkt wird die lokale Demokratie letztlich nur, wenn sich demokratische Teilhabe mit sozialer Teilhabe verbindet. Konkret heißt das. Das Dialogprojekt muss Aktivitäten und Entwicklungen zur Stärkung der Bildungslandschaft in der Neckarstadt West nach sich ziehen. Beteiligung wird heutzutage nicht nur gewährt, sondern ist ein Zeichen von Engagement. Und Engagement will auch Resultate sehen.

Ein erster Schritt stellt die Rückkopplung des Dialogprozesses in die politischen Gremien. Wichtig erscheint hier, dass die Berichte dort nicht nur „zur Kenntnis“ genommen werden, sondern dass daraus Arbeitsaufträge an die Verwaltung – mindestens in den Fachbereichen Bildung, Jugendamt, Tageseinrichtungen für Kinder, Stadtplanung - abgeleitet werden. Denkbar sind Prüfungen von Vorschlägen, Entwicklung von Projekten und Maßnahmen, Entwicklung von Kennzahlen und dergleichen). Darüber hinaus wurde von der Screening-Gruppe ein Abgleich mit dem Entwicklungsplan Bildung und Integration empfohlen.

Ein weiterer wichtiger Adressat der Ergebnisse des Dialoges ist das Quartiermanagement vor Ort. Auch hier steht die Aufforderung zu prüfen, wie Vorschläge und Verfahrenserkenntnisse aus dem Dialog von der Arbeit des Quartiermanagements aufgegriffen werden und in den politischen Diskurs im Quartier (u.a. über das Quartierforum) eingespeist werden können. Das Quartiermanagement stellt aber auch eine Schnittstelle zwischen Stadt und zivilgesellschaftlichen im Quartier dar. Letztere benötigen Rückhalt (s.u.), und das Quartiermanagement kann dabei helfen.

Als drittes gibt es die Adressatengruppe der lokalen Institutionen und zivilgesellschaftlichen Akteure. Viele von Ihnen haben sich im Dialogprojekt engagiert und Vorschläge eingebracht. Jetzt ist es Zeit zu fragen, ob und ggfs. wie sie Maßnahmen oder Projekte angehen können, um ihren Beitrag zur Verbesserung der Bildungslandschaft in einem der genannten Felder anzugehen. Dabei werden Sie in vielen Fällen Rückhalt benötigen, der organisatorischer, finanzieller oder symbolischer Natur sein kann. Eine erste Anlaufstelle kann das Quartiermanagement sein, doch in anderen Fällen dürften auch die kommunalen Fachbereiche gefragt sein. Hier ist es Aufgabe der Politik, die Fachämter anzuweisen, ihre Rolle als Rückhaltstellen wahr zu nehmen.

Grundsätzlich erscheint darüber hinaus für alle angesprochenen Akteure der Ansatz „comply or explain“ wichtig. D.h. „Dinge aufgreifen, oder das Nicht-aufgreifen erklären und begründen“. Das könnte möglicherweise durch die Organisation einer Bilanzveranstaltung in einem Jahr erreicht werden, in der gefragt wird, was an Aktivitäten und Maßnahmen zustande gekommen ist, und was nicht.

Generell ist es also wichtig, den Dialog nun in eine Governance des Handelns zu überführen. Dabei geht es um:

- Beschlüsse / Entscheidungen (politische Verantwortungsübernahme),
- Inhaltliche Maßnahmen, Strukturveränderungen und Prozesse (fachlich-professionelles Handeln),
- eine integrierte Perspektive, wie sie im Dialog entwickelt wurde (integrierte lokale Bildungslandschaften),
- eine verbindende Prozessstruktur, die einen organisatorischen und zeitlichen Rahmen über den Ansatz „integrierte lokale Bildungslandschaften“ bildet und die Einzelaktivitäten koordiniert und qualifiziert.

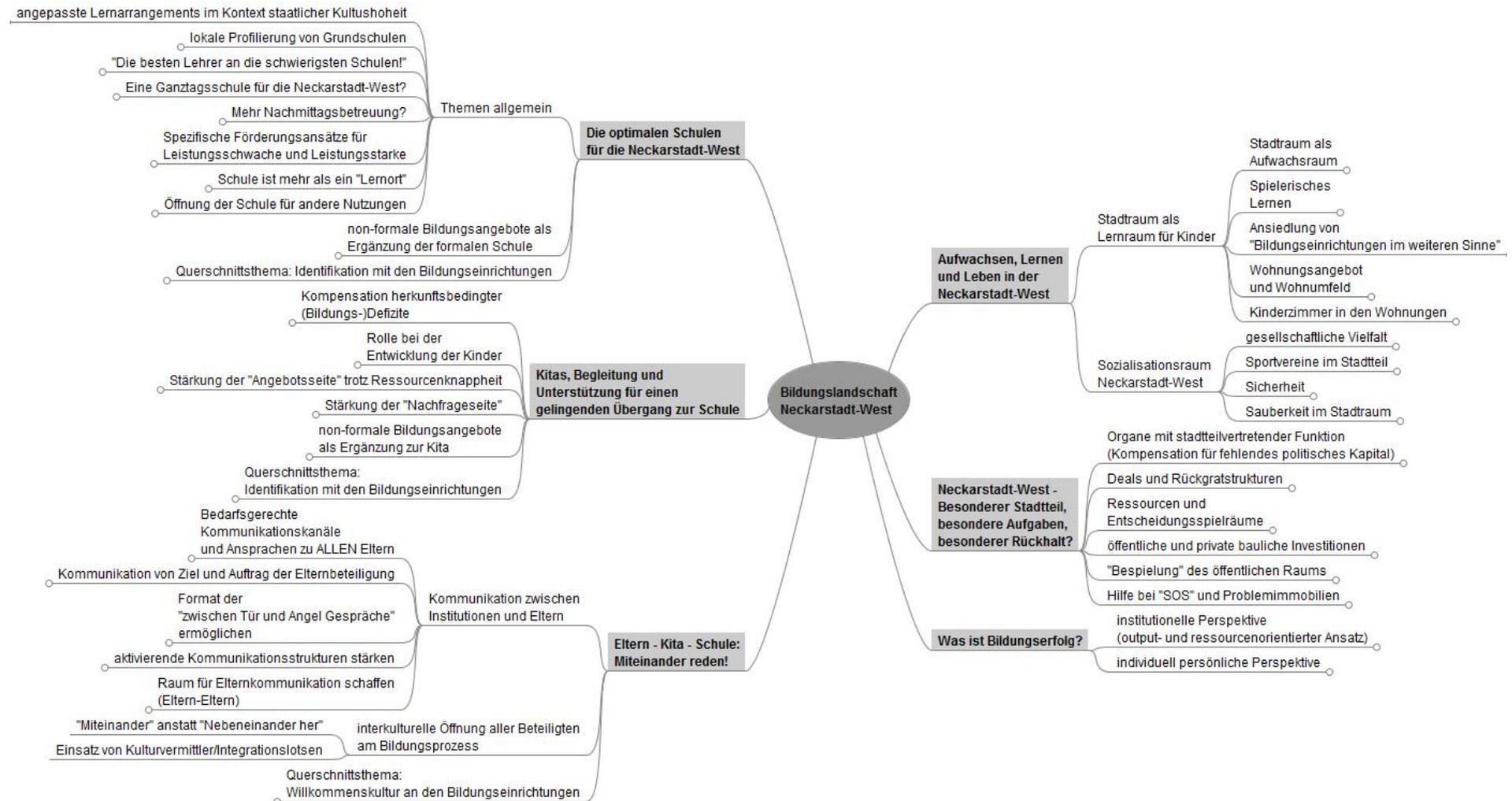
- Eine terminierte Bilanzveranstaltung nach einiger Zeit, um einen Handlungsdruck zu erzeugen.

Anlagen

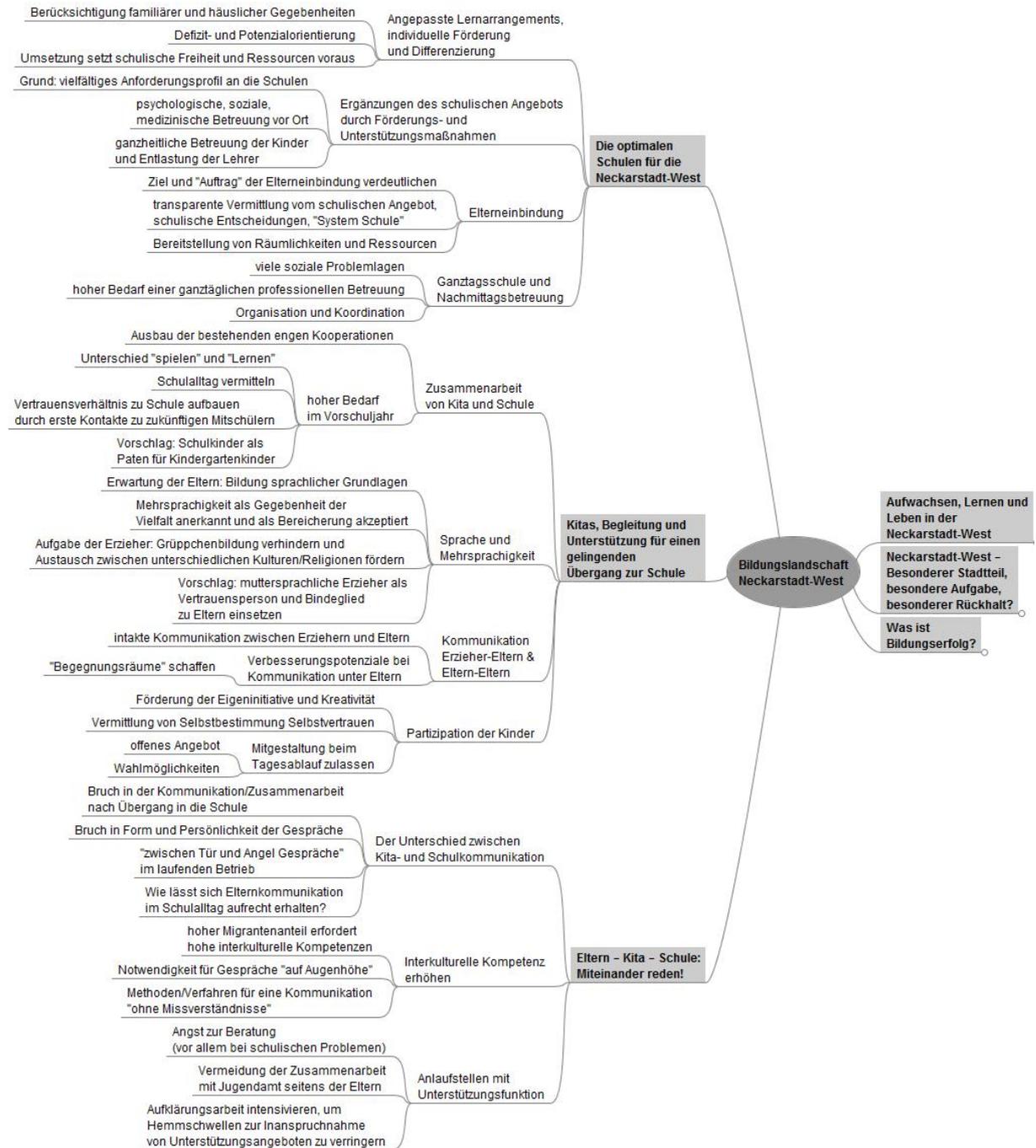
Anlage 1: Prozessschema „Dialog Bildungslandschaft Neckarstadt West 2013/2014“

Anlage 2: Materialsammlung „Thesen und Themen aus dem Dialog Bildungslandschaft Neckarstadt-West“

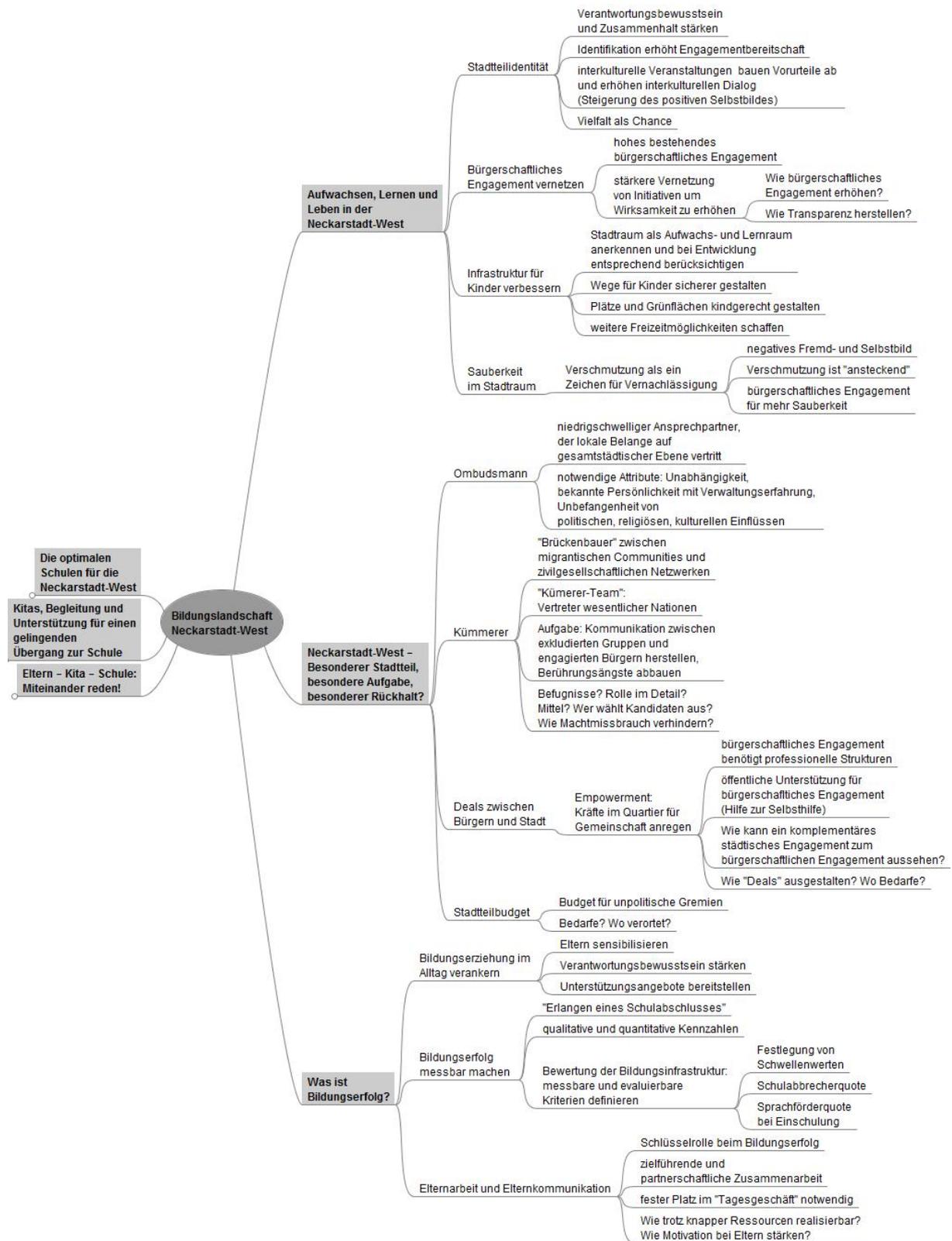
Themenschwerpunkte des Bürgerbeteiligungsverfahrens „Dialog Bildungslandschaft Neckarstadt-West“ im Überblick



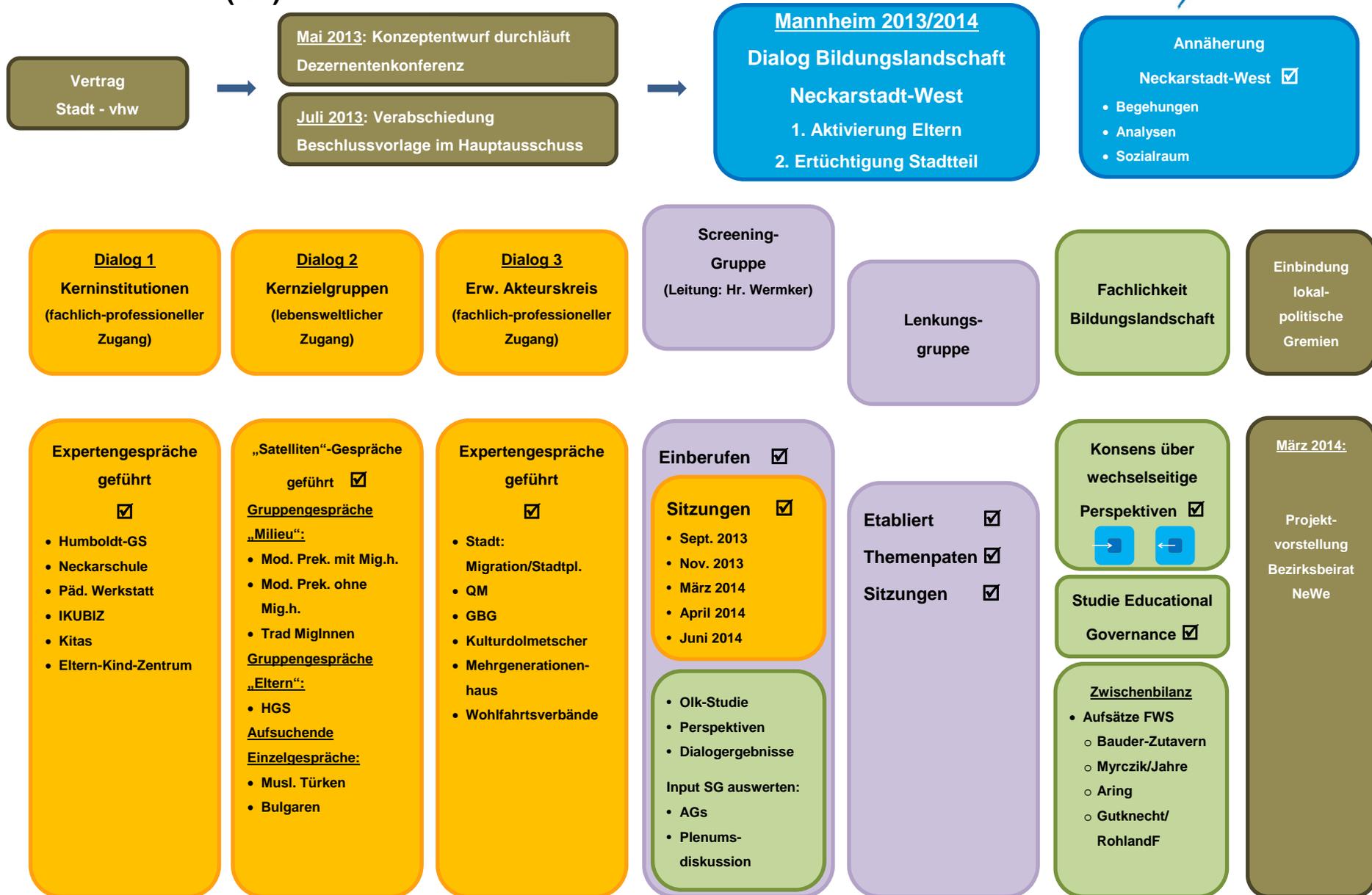
Wesentliche Diskussionsstränge der offenen Bürgerveranstaltung „Wir in der Neckarstadt-West – Durch Bildung zum Erfolg“ (Diskussionsinseln 1 bis 3)



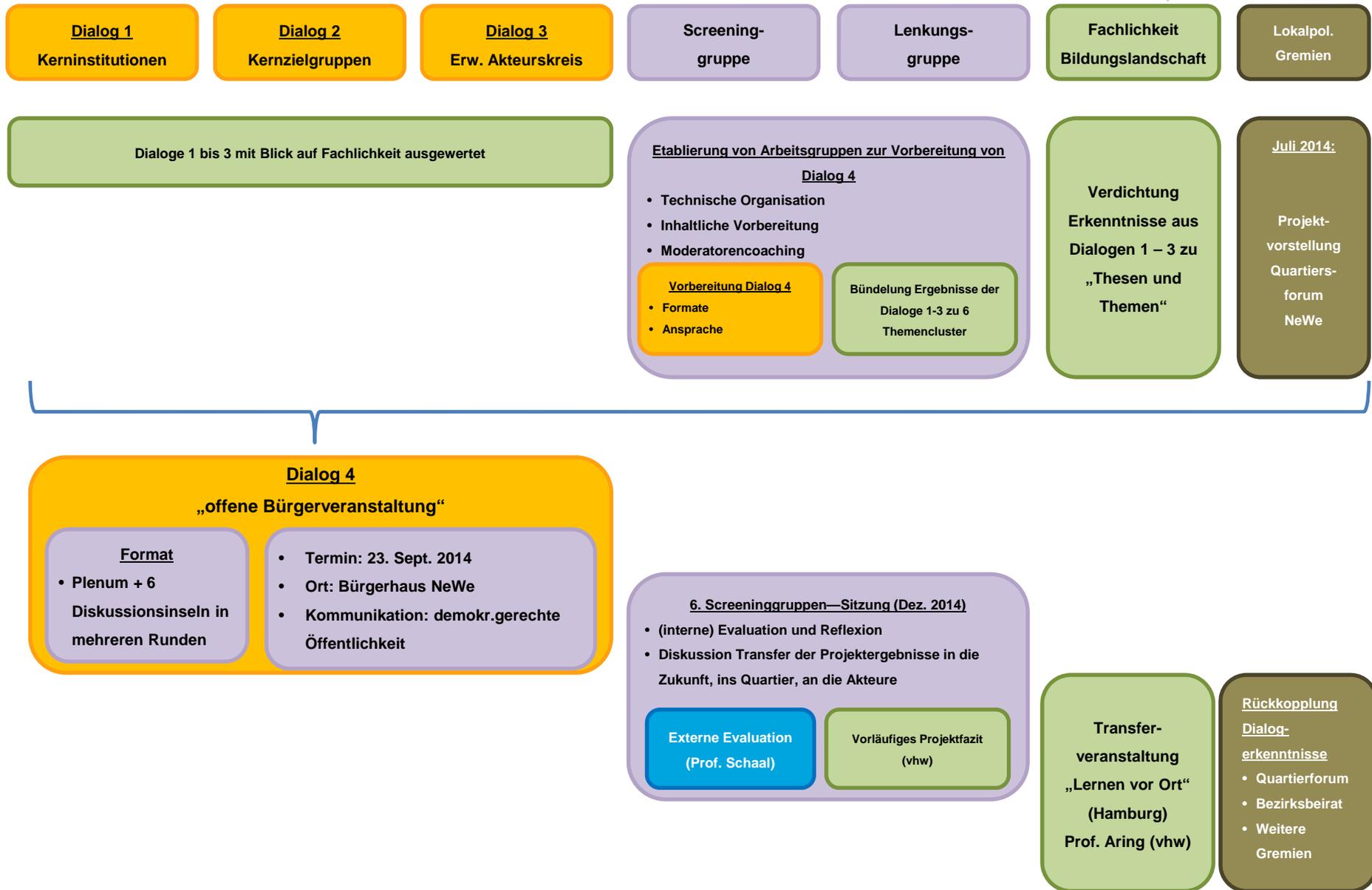
Wesentliche Diskussionsstränge der offenen Bürgerveranstaltung „Wir in der Neckarstadt-West – Durch Bildung zum Erfolg“ (Diskussionsinseln 4 bis 6)



Prozessschema (1/2)



Prozessschema (2/2)



Thesen und Themen aus dem

Dialog Bildungslandschaft Neckarstadt-West

**Materialsammlung aus der Dialogphase
Sommer 2013 bis Herbst 2014**



Bereich Forschung und Beratung

Jürgen Aring / Fabian Rohland

Januar 2015

Projekt im Rahmen des vhw-Städtenetzwerkes „Stärkung lokaler Demokratie durch
bürgerorientierte, integrierte Stadtentwicklung“

Vorwort

In einem länger laufenden Dialogprozess mit vielen Beteiligten, zu denen im Laufe der Zeit auch immer wieder neue Personen hinzustoßen, besteht eine doppelte Herausforderung: Einerseits soll der Dialog nicht immer wieder „auf Null“ zurückgestellt werden, wenn sich der Kreis der Beteiligten verändert. Andererseits soll im Dialog auch eine Offenheit bewahrt werden, um dem Prinzip der gleichberechtigten Teilhabe am Diskurs gerecht zu werden. Praktisch besteht so die Herausforderung, die Themen und Thesen aus dem bisherigen Bildungsdialog in die Bürgerveranstaltung einzuspeisen. Deshalb hat der vhw in einem Arbeitspapier das Spektrum der Ideen, Vorschläge und möglichen Arbeitsansätze aufgeschrieben. Entstanden ist so eine breit angelegte Materialsammlung, die die Thesen und Themen entlang der sechs Themenfelder der Bürgerveranstaltung aufbereitet. Sie gibt einen Einblick in die Inhalte und Erkenntnisse, die zwischen Sommer 2013 und Herbst 2014 im Zusammenhang mit dem Bildungsdialogverfahren diskutiert bzw. gewonnen wurden.

Ausgangspunkt der inhaltlichen Entwicklung des Bildungsdialoges waren die beiden Stoßrichtungen „Gemeinsame Bildungsgestaltung von Eltern und Einrichtungen – Bildungsdialog stärken“ und „Bildung als Teil einer integrierten Stadtteilentwicklung verstehen – Akteursvernetzung stärken“, die zu Beginn des Projektes im Zusammenhang mit der ersten Screeninggruppen-Sitzung formuliert wurden. In einer Vielzahl an Gruppengesprächen mit Bürgern der Neckarstadt-West, Experteninterviews aus lokalen (Bildungs-)Institutionen, Face-to-Face-Interviews mit schwer zugänglichen Zielgruppen und intensiven Diskussionen in den prozessbegleitenden Gremiensitzungen wurden viele Themen angesprochen, die vom vhw, der Stadt Mannheim und der Screeninggruppe zu den folgenden sechs Themenschwerpunkten gebündelt wurden:

- 1 Die optimalen Schulen für die Neckarstadt-West
- 2 Kitas, Begleitung und Unterstützung für einen gelingenden Übergang zur Schule
- 3 Eltern – Kita – Schule: Miteinander reden!
- 4 Aufwachsen, Lernen und Leben in der Neckarstadt-West
- 5 Neckarstadt West – Besonderer Stadtteil, besondere Aufgaben, besonderer Rückhalt?
- 6 Was ist Bildungserfolg?

Die Themenschwerpunkte mit ihren Teilthemen wurden in den Diskussionsinseln der offenen Bürgerveranstaltung im Herbst 2014 aufgegriffen, um an die bisherigen Teildialoge anzuknüpfen und auf sie aufzubauen.

Beim Studium der Texte wird deutlich, dass die sechs Themen nicht scharf voneinander getrennt werden können, sondern eng miteinander verwoben sind. Dabei zeigt sich die konsequent verfolgte integrierte Perspektive und der ganzheitliche Ansatz, die die Grundlage für die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Gestaltung der Bildungslandschaft Neckarstadt-West liefern. So werden nicht nur Handlungsfelder aufgegriffen, die unmittelbar

mit Bildung in Verbindung gebracht werden, sondern ebenfalls städtebauliche Aspekte oder auch Gesichtspunkte, die den Wohnungsmarkt der Neckarstadt-West betreffen. Dadurch verfügt jede Diskussionsinsel einerseits über eine eigene handlungsfeldbezogene Fokussierung, andererseits jedoch auch über inhaltliche Schnittmengen, die die jeweiligen Zusammenhänge und Wechselwirkungen aufzeigen.

1 Die optimalen Schulen für die Neckarstadt-West

Quer durch alle Gespräche mit Eltern aus unterschiedlichen Milieukonstellationen wie auch mit Bildungsexperten trifft man auf die Forderung nach passenderen besseren Schulen für die Neckarstadt-West, die optimal zu der lokalen Situation passen. Dabei ist die Forderung vor allem systemisch bzw. strukturell zu verstehen – ganz im Sinne der Themeninsel 5 „Neckarstadt-West – Besonderer Stadtteil, besondere Aufgaben, besonderer Rückhalt“.

Angesichts der vielfältigen Stadtgesellschaft in der Neckarstadt-West und eines kontinuierlichen Zuzugs aus dem Ausland in die Neckarstadt-West („Ankommensquartier“) bedarf es Schulen, die auf diese Rahmenbedingungen ausgerichtet und ihnen gewachsen sind. Die Überlegungen zielen auf Schulen, die die Schüler bei ihrem individuellen Sprachstand, Erfahrungshorizont und Lerngewohnheiten abholen, und dann Lernfortschritte erreichen, die allen Kindern Perspektiven eröffnen. Beide Grundschulen sind schon Schritte in diese Richtung gegangen, doch die Möglichkeiten scheinen noch nicht ausgeschöpft.

Vermutlich gibt es bei der Suche nach der optimalen Schule nicht nur eine Antwort, sondern mehrere. Aber immer wird es um durchdachte Lernarrangements, über das engere Curriculum hinausgehende Profile und qualifizierte Ressourcen der Schule (Räumlichkeiten, Personal, Budgets) gehen. Die Forderung nach der optimalen Schule ist immer auch eine Ressourcenforderung, die sich gleichermaßen an das Land (Schulhoheit) wie an die Kommune (Schulträger) richtet. Es geht dabei sowohl um die Möglichkeit der Schulen Ressourcen anders und entsprechend der Vor-Ort-Verhältnisse einzusetzen, wie auch um zusätzliche Ressourcen.

In Verbindung mit der Diskussion um Lernarrangements wurde auch angeregt, dass die Schulen in Neckarstadt-West gezielt unterschiedliche Profile und Angebote anbieten können, um Kindern unterschiedliche Entwicklungspfade zu ermöglichen. Dann bedürfte es allerdings auch „informierter Eltern“, die für ihre sechsjährigen Kinder strategische Entscheidungen treffen. Angesichts der in verschiedenen Gesprächen geäußerten Position, es sei schwer, sich im deutschen Bildungssystem zurechtzufinden, könnten in der Neckarstadt-West allerdings Grundschulen mit konkurrierenden Profilen auch kontraproduktiv wirken und Eltern abschrecken oder überfordern.

Zur weiteren interkulturellen Öffnung und Unterstützung der Schulen in der weiteren Erhöhung der Bildungsgerechtigkeit wurden in den letzten Jahren vielfältige non-formale Bildungsangebote entwickelt, die die Schulen in ihrem Bildungsauftrag unterstützen sollen. Das ist gut gemeint, schafft implizit aber zusätzliche Schnittstellen und Diskontinuitäten, die die Nutzung der Angebote in der Praxis nicht immer einfach machen. Die Fluktuation der Ansprechpartner und Projektdurchführenden sowie das ständige Kommen und Gehen von Projekten tragen nicht zu einer verbindlichen Kontinuität bei, die jedoch sowohl für die Schüler und Schülerinnen als auch für die Schule wichtig ist. Die optimale Schule wäre in der Lage solche Angebote in ihr Gesamtprofil zu integrieren, um sie besser einzusetzen und mehr Kongruenz und Kontinuität zu sichern.

Implizit ist in vielen Forderungen nach der optimalen Schule die Nebenforderung versteckt, dass die Kinder mehr Zeit als heute in der Schule bzw. in ihrer Schulgemeinschaft verbringen, um die Chancen auf Förderung (z.B. individuellen Förderunterricht, Hausaufgabenbetreuung), informelles Lernen (Sport, Spiel, Theater, ...) und Sozialisierung und Erziehung zu erhöhen. Aus einer pädagogischen Perspektive ist dieser Gedanke leicht

nachvollziehbar, während er von den Eltern aus unterschiedlichen Milieus nicht ohne weiteres geteilt wird. Zwar wird der formale Bildungsauftrag der Schule unterstützt, doch es gibt bei den Eltern sehr unterschiedliche Vorstellungen davon, wieweit darüber hinaus die Schule sozialisierend und persönlichkeitsbildend sein soll – und wenn ja, in welche Richtung. Schon in diesem kurzen Hinweis wird sichtbar, dass die Sichtweisen von Lehrern und Eltern nicht immer widerspruchsfrei zusammenpassen. So sind bei der Diskussion über die optimale Schule immer auch die Besonderheiten des Quartiers, das soziale Umfeld und natürlich das familiäre Umfeld mit zu bedenken. Die optimale Schule ist im Quartier verankert und hat Brücken zu anderen Institutionen und den Eltern. Das ist allerdings leicht gesagt, doch die Realisierung ist eine große Herausforderung (u. a. deshalb gibt es die Themeninsel 3 mit dem Schwerpunkt „Eltern – Kita – Schule: Miteinander reden!“).

Nachfolgend werden einzelne Thesen / Themen / Fragen aus den bisherigen Teildiskursen aufgelistet, die die allgemeine Einführung ergänzen.

Themenbereich „optimale Schulen allgemein“

- **angepasste Lernarrangements im Kontext staatlicher Kultushoheit:** Angepasste Lernarrangements lassen sich auf zwei Ebenen denken, nämlich als individuelle Förderung und als pädagogisches Gesamtkonzept. Die Idee der Lernarrangements ist dabei nicht nur „defizitorientiert“ (d.h., Kinder an ein Standardniveau heranzuführen), sondern auch „potenzialorientiert“ (d.h. besondere Neigungen, Potenziale, Lernwege unterstützen) zu verstehen. Individuelle wie pädagogische Lernarrangements können in der Neckarstadt-West sinnvoll sein, sie setzen jedoch schulische Freiheit und Ressourcen voraus. Wie sehen „angepasste Lernarrangements“ für Grundschulen der Neckarstadt-West aus? Wie können wir die schon bestehenden Freiräume und Ressourcen optimal nutzen? Wie viele zusätzliche Freiräume und Ressourcen kann die staatliche Kultushoheit ermöglichen?
- **lokale Profilierung von Grundschulen:** In der Neckarstadt-West gibt es zwei Grundschulen, die entweder das gleiche Profil oder zwei unterschiedliche Profile anbieten könnten. Was kann „unterschiedliche Profilierung“ bedeuten? (Pädagogisches Grundkonzept? Ergänzungsangebote zur „Kernschule“ (Musik, Sport oder dgl.)? Vormittagsschule vs. Ganztagschule? Usw...). Wäre eine unterschiedliche Profilierung der Schulen für die Neckarstadt-West eher günstig oder abträglich?
- **„Die besten Lehrer an die schwierigsten Schulen!“** So lautet eine gängige Forderung im Bildungsdiskurs, wenn es um die Schulen in Stadtteilen mit schwacher Sozialstruktur geht. Gesucht sind engagierte, motivierte, aufmerksame, tolerante und fähige Pädagogen. Diskutiert man den Begriff „beste Lehrer“, so fallen einem noch weitere Superlative ein. Das klingt dann schnell nach Superfrauen und –männern, die der Realität nicht gerecht werden können. Doch dem ist nicht so. Es gibt viele „beste“ Lehrer, die die gewünschten Eigenschaften abdecken. Es gibt aber auch – und das ist auch Realität – viele Lehrer, die sich müde, uninspiriert, deprimiert und zynisch durch ihr Arbeitsleben schleppen. Treffen solche Lehrer auf schwierige Klassen und überforderte Schüler, dann tut das beiden Seiten nicht gut. Diese gängige Erfahrung gilt auch in der Neckarstadt-West. Lehrer an einer Grundschule in der Neckarstadt-West zu sein, ist eine berufliche Herausforderung, der nicht jeder gewachsen ist. Deswegen sollten dort nur die Lehrer eingesetzt werden, die der Vielfalt und den damit verbundenen

Herausforderungen gewachsen sind. Notwendig ist die Frage, wie eine Schule an gute und engagierte Lehrerinnen und Lehrer kommt, die den besonderen Herausforderungen in einem Ankommensquartier gewachsen sind. Lassen sich mehr Spielräume schaffen, damit die Schulen selbst Lehrer anwerben können? Gibt es bessere Möglichkeiten, um „Fehlbesetzungen“ rückgängig zu machen. Gibt es Ressourcen und Angebote, um die Lehrer in ihrer schwierigen Arbeit unmittelbar zu unterstützen (keine Seminare an fernen Akademien, sondern praktische Hilfe vor Ort in der eigenen Schule)?

Zum Schluss noch eine kleine Warnung: Die Forderung nach den „besten Lehrern“ wurde auch in den bisherigen Gesprächen teilweise verbunden mit einer Kritik an Lehrern der Grundschule. Das kann berechtigt sein, kann aber auch andere Gründe haben. Da wir die Kritik nicht prüfen können, Lehrer immer unterschiedlich sind und bei Schülern unterschiedlich ankommen, sollten wir uns nicht mit rückblickenden Einzelfallgeschichten aufhalten.

- **Eine Ganztagschule für die Neckarstadt West?** In der Neckarstadt-West gibt es bisher noch keine Grundschule als Ganztagschule. In Gesprächen wird aber häufiger der Vorschlag gemacht, eine solche Schulform einzurichten, weil sie für die Schülerschaft in der Neckarstadt-West hilfreich sei. Seitens der Humboldt-Grundschule wurden auch schon Vorstöße zur Umwandlung in eine Ganztagschule gemacht, bisher jedoch ohne konkretes Ergebnis. Insofern wird bei der Frage nach der optimalen Schule auch das Thema Ganztagschule diskutiert werden. Mögliche Fragen: Welche Erfahrungen wurden im Jungbusch mit der Ganztagschule gemacht? Wie stehen die Eltern zum Angebot einer Ganztagschule? Ist überhaupt bei den Eltern bekannt, wie eine Ganztagschule funktioniert? (In den Gesprächen kam tlw. heraus, dass bei Ganztagschule an einen „durchgehenden Unterricht von morgens bis abends“ gedacht wird). Die Einrichtung einer Ganztagschule erfordert also ein Konzept (spezifisches Lernarrangement) und die Kommunikation des Konzeptes.
- **Mehr Nachmittagsbetreuung?** Eine Alternative zur Ganztagschule wird in mehr Nachmittagsbetreuung gesehen, d.h. in einem nicht verpflichtenden sondern angebotsorientiertem Ansatz. Das klingt weicher, flexibler und nach weniger Verbindlichkeit. Ist es deshalb eine bessere oder einer schlechtere Lösung? Wer würde die Nachmittagsbetreuung tragen und koordinieren? Oder ist es ein Patchwork aus Einzelangeboten sozial engagierter Träger, das informierte Eltern voraussetzt, die für ihre Kinder das passende Nachmittagsangebot zusammenstellen? Wie viel Prozent der Eltern würden das in der Neckarstadt-West machen, bzw. wie viele Kinder würden erreicht?
- **Spezifische Förderungsansätze für Leistungsschwache und Leistungsstarke:** Die optimale Schule für Neckarstadt-West ist keine defizitorientierte Schule, die sich nur an den besonderen Herausforderungen des Stadtteils (Sozialraumtyp 5, Ankommensquartier) ausrichtet, sondern auch die Potenziale der Schülerinnen und Schüler fördert. In diesem Sinne bedarf es differenzierter Angebote für alle. Die optimale Schule für die Neckarstadt-West ist auch für die Eltern aus etablierten Mittelschichten attraktiv. Sie liefert keinen Grund dafür, dass entsprechende Eltern aus dem Quartier abwandern, weil Ihnen die Schule als Erfolgshindernis erscheint. Im Gegenteil sollte sie eher ein Argument für das Bleiben oder für Zuzug darstellen.
- **Schule ist mehr als ein „Lernort“:** In der deutschen Sprache gibt es den, an alte Schwarz-Weiß-Filme erinnernden, Begriff der Bildungsanstalt. Gemeint waren damit Schulen, in denen mittels einer straffen hierarchischen Struktur formale Bildung vermittelt (eingetrichtert) wurde. Davon haben sich die heutigen Schulen in Deutschland in

verschiedenen Reformwellen weit entfernt. Die zeitgenössischen Schulen sind ein Spiegel einer demokratischen und individualisierten Gesellschaft, die der freien Entwicklung der Persönlichkeit ein hohes Gewicht einräumt. Manche Zuwanderer irritiert das, denn sie erwarten Bildungsanstalten, die Schüler formen. Die Schulen haben sich aber nicht nur pädagogisch weit vom „Einrichten“ entfernt. Ihnen sind durch gesellschaftliche Prozesse (Aufbruch von Familienstrukturen, Kinderarmut, Individualisierung, Spaßgesellschaft...) zusätzliche sozialpädagogische Aufgaben zugefallen. Einen Teil der menschlichen Wärme, des Ernährens und Versorgens sowie des Erziehens, der früher in Familien geboten wurde, wird heute von Schulen erwartet. Lehrer können erschütternde Geschichten darüber erzählen, wie kleine Kinder familiäre Defizite durch ein Anschmiegen an Schule und vertrauenswürdige Lehrer zu kompensieren versuchen. Die Schulen sind nur unzureichend auf diesen Rollenwandel vorbereitet und haben ihn dennoch angenommen, z.B. durch Sozialarbeiter im Team. Oder durch die Einbindung Ehrenamtlicher, die gespendetes Obst oder anderes Essen zubereiten und verteilen. Und natürlich durch engagierte Lehrer, die ungefragt zu halben Sozialarbeitern werden. Wenn Schulen also nicht nur Orte des Lernens, sondern auch Orte des Lebens und der Begegnung sind, dann muss das in die Überlegungen zur optimalen Schule eingebunden werden. Dann muss gefragt werden, ob eine an die Schule angehängte Sozialarbeiterstelle oder ein kleines Speisenangebot ausreichend sind, oder ob sich Schulen systematisch als umfassendere sozialpädagogische Einrichtungen aufstellen müssen. Diese Diskussion steht natürlich in engem Bezug zu den vorher angesprochenen Punkten der Lernarrangements oder der Ganztagschulen.

- **Öffnung der Schule für andere Nutzungen**, z.B. Nutzung der Schulgebäude auch für nicht-schulische Stadtteilaktivitäten. Damit würden die Schulgebäude auch zu Orten der Begegnung. Wo liegen die Chancen, wo die Risiken?
- **Weitere Stichworte:**
 - gute Erfahrungen aus anderen Schulen in Mannheim übernehmen (good practice Einzelner systematisch zu everyday practice machen)
 - transkultureller Wertekanon von Schulen
 - bedarfsgerechte Kommunikationskanäle zu allen Eltern

Themenbereich „non-formale Bildungsangebote als Ergänzung der formalen Schule“

- **mehr Transparenz, mehr Information über das Angebot:** Non-formale Angebote gibt es in einer Vielzahl von Formen von einer Vielzahl von Trägern. Gerade weil die Neckarstadt-West ein „schwieriges“ Stadtquartier ist, ist hier im Laufe der Zeit ein vielfältiges Angebot etabliert worden. In den Gesprächen wurde des Öfteren darauf hingewiesen, dass den Eltern gar nicht bekannt ist, was es alles gibt und welche Angebote für ihre Kinder passend wären. Insofern stellt sich die Frage, ob und wie mehr Transparenz und Information erreicht werden kann. Andererseits müssen auch die Interessen der gemeinnützigen, freiwilligen oder weltanschaulich geprägten Einrichtungen beachtet werden. Wollen sie überhaupt mehr Transparenz und eine breitere Nachfrage?
- **Angebote bedarfsgerecht quantitativ und/oder differenzierend ausweiten:** Bei der Diskussion über non-formale Angebote wird auch immer wieder gesagt, es gäbe nicht genug Angebote und es bedürfe einer Ausweitung. Diese Forderung steht in einem gewissen Gegensatz zu der Feststellung, dass es in der Neckarstadt-West schon sehr

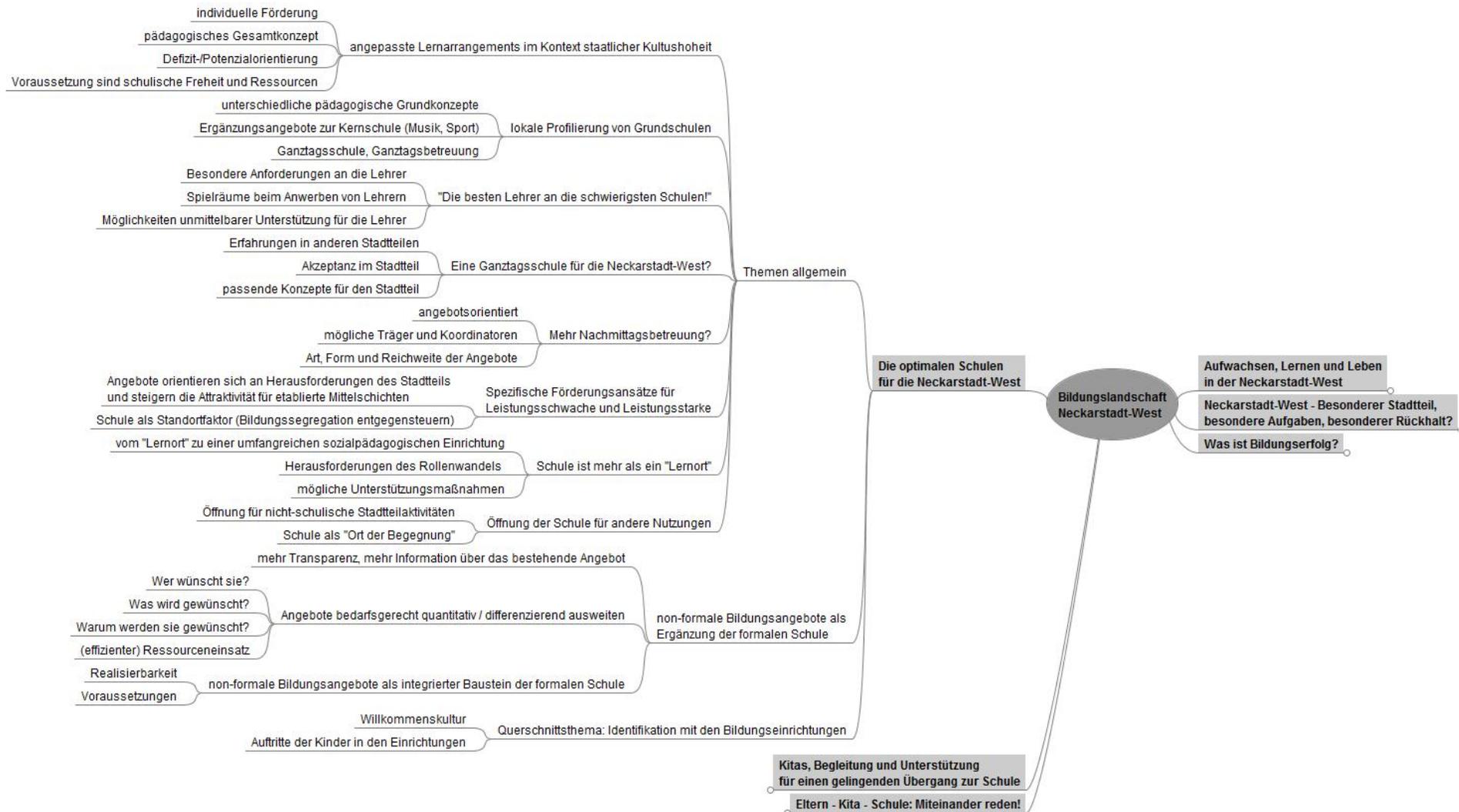
viele Unterstützungsangebote gäbe. Man muss also nachfragen: Wer wünscht mehr Angebote? Die Eltern oder die Institutionen selbst? Weshalb werden mehr Angebote gewünscht: Fehlt es an Informationen über das Angebot, oder gibt es eine Übernachfrage, die nicht bedient werden kann? Oder richtet sich der Wunsch auf zusätzliche Typen und Formen von Angeboten? (Gesprochen wurde beispielsweise von mehr ergänzenden muttersprachlichen Angeboten.) Richten sich vielleicht die Bedürfnisse auf andere Dinge als die, die angeboten werden? Das sind viele Fragen, denen noch nachzugehen ist. Mehr Transparenz (s.o.) ist sicherlich ein erster Schritt, um Angebot und Nachfrage besser zusammenzubringen. Sofern eine Ausweitung sinnvoll erscheint, müssen auch über die Ressourcen nachgedacht werden. Können vorhandene Ressourcen effizienter eingesetzt werden? Kann man auf bestimmte bestehende Angebote verzichten und die Mittel umschichten? Oder bedarf es der Mobilisierung zusätzlicher Ressourcen?

- **non-formale Bildungsangebote als integrierter Baustein der formalen Schule:** Können non-formale Bildungsangebote besser in die Regelstrukturen der formalen Schule integriert werden? Können Sie ein regulärer Baustein der formalen Schule sein? Würde das die Probleme der Schulen mit wechselnden Angeboten, Partnern und unzureichenden Kontinuitäten lösen? Was würde eine Einbettung non-formaler Angebote unter das organisatorische Dach der formalen Schule in der Alltagspraxis voraussetzen?

Themenbereich „Identifikation mit den Bildungseinrichtungen“

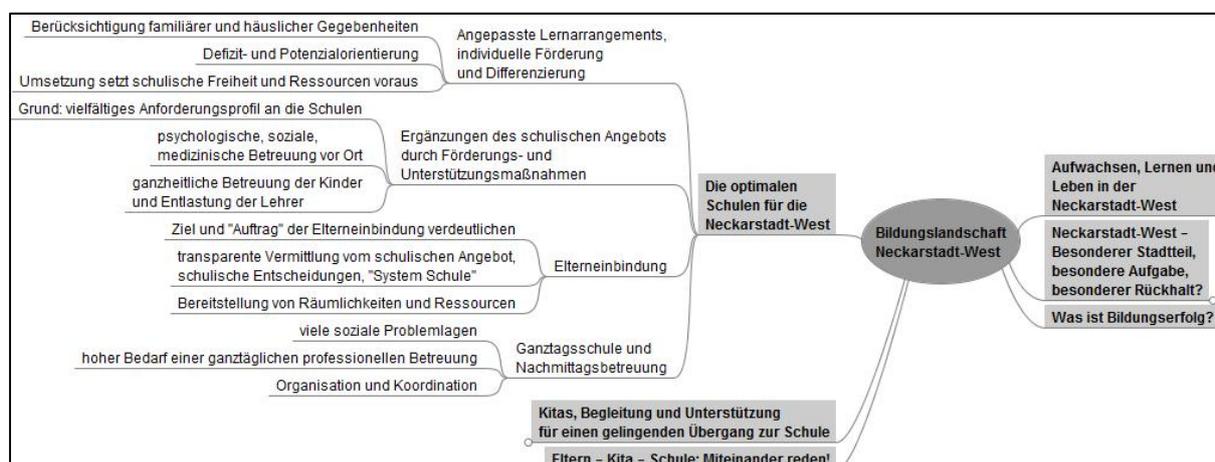
- **Willkommenskultur:** Wie sieht eine Willkommenskultur im Kontext „Schule“ aus? Was gibt es davon schon? Was könnte zusätzlich etabliert werden?
- **Auftritte der Kinder der Einrichtungen:** Motivation von Eltern, in die Schule zu kommen....

Die folgende Grafik veranschaulicht die inhaltliche Ausdifferenzierung des Themenschwerpunktes „Die optimalen Schulen für die Neckarstadt-West“:



Offene Bürgerveranstaltung: Inhalte der Diskussionsinsel 1 „Die optimalen Schulen für die Neckarstadt-West“

Anknüpfend an die zuvor genannten Themen und Thesen fokussierten sich die Gespräche in der offenen Bürgerveranstaltung im Rahmen dieser Diskussionsinsel auf die folgenden Inhalte:



Die diskutierten Themen am Thementisch 1 orientierten sich vorwiegend an den Lernbedingungen vor Ort, an möglichen Unterstützungsangeboten, die über den reinen Lehrauftrag der Schule hinausgehen, sowie an einer Willkommenskultur, die einerseits die Einbindung der Eltern in den Bildungsalltag ihrer Kinder erleichtert und andererseits, angesichts der multiethnischen Zusammensetzung der Schülerschaften an den Schulen der Neckarstadt-West, eine vorurteilsfrei und interkulturelle Bildung ermöglicht. In diesem Kontext wurde über die Notwendigkeit einer noch stärker individuell ausgerichteten Förderung („individuelle Lernarrangements“) gesprochen und die Möglichkeiten hinsichtlich ergänzender psychologischer, sozialer und medizinischer Unterstützungsangebote aufgezeigt. Hervorgehoben wurde zudem die Wichtigkeit einer umfassenden Betreuung am Nachmittag, entweder in Form einer Ganztagschule oder durch Angebote, die durch elterliches Engagement getragen werden.

Die Diskussionsstränge der Themeninsel 1 lassen sich im Wesentlichen in die folgenden Themenbereiche gliedern:

- „Angepasste Lernarrangements, individuelle Förderung und Differenzierung“: In einem Stadtteil, der sich durch einen hohen Migrantenanteil auszeichnet und zugleich mit vielen sozialen Problemlagen behaftet ist, spielt eine individuelle Förderung von Kindern, in der die familiären und häuslichen Gegebenheiten berücksichtigt werden, eine besondere Rolle. In diesem Zusammenhang wurde seitens der Diskutanten insbesondere der Wunsch nach kleineren Klassen und somit nach mehr personellen und zeitlichen Ressourcen geäußert. Dies wird als Grundvoraussetzung gesehen, um die herkunftsbedingten Defizite mittels bedarfsgerecht zugeschnittener schulischer Förderangebote begegnen zu können. Darüber hinaus war den Teilnehmern wichtig, dass nicht nur Defizite behoben, sondern auch Potenziale stärker gefördert werden. Die mit der Multikulturalität verbundene Mehrsprachigkeit in der Neckarstadt-West wird bspw. als ein Potenzial gesehen, das

mittels Sprech- und Schreibförderung in verschiedenen Sprachen und einer vorurteilsfreien interkulturellen Bildung stärker gefördert werden müsste.

Auch der Wunsch nach einem Islamunterricht an den Grundschulen kam hierbei zur Sprache, wobei man sich jedoch nicht über einen Umgang mit religiösen Minderheiten einigen konnte. Alternativ wurde dazu ein Religionsunterricht vorgeschlagen, der sich mit allen großen Weltreligionen auseinandersetzt und keine Fokussierung auf eine einzelne Religionsausrichtung vornimmt.

Wie bereits in den zuvor geführten Gesprächen mit Experten aus der Bildungslandschaft der Neckarstadt-West angemerkt wurde, setzen diese Maßnahmen sowohl schulische Freiheiten als auch zusätzliche finanzielle Mittel voraus. In Zeiten klammer öffentlicher Kassen muss daher neben der Forderung nach mehr öffentlichen Geldern zudem ein Augenmerk auf die effizientere Nutzung der bestehenden Möglichkeiten vor Ort gerichtet werden.

- „Ergänzung des Schulischen Angebots durch Förderungs- und Unterstützungsmaßnahmen“: Die Anforderungen, mit denen sich eine Schule und ihre Lehrkräfte konfrontiert sehen, gehen, insbesondere aufgrund der Voraussetzungen in der Neckarstadt-West, weit über den reinen Bildungsauftrag hinaus. Von daher ist es erforderlich, das auf die Bildung der Kinder fokussierte schulische Angebot bspw. durch (professionelle) psychologische, soziale und medizinische Betreuung oder den Ausbau der Schulsozialarbeit zu ergänzen. Durch ein Angebot unmittelbar an oder in der Schule, könnte den Kindern nicht nur ein ganzheitliches, individuelles Bildungs- und Unterstützungsangebot ermöglicht, sondern auch die Lehrer in ihrem Schulalltag entlastet werden. Wie können jedoch Kooperationen mit außerschulischen Angeboten gestärkt und an die Schule geholt werden? Denn auch dies erfordert freie Kapazität hinsichtlich der Räumlichkeiten und finanziellen Mittel.
- „Elterneinbindung – Schule als gemeinsamer Ort für Eltern und Kinder“: Damit sich Eltern für mehr Beteiligung und Engagement gewinnen lassen, müssen mehrere Bedingungen erfüllt werden. Einerseits müssen das Ziel und der „Auftrag“ von Elterneinbindung deutlich sein. Dazu ist es wichtig, dass die Angebote, wichtige schulische Entscheidungen, die das Kind betreffen und das „System Schule“ im Allgemeinen den Eltern transparent vermittelt werden. Nach Aussage der Teilnehmer wissen viele Eltern nicht, was mit ihren Kindern in der Schule passiert. So wünschen sich einige Eltern eine „Anleitung“, wie sie die Schule als Elternteil besser kennen lernen können. Dabei muss ein schmaler Grat begangen werden, denn eine hohe Transparenz kann bei einer Fülle von Angeboten auch Verwirrung und Überforderung hervorrufen. Andererseits müssen den Eltern Räumlichkeiten und Ressourcen (vor allem Zeit mit den Lehrern, um sich mit ihnen austauschen zu können) zur Verfügung gestellt werden, damit Elternengagement und Elternbeteiligung ermöglicht wird und zielführend eingesetzt werden kann. Aufgrund der knappen Ausstattung an Ressourcen (Geld, Personal, Raum) ist es allerdings schwer, diese Voraussetzungen zu schaffen. Daher müssen Wege und Methoden entwickelt werden, die sowohl eine stärkere Elterneinbindung ermöglichen als auch die finanziellen und personellen Zwänge berücksichtigen.
- „Ganztagschule und Nachmittagsbetreuung“: Die vielen sozialen Problemlagen im Stadtteil und die geringe bildungsfördernde Qualität des Stadtraums lassen nach Ansicht der Gesprächsteilnehmer einen hohen Bedarf an einer ganztägigen professionellen Betreuung aufkommen. Nach dem Motto „der Nachmittag darf nicht vor dem Fernseher oder Computer verschwendet werden“ wünschen sich einige Eltern eine professionelle Betreuung auch am Nachmittag in Form einer Ganztagschule oder Ganztagsbetreuung

mit Einbindung von Eltern.

2 Kitas, Begleitung und Unterstützung für einen gelingenden Übergang zur Schule

In Gesprächen mit Eltern und weiteren Personenkreise aus der Neckarstadt-West sowie mit Bildungs- und bildungsnahen Experten wurde deutlich, dass der Besuch einer Kita im Alter zwischen drei und sechs Jahren den erfolgreichen Eintritt in die Schullaufbahn im Wesentlichen mitbestimmt. Gerade in Elternhäusern, die aus verschiedensten Gründen ihre Kinder nicht mit den erforderlichen Mitteln oder Fähigkeiten unterstützen können, kann, nach Ansicht der Gesprächspartner, die Bildungseinrichtung „Kita“ durch ihre Förderangebote einen wichtigen Beitrag dazu leisten, herkunftsbedingte Defizite zu beseitigen. Durch Kooperationen und Vernetzungen mit weiteren non-formalen Bildungseinrichtungen können darüber hinausgehende vielfältige und individuell ausgestaltete Förder- und Unterstützungsprogramme den Kindern zur Verfügung gestellt werden.

Nach Ansicht der befragten Personen dient der Besuch einer Kita jedoch vor allem auch dazu, Potenziale der Kinder zu entdecken und entsprechend zu fördern. Die kompetente und fachliche Betreuung in der Bildungseinrichtung „Kita“ ermöglicht Kindern ihre Kompetenzen und Ressourcen zu entdecken, zu entfalten und weiter zu entwickeln. Entwicklungsrisiken werden wahrgenommen und entsprechende Handlungsschritte in Kooperation mit den Eltern und ggf. anderen Kooperationspartnern eingeleitet.

Die Bürgerschaft der Neckarstadt-West zeichnet sich vor allem durch ihre multiethnische Zusammensetzung aus. Insofern spiegelt sich diese Vielfalt auch in der Vielfalt der Kinder in dem Stadtteil wider - mit entsprechenden Auswirkungen sowohl auf die Kinder als auch auf die Erzieher und Betreuer. Darüber hinaus geht mit der multiethnischen Vielfalt auch eine überproportional hohe Betroffenheit von sozialen Problemlagen einher, so dass die Komplexität des Anforderungsspektrums, das seitens der Eltern an die Kitas gerichtet wird, stetig zunimmt.

Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Wertesysteme der gesellschaftlichen, kulturellen und religiösen Zugehörigkeit der Befragten wurden somit unterschiedliche Anforderungen, Erwartungen oder Rollenverständnisse an die „Kita“ geäußert. So offenbarten sich bspw. unterschiedliche Erwartungen im Hinblick auf die Vermittlung von sprachlichen Fähigkeiten. In diesem Zusammenhang scheint die Einstellung immer mehr Eltern zu sein: „der Kindergarten macht's“. Die Eltern verlassen sich zunehmend darauf, dass die Kinder in der Kita Deutsch lernen. Ebenfalls wird bei der überwiegenden Anzahl der interviewten Personen deutlich, dass die „Kita“ nicht nur als Ort des „Spielens“ und des „Wohlfühlens“ gesehen wird. Eine wachsende Zahl von Eltern geht zudem davon aus, dass in den Bildungseinrichtungen (wie auch in der Bildungsinstitution „Schule“, vgl. hierzu Diskussionsinsel 1 „Die optimalen Schulen für die Neckarstadt West“) vermehrt soziale Kompetenzen und Tugenden wie Respekt, Toleranz, ein soziales Miteinander oder Disziplin vermittelt werden. Werte und Grundtugenden, die für eine erfolgreiche Sozialisation oder Bildungsbiografie unabdingbar sind.

Im Fokus der Förderung steht, u. a. aufgrund des hohen Migrantenanteils in der Neckarstadt-West, die Entwicklung der (deutschen) Sprachkompetenz. In vielen Gesprächen wurde geäußert, dass Kinder zu einem großen Teil lediglich über rudimentäre Kenntnisse der deutschen Sprache verfügen.

Sprache ist darüber hinaus ein „Spiegel des Denkens“. Sie benötigt Anregung und „Futter“, damit sie sich in einer vielfältigen Art und Weise in den Köpfen der Kinder entfalten kann.

Diese Fähigkeit, sich adäquat verbal ausdrücken zu können, ist jedoch eine notwendige Voraussetzung, um nicht nur eine erfolgreiche Bildungsbiografie zu erlangen, sondern auch eine gesellschaftliche Teilhabe und Integration in die Stadtgesellschaft sicher zu stellen.

Schließlich wurde grundsätzlich festgestellt, dass ein stetig steigender Anteil der Eltern heute kaum noch Freizeitaktivitäten mit ihren Kindern unternehmen. Auch in diesem Zusammenhang werden die Zuständigkeiten im Verantwortungsbereich der Kitas gesehen. Die Eltern erwarten, dass Aktivitäten wie „Wassergewöhnung“, „Sport“ oder „Musik“ von der Kita übernommen werden, obwohl ihnen gerade auch im außerschulischen Bereich die wichtige Rolle als „Erziehungspartner“ für ihre Kinder zukommt.

Eine mögliche Erklärung für diesen Trend sehen die Experten in den nur wenig vorhandenen Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung in der Neckarstadt-West. Zudem lassen sich, nach Aussage der Gesprächspartner, die bestehenden Möglichkeiten kaum nutzen, da sie sich überwiegend nicht in einem kindgerechten Zustand befinden. Insofern ist das Anforderungsprofil an die Kitas differenziert zu betrachten, da dieses ebenfalls städtebauliche Aspekte beinhalten kann. (Vgl. hierzu auch Diskussionsinsel 4 „Aufwachsen, Lernen und Leben in der Neckarstadt-West“, die sich mit dieser Thematik näher beschäftigt.)

Im Zuge der Gespräche mit den Experten und Bürgern des Stadtteils kam immer wieder das Thema „Ressourcenknappheit“ zur Sprache. Angesichts der vielfältigen und anspruchsvollen Aufgaben, denen sich die Bildungseinrichtung „Kita“ in der Neckarstadt-West ausgesetzt sieht, wurde von den Experten darauf hingewiesen, dass die Einrichtungen an ihrer Leistungsgrenze arbeiten und aufgrund finanzieller und personeller Knappheit, die Bedürfnisse nicht im vollen Umfang decken können. Somit stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, wie das Angebot an Kitaplätzen in quantitativer und qualitativer Hinsicht in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden kann.

Neben der „Angebotsseite“ ist nach Auffassung der Experten jedoch auch die „Nachfrageseite“ zu stärken. So ist es erforderlich, dass durch ein aktives Werben insbesondere jene Kinder den Weg in die Kita finden, bei denen die „häuslichen“ Voraussetzungen für einen gelingenden Einstieg in die Schullaufbahn nicht gegeben sind. Problematisch wird die Stärkung der „Nachfrageseite“ aufgrund des vorherrschenden Mangels an Kinderbetreuungsplätzen. So ist die Vergabe der freien Plätze an ein Punktesystem gebunden, dessen Kriterien sich primär an dem Beschäftigungsstatus und Beschäftigungsumfang der Eltern orientieren.

In diesem Zusammenhang sind die folgenden Schlagwörter zu sehen, die im Kontext der Diskussion um das Wirken der Bildungseinrichtung „Kita“ in der Neckarstadt-West aufgeworfen wurden.

Themenbereich „Kitas – Orte zum „Reifen“ für 3 bis 6 Jährige“

- **Die Rolle der Kitas in der Neckarstadt-West – besondere Herausforderungen?**
Angesichts der vielfältigen Bürgerschaft des Stadtteils, die sich aus Angehörigen der unterschiedlichsten Kulturen, Religionen und Gesellschaftsschichten zusammensetzt, werden die Kitas mit besonderen Herausforderungen konfrontiert. Jedoch welche Besonderheiten sind hier im Einzelnen zu berücksichtigen und welche Einfluss haben diese auf das Wirken der Kitas im Stadtteil? Welche Rolle und welche Aufgaben werden

den Kitas zugewiesen, sowohl aus der Perspektive der Eltern und Kindern, als auch aus der Perspektive der Erzieher und Betreuer?

- **Vielfältige Erwartungen an die Kitas**

Die Erwartungen, die an eine Kita gerichtet werden, sind häufig sehr vielfältig und gehen über die Betreuung der Kinder weit hinaus. Aber welche Erwartungen werden heutzutage an die Bildungseinrichtung „Kita“ gestellt? Im Folgenden werden drei Funktionen einer Kita aufgezeigt, die in diesem Zusammenhang diskutiert wurden:

- *Wohlfühlorte(?) für 3 bis 6 Jährige (außerhalb von zuhause):* Für die Kinder ist die Kita neben dem Elternhaus ein Ort des Spielens und Wohlfühlens. Ohne unter Leistungsdruck zu stehen, können sie hier ihren kindlichen Bedürfnissen nachgehen. Entwicklungspsychologisch gesprochen: Spielen = Lernen.
- *Ersatzelternhäuser(?) (erziehen, einordnen, „wärmen“):* Das Wirken einer Kita knüpft an das Wirken des Elternhauses an. So steht nicht nur das spielerische Miteinander im Fokus, sondern es wird ebenso die Erziehung und Sozialisierung der Kinder vorangetrieben. Fraglich ist, ob möglicherweise hierbei die Kitas an die Grenzen ihrer Möglichkeiten stoßen, da insbesondere auch die Vermittlung von Werten und Tugenden immer mehr den Bildungseinrichtungen überlassen wird.
- *Heranführen an die Schule (Gelingensbedingungen für einen erfolgreichen Übergang zur Schule?):* Darüber hinaus sollten aus der Sicht der befragten Personen in der Kita die Grundlagen gebildet werden, die Voraussetzung sind, damit das Kind erfolgreich die Schullaufbahn bestehen kann.

In diesem Kontext stellt sich zudem die Frage, wie Eltern besser als „Bildungspartner“ qualifiziert werden können, damit sie ebenfalls zu einer erfolgreichen Schullaufbahn bzw. einem erfolgreichen Bildungsweg ihrer Kinder beitragen können. Lassen sich Maßnahmen identifizieren, die besonders erforderlich sind, jedoch nicht oder nicht in ausreichender Form angeboten werden? Was müsste getan werden, damit Eltern nicht nur die Möglichkeiten und Fähigkeiten besitzen, sondern auch sich selbst wieder stärker in die Pflicht nehmen, ihren Beitrag zum Bildungserfolg ihrer Kinder zu leisten?

- **Ressourcenausstattung: Räumlichkeiten und Personal**

Vor dem Hintergrund der steigenden Ansprüche an die Leistungen einer Kita ist die Ressourcenausstattung der Bildungseinrichtungen zu bewerten. Sind diese nach derzeitigem Stand in der Lage, den Bedarf in qualitativer und quantitativer Hinsicht zu decken oder müssen Mittel und Wege gefunden werden, diese stärker zu unterstützen?

Themenbereich „non-formale Bildungsangebote als Ergänzung zur Kita“

Üblicherweise spannt sich ein umfangreiches Netz an weiteren Förderangeboten um die Bildungsinstitution „Kita“, um diese bei der Bewältigung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Allerdings werden dabei häufig mehr Transparenz und Informationen über die Angebote gewünscht. Des Weiteren wurde der Wunsch geäußert, Angebote bedarfsgerecht auszuweiten und um muttersprachliche Angebote zu ergänzen.

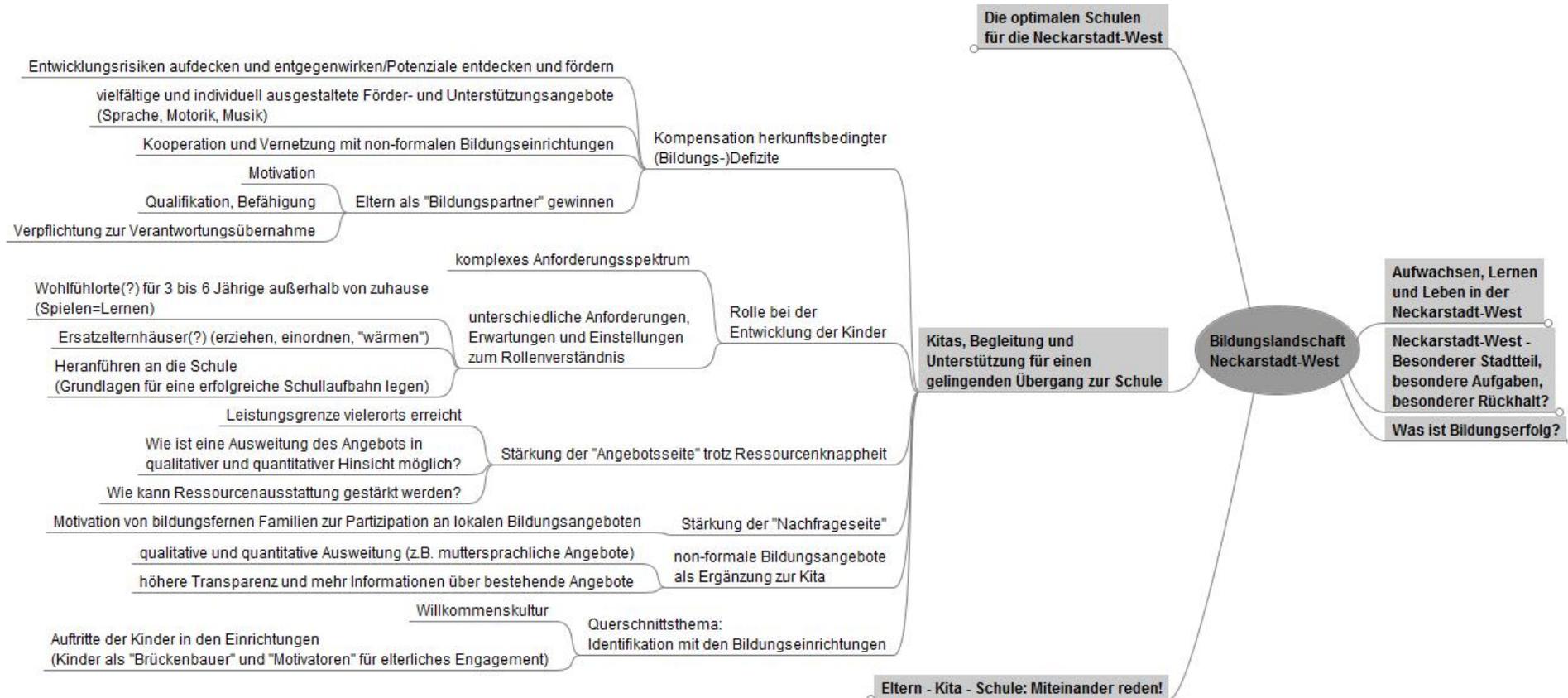
Querschnittsthema: Kommunikation der Institutionen mit den Eltern

(hier nicht diskutieren, wird in Themeninsel 3 gesondert behandelt)

Themenbereich „Identifikation mit den Bildungseinrichtungen“

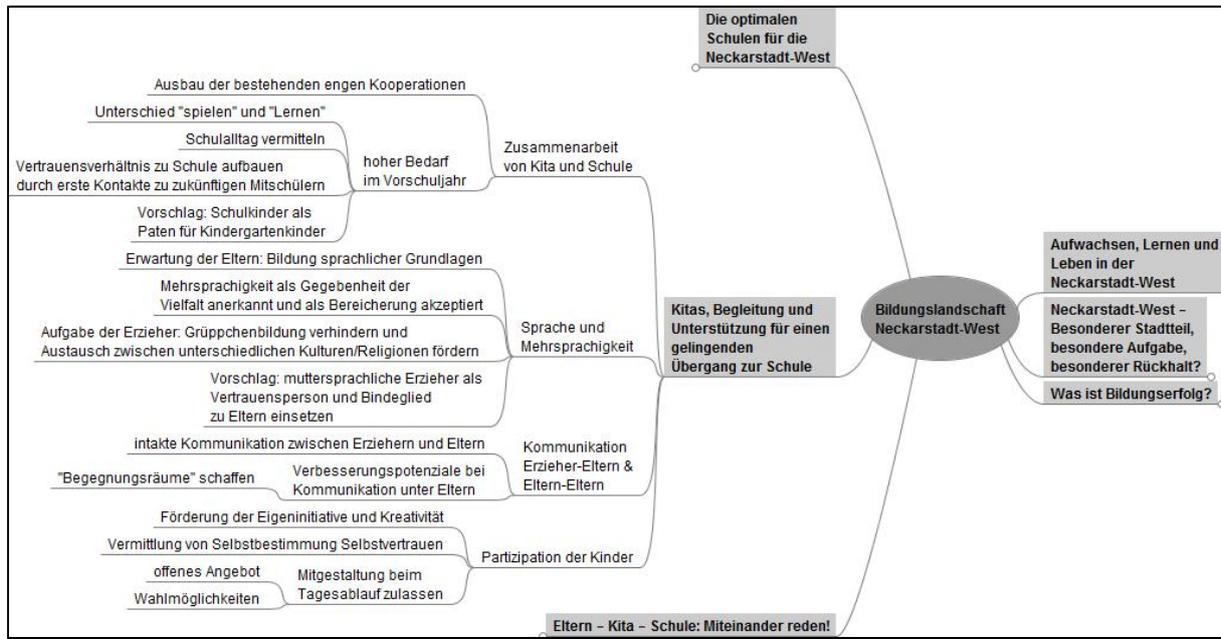
- Willkommenskultur: Wie sieht eine Willkommenskultur im Kontext „Kita“ aus? Was gibt es davon schon? Was könnte zusätzlich etabliert werden?
- Auftritte der Kinder der Einrichtungen:
Mittels Auftritte (o. Ä.) der Kinder lassen sich Eltern motivieren, die Kita aufzusuchen. Kinder können als „Brückenbauer“ und „Motivatoren“ im Hinblick auf elterliches Engagement und Beteiligung agieren. In der Praxis hat sich eine intensive Elternarbeit von Anfang an bewährt.

Die folgende Grafik veranschaulicht die inhaltliche Ausdifferenzierung des Themenschwerpunktes „Kitas, Begleitung und Unterstützung für einen gelingenden Übergang zur Schule“:



Offene Bürgerveranstaltung: Inhalte der Diskussionsinsel 2 „Kitas, Begleitung und Unterstützung für einen gelingenden Übergang zur Schule“

Anknüpfend an die zuvor genannten Themen und Thesen fokussierten sich die Gespräche in der offenen Bürgerveranstaltung im Rahmen dieser Diskussionsinsel auf die folgenden Inhalte:



Eine besondere Bedeutung wurde im Rahmen der Themeninsel 2 der Entwicklung der deutschen Sprachfähigkeit, der Zusammenarbeit von Kitas und Schulen sowie der Kommunikation zwischen den bildungsbeteiligten Akteuren (Erzieher, Eltern) beigemessen. Hierbei wurden neue Impulse und Ideen hinsichtlich der Förderung von Sprachkompetenz durch muttersprachliche Erzieher geäußert (muttersprachliche Erzieher als Vertrauensperson für die Kinder und zugleich als Bindeglied zu deren Eltern). Eine weitere konkrete Idee wurde im Hinblick auf die Intensivierung der bereits vielfach erfolgreich bestehenden Kooperationen zwischen den Kitas und Grundschulen der Neckarstadt-West zur Erleichterung des Übergangs auf die Schule geäußert. So könnten Schulkinder der zukünftigen Grundschule als Paten agieren und zum Mitgestalter dieses wichtigen Übergangs werden.

Die Diskussionsstränge der Themeninsel 2 lassen sich im Wesentlichen in die folgenden Themenbereiche gliedern:

- „Zusammenarbeit von Kita und Schule“: Um den Kindern den Übergang von der Kita zur Schule zu erleichtern, werden bereits hohen Anstrengungen unternommen. So gibt es enge Kooperationen zwischen den Grundschulen und vielen Kitas des Stadtteils, die als positives Beispiel erhalten können. Dennoch wurde von den Teilnehmern der Bürgerveranstaltung der Wunsch geäußert, die Zusammenarbeit von Kita und Schule gerade im Vorschuljahr auszubauen. Angeregt wurde dazu eine intensivere Vorbereitung im Vorschuljahr, in der den Kindern bspw. der Unterschied zwischen Spielen und Lernen

stärker verdeutlicht oder der Schulalltag näher gebracht wird. Dabei können erste Kontakte zur Schule und zukünftigen Mitschülern entstehen und damit bereits ein Vertrauensverhältnis zur Schule aufgebaut werden.

Eine konkrete Idee wurde eingebracht, in der Schulkinder der zukünftigen Grundschule als Paten agieren können und somit zum Mitgestalter dieses Übergangs werden können.

- „Sprache und Mehrsprachigkeit“: Die Förderung der Sprachkompetenzen der Kinder in der Kita ist ein zentrales Anliegen vieler Eltern. Es wird erwartet, dass Kinder in der Kita Deutsch lernen und hier die sprachlichen Grundlagen gelegt werden. Den Erziehern kommt hierbei die Aufgabe zu, die Kinder dabei so gut wie möglich zu unterstützen. Voraussetzung dafür ist, dass alle Sprachen anerkannt und respektiert werden, sowie dass die Mehrsprachigkeit im Allgemeinen als Gegebenheit der Vielfalt anerkannt und als Bereicherung akzeptiert wird.

Die mangelnden Deutschkenntnisse vieler (zumeist migrantischer) Kinder erschwert ihre Anbindung an Kinder, die muttersprachlich Deutsch sprechen. Dadurch orientieren sie sich an Kindern, die die gleiche Landessprache sprechen, so dass ein Austausch und das Erlernen der deutschen Sprache unterbleibt. Aufgabe der Erzieher sollte in diesem Zusammenhang sein, dass nicht gleichsprachige Kinder zusammen spielen, sondern sich im Kita-Alltag stärker „mischen“.

Erste Lösungsansätze: muttersprachliche Erzieher können eine Vertrauensperson für Kinder sein und ebenso ein festes Bindeglied zu den Eltern. So könnte die Basis, die Muttersprache der Kinder, für das Erlernen von Deutsch genutzt werden.

- „Kommunikation Erzieher-Eltern & Eltern-Eltern“: Die Kommunikation zwischen Erziehern und Eltern wird von den Teilnehmern der Diskussionsinsel als intakt und erfolgreich bezeichnet. Allerdings bestehen Verbesserungspotenziale im Hinblick auf die Kommunikation unter den Eltern. So bestehen kaum Möglichkeiten bzw. Räume, die einen Austausch zwischen den Eltern ermöglichen. Hier stellt sich die Frage, wie können Möglichkeiten geschaffen werden, die einen Austausch zwischen den Eltern anregen, ohne dabei die knappen (räumlichen) Ressourcen zu beanspruchen oder zu überlasten?
- „Partizipation der Kinder“: In der Entwicklung eines Kindes spielt die Förderung der Eigeninitiative und Kreativität eine wichtige Rolle. Jedoch wie lassen sich im Rahmen der Kitabetreuung Möglichkeiten eröffnen, die eine Mitgestaltung durch die Kinder zulassen und darüber eine Form der Selbstbestimmung und gleichzeitig Selbstvertrauen vermitteln? Ein offenes Angebot und Wahlmöglichkeiten bspw. bei der Gestaltung des Tagesablaufes können hier ein Ansatz sein.

3 Eltern – Kita – Schule: Miteinander reden!

Zu Beginn des Bürgerbeteiligungsverfahrens „Dialog Bildungslandschaft Neckarstadt-West“ wurden u. a. folgende Anforderungen an das Projekt gestellt: „Der Dialog soll klären, welche Beteiligungsmöglichkeiten Eltern und Bildungseinrichtungen voneinander erwarten. Die Ergebnisse aus dem Prozess können die Grundlage bieten, dass Bildungseinrichtungen ihre Konzeptionen im Bereich Elternbeteiligung reflektieren, an die Unterstützungsbedarfe der Eltern anpassen und ihre Kommunikations- und Informationsstrukturen weiterentwickeln. Vice versa würden sich Eltern stärker mit dem Bildungserfolg und der Erziehung ihrer Kinder auseinandersetzen und vorhandene Unterstützungsangebote annehmen.“

Dieses Anforderungsprofil verdeutlicht, dass in der Kommunikation zwischen den beteiligten (Bildungs-)Akteuren der Neckarstadt-West (formale und non-formale Bildungseinrichtungen sowie Eltern) eine zentrale Gelingensbedingung gesehen wird, um die lokale Bildungslandschaft gemeinsam an den individuellen Bedarfen der Kinder und Eltern des Stadtteils auszurichten.

Ein zentraler Erfolgsgarant für das gemeinsame Wirken im Hinblick auf den Bildungserfolg der Kinder ist der wechselseitige, in jeder Hinsicht verständnisvolle Austausch zwischen Eltern, Kitas und Schulen. Dieser erfordert eine funktionierende Kommunikationskultur zwischen allen Beteiligten. Im Rahmen der Gespräche mit den Bürgern der Neckarstadt-West und Vertretern lokaler Bildungseinrichtungen wurde allerdings von vielen Befragten ein mit Mängeln behafteter Austausch bescheinigt. Darüber hinaus wurde vor allem der Wunsch nach einer umfangreicheren und offeneren Kommunikation geäußert, was darauf hinweist, dass im Zusammenspiel zwischen Eltern – aus den unterschiedlichsten Kulturen und Religionen – und den Vertretern der Bildungseinrichtungen (noch) nicht die passenden Kommunikationskanäle und Ansprachen gefunden wurden.

Will man Möglichkeiten zu einer Verbesserung der Kommunikation zwischen den Beteiligten aufzeigen, muss zunächst geklärt werden, mit welchen Absichten und Rollenverständnissen Bildungseinrichtungen einerseits und Eltern andererseits in den wechselseitigen Austausch treten. Im Rahmen der Gespräche mit den betroffenen Personen und Institutionen zeichnet sich hierbei folgendes Bild:

Bildungsinstitution (vornehmlich Schule): Wenn Schulen den Kontakt mit Eltern suchen, beabsichtigen sie üblicherweise entweder zu informieren oder zur Partizipation anzuregen. D.h. sie möchten über das (deutsche) Schulsystem, die Schullaufbahn, über Erwartungen und Anforderungen, die bspw. seitens der Lehrpläne an die Kinder gerichtet werden, aufklären.

Ferner suchen sie den Austausch mit den Eltern, um ihre Arbeit mit ihnen abzustimmen und dabei Rückhalt für diese einzuholen. So wird in Eltern-Lehrer-Gesprächen u. a. darüber diskutiert, in welchen Bereichen sich das Kind positiv entwickelt, wo noch Defizite bestehen, oder welche weitere schulische Laufbahn angestrebt wird. Vor allem in der Grundschule ist die Elternberatung ein wichtiger Bestandteil der Lehrer-Eltern-Kommunikation, um Überlegungen und Entscheidungen hinsichtlich des Übergangs in eine weiterführende Schule gemeinsam zu treffen.

Hierbei ist es besonders wichtig, dass Lehrer und Eltern „an einem Strang ziehen“ und sich bei der Wahrnehmung ihrer jeweiligen Aufgaben (jeder im Rahmen seiner Rolle) gegenseitig unterstützen. Bedeutsam wird dies vor allem dadurch, dass die Aufgaben der Schule/Lehrer heutzutage stetig umfangreicher und vielfältiger werden und über den reinen Lehrauftrag

weit hinausgehen. Dabei sind sie darauf angewiesen, die Eltern mit einzubeziehen, sei es in ihrer Rolle als „Bildungspartner“ (Wahrnehmung von Aufgaben, die die individuelle Förderung ihrer Kinder betreffen, z.B. Aufgaben der Sozialisierung und Unterstützung bei den Hausaufgaben oder beim Lernen allgemein) oder als „Beteiligungspartner“ (Beteiligung für die Gemeinschaft der Bildungseinrichtung, z.B. Unterstützung bei der Durchführung von Festen oder Klassenfahrten).

Eltern: Die Zusammensetzung der Elternschaft ist stark heterogen. Sie lässt sich unterteilen in die Gruppe der „Engagierten“ und die Gruppe der „Abgeber“, die jeweils von einem anderen Verständnis von Rollenverteilung und Beteiligung im schulischen Kontext ausgehen. Während die Gruppe der „Abgeber“ den Bildungsauftrag ausschließlich bei den Bildungseinrichtungen ansiedelt, sei es aus Desinteresse, Überforderung oder auch aufgrund eines kulturelle/religiös bedingten anderen Verständnisses von „Schule“, sucht der Kreis der „Engagierten“ den Kontakt mit der Bildungseinrichtung. Sogenannte „Helikopter-Eltern“, die am liebsten jeden einzelnen Schritt ihrer Kinder auf ihrem Bildungsweg intensiv begleiten möchten, grenzen sich dabei von Eltern ab, die sich bei Bedarf einbringen, jedoch gleichzeitig den Verantwortungsbereich und die Arbeitsweisen der Schulen/Lehrer respektieren.

Auch vor diesem Hintergrund ist der oben genannte, mit Mängeln behaftete, wechselseitige Austausch zu diskutieren, zu bewerten und entsprechende Schlussfolgerungen zu ziehen. Dabei sind die unterschiedlichen Perspektiven der Beteiligten zu berücksichtigen, auf denen voneinander abweichende Rollenverständnisse, Anforderungen und Erwartungen beruhen.

In den Gesprächen mit den Bürgern des Quartiers wurde deutlich, dass eine bedarfsgerechte Kommunikation zu *allen* Eltern erforderlich ist, d.h. das bei der Ansprache der Adressaten insbesondere kulturelle und religiöse Zugehörigkeiten ebenso wie die (mutter)sprachlichen Fähigkeiten zu berücksichtigen sind. Zudem zeigte sich, dass seitens einiger Eltern auch eine Verwendung moderner Kanäle gewünscht wurde (social media), um einen optimalen Informationsaustausch zwischen Eltern und Bildungseinrichtung zu gewährleisten.

Im Zusammenhang mit der Kommunikation mit Gruppen, die sich in der Neckarstadt-West üblicherweise in (geschlossenen) kulturellen/religiösen Communities aufhalten, ist es wichtig, auf Personen zurückzugreifen, die dem Kulturkreis dieser Zielgruppen entstammen und somit als „Kommunikationsbrücke“ dienen können. Diese Personen genießen einen Vertrauensvorschuss und haben damit einen wesentlichen Einfluss auf das Handeln der Mitglieder ihrer Community.

Diskutiert wurde dabei, diese Multiplikatoren als „Kommunikationsbrücken“ für beteiligungsferne Eltern gezielt zu identifizieren, zu schulen und einzusetzen (Bildung eines Multiplikatoren-Pools).

Ein weiterer wichtiger Baustein in der Elternkommunikation sind zudem Einrichtungen, in denen ein informeller Austausch unter den Eltern stattfinden kann und ein Raum geboten wird, in dem Mundpropaganda betrieben werden kann, wie z.B. Elterncafés. Diese Form von Kommunikation sorgt häufig für einen „Schneeballeffekt“, in dem informierte, engagierte Eltern beteiligungsferne Eltern informieren, für das Thema „Bildung“ sensibilisieren, „qualifizieren und zur Partizipation motivieren. Zudem sei es wichtig, in der Kita engagierte Eltern in die Elterncafés der Schulen mitzubringen, um somit gleich Anknüpfungspunkte für Kommunikation und Elternbeteiligung in der Grundschule zu schaffen (Frage: Wie können

engagierte Eltern aus der Kita in die Schule „mitgenommen“ werden, damit sie dort genauso aktiv sein können wie in der Kita?).

In Gesprächen mit türkischstämmigen Migrantinnen wurden diese Einrichtungen mehrfach positiv hervorgehoben, da sie die Möglichkeit bieten, sich über schulische Angelegenheiten auszutauschen - außerhalb ihrer eigenen Community – und weitere Kontakte zu knüpfen, die dem Wohle des Kindes dienen oder das Lebensumfeld der Kinder verbessern.

In einem vielschichtigen und multikulturellen Stadtteil, wie es die Neckarstadt-West darstellt, ist eine interkulturelle Öffnung aller Beteiligten am Bildungsprozess eine zwingende Voraussetzung für ein „Miteinander“ anstatt lediglich eines „Nebeneinander her“. In den Gesprächen wurde dabei der Wunsch geäußert, dass sich Akteure, wie bspw. externe Kooperationspartner, außerschulische Bildungspartner, ehrenamtliche Engagierte und Eltern, weiter interkulturell öffnen. Hierbei könnten vermehrt Kulturvermittler/Integrationslotsen mit einbezogen werden, deren Aktivität über eine reine Sprachvermittlung weit hinausgeht.

In den Gesprächen wurde darüber hinaus ein Bruch in der Zusammenarbeit mit den Eltern nach dem Übergang von der Kita in die Grundschule ausgemacht. Während die Zusammenarbeit mit den Kitas zumeist als erfolgreich oder intakt beschrieben wurde, gilt das, aus der Perspektive einiger Befragten, im Zusammenhang mit den Schulen nur eingeschränkt.

Ein möglicher Erklärungsansatz für diesen Bruch ist die Form der Elterngespräche, wie sie in der Kita und in der Schule geführt werden. Während in der Kita viele Gespräche mit den Eltern zwischen „Tür und Angel“ stattfinden, ist diese Form des Austauschs in der Grundschule, u. a. aus zeitlichen Gründen, nicht mehr oder nur eingeschränkt möglich. (Zudem wollen die Schulen „auch nicht alle Eltern in der Schule haben“, da hier eine andere Form der Gespräche mit den Eltern stattfinden. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob es nicht sinnvoll wäre, die Chance für „zwischen Tür und Angel“-Gespräche zu öffnen, um somit die Kluft zwischen Eltern und Bildungsinstitution zu reduzieren. Sollte diese Form des Austausches jedoch nicht mit dem Schulablauf kompatibel sein, könnte zumindest die Einrichtung eines informellen Begegnungsraumes in der Schule den lockeren und zwanglosen Austausch zwischen den Eltern fördern. Dieser soll tatsächlich als reiner Begegnungsraum verstanden werden und stellt keine Konkurrenz, sondern vielmehr eine Ergänzung zu den themenzentrierten und terminierten Elterncafés dar.).

Zudem beeinflusst die Haltung der Schule den Wunsch nach Partizipation der Eltern, m.a.W. wenn Beteiligung in der Schule unerwünscht ist, dann beteiligen sich Eltern nicht. In diesem Konflikt offenbaren sich die unterschiedlichen Erwartungen im Hinblick auf Kommunikation bzw. Beteiligung von Eltern einerseits und Schule andererseits, die häufig nicht miteinander vereinbar sind. Während Elternbeteiligung in der Kita von den befragten Eltern als gewünscht empfunden wird, ist es für sie nicht immer offensichtlich, ob ein aktives Einbringen im schulischen Kontext in jedem Falle gerne gesehen wird. Zurückzuführen ist diese Diskrepanz auf das Rollenverständnis, das Eltern gegenüber der Schule und der Kita aufbringen. Während die Erziehung und Betreuung in den Aufgabenbereich einer Kita fällt und damit größtenteils mit den elterlichen Aufgaben übereinstimmt, fällt die Bildung der Kinder in den Verantwortungsbereich der Schule und deren Lehrkräfte. Der Bildungsauftrag wird damit an die „Autoritätspersonen“ in der Schule abgegeben (so die Perspektive einiger Befragten!). Das Verständnis der Aufgabenfelder der Bildungseinrichtungen „Kita“ und

„Schule“ ist dadurch grundlegend verschieden, was sich demzufolge auch in der Einstellung gegenüber der Zusammenarbeit mit den einzelnen Bildungseinrichtungen widerspiegelt. In diesem Kontext stellen sich die Fragen: Was kann sich ändern, damit sich Eltern auch in der Schule willkommen fühlen? Wie sollten sich Schulen bewegen, zu den Eltern hin? Sollten sich Schulen stärker den Eltern gegenüber öffnen? Was erwarten bzw. wünschen sich Eltern von Bildungseinrichtungen, damit der Übergang von der Kita in die Grundschule gut gelingen kann und für den beginnenden Bildungserfolg bereits Brücken gelegt werden?

In die Diskussionsinsel 3 „Eltern – Kita – Schule: Miteinander reden!“ fällt, wie auch in die Diskussionsinseln 1 „Die optimalen Schulen für die Neckarstadt West“ und Diskussionsinsel 2 „Kitas, Begleitung und Unterstützung für einen gelingenden Übergang zur Schule“, das Querschnittsthema „Willkommenskultur“. Neue Neckarstädter berichten, dass ihnen eine Willkommenskultur in den Bildungseinrichtungen teilweise fehlt. Dabei melden Eltern ihre Kinder dort an, wo sie sich willkommen fühlen. Ebenfalls wird geäußert, dass es viele Regeln gibt, die sie nicht kennen, jedoch dieses von ihnen erwartet wird. Ihre Erfahrungen sind, dass Gespräche zum Teil nicht geführt werden, sei es zur Information, zur Erklärung, zum Ankommen und zum Willkommen fühlen, m.a.W. sie fühlen sich auf Distanz gehalten.

Vor dem Hintergrund dieser kurzen Einführung in das Thema „Eltern – Kita – Schule: Miteinander reden!“, die einen ersten Impuls für diese Diskussionsinsel liefern soll, sind die folgenden Schlagwörter zu sehen.

Themenbereich „Kommunikation zwischen Institutionen und Eltern“

- **Bedarfsgerechte Kommunikationskanäle zu *allen* Eltern**

Eine erfolgreiche Ansprache der jeweiligen Zielgruppen erfordert eine ausdifferenzierte Kommunikation, die die Merkmale der kulturellen und religiösen Zugehörigkeiten berücksichtigt. Insbesondere bei Gruppen, die sich in der Neckarstadt-West überwiegend in (geschlossenen) Communities bewegen, ist eine „aufsuchende“ Kommunikationsstrategie hilfreich. D.h. dass die Ansprache in diesen Fällen vermehrt über Kultur- und Sprachmittler oder muttersprachliche Integrationshelfer/-lotsen stattzufinden hat, die als „Brückenbauer“ einen großen Einfluss auf das Handeln der Mitglieder ihrer Community ausüben können (Können in der Diskussionsinsel weitere Ideen entwickelt werden?).

Daneben spielt der „Schneeballeffekt“ eine gewichtige Rolle, sollen Eltern für mehr Engagement im Hinblick auf die Bildungsgestaltung ihrer Kinder gewonnen werden. Motivierte und engagierte Eltern können als Impulsgeber für bislang bildungsferne Eltern agieren, in dem sie zum Mitmachen, Mitgestalten aufrufen und mit gutem Beispiel voran gehen.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie diese Formen der Ansprache stärker systematisiert werden können und ob ein „Handbuch Elternkommunikation“ entwickelt werden kann (Gibt es das schon in Mannheim, z.B. im Bereich der städtischen Kitas? Was gibt es noch für Ideen/Impulse?).

- **Ziel und Auftrag der Elternbeteiligung für die Eltern unklar**

Damit sich Eltern für mehr Beteiligung und Engagement gewinnen lassen, muss zum einen das Ziel und zum anderen der „Auftrag“ deutlich sein. Wichtig hierbei sind Informationen an die Eltern über Beteiligungsmöglichkeiten in Kita und Schule. Laut einiger Befragten scheinen diese nicht in ausreichendem Maße vorhanden zu sein.

- **Willkommenskultur an den Bildungsinstitutionen:**

Eine erfolgreiche Kommunikation zwischen allen Bildungsbeteiligten ist ebenfalls ein essentieller Bestandteil, um eine gelungenen Willkommenskultur in den Bildungseinrichtungen zu etablieren.

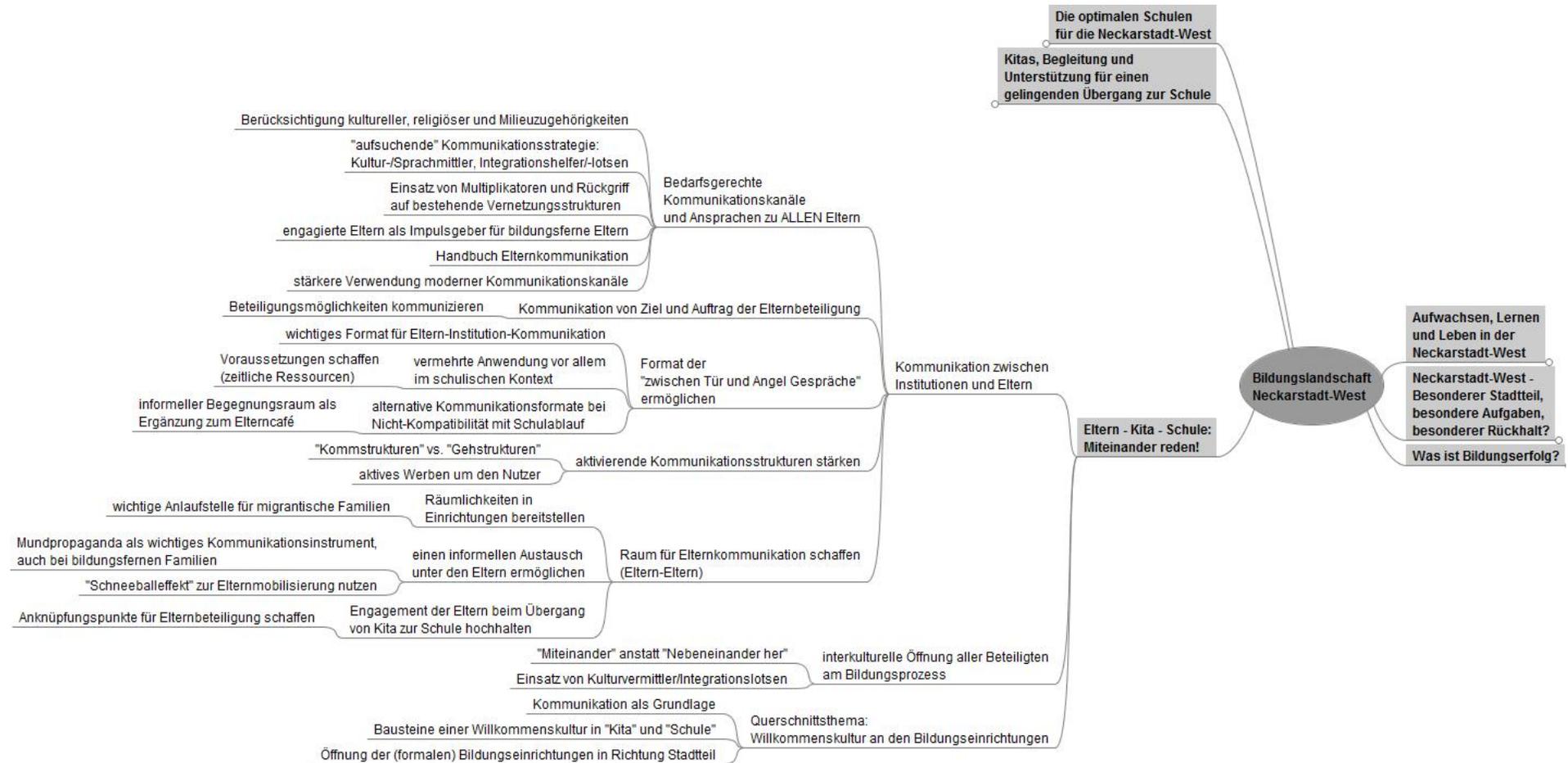
Jedoch wie sieht eine Willkommenskultur im Kontext „Schule“ und „Kita“ aus? Was gibt es davon schon? Was könnte zusätzlich eingeführt werden?

Im Zusammenhang mit den unterschiedlichen Wahrnehmungen in „Schule“ und „Kita“: Was kann sich ändern, damit sich Eltern auch in der Schule mehr willkommen fühlen? Wie sollte sich Schule bewegen / zu Eltern hin? (Eine Öffnung der Schule könnte durch den Aufbau von Kooperationen mit Vereinen, Migrantenorganisationen, etc. auch in Richtung des Stadtteils erfolgen. Vgl. dazu Diskussionsinsel 1 „Die optimalen Schulen für die Neckarstadt-West“ und Diskussionsinsel 4 „Aufwachsen, Lernen und Leben in der Neckarstadt-West“).
- **Chance für „zwischen Tür und Angel Gespräche“ öffnen (Wie in der Schule?)**

Elternkommunikation im vorschulischen Alter wird durch „zwischen Tür und Angel Gesprächen“ geprägt. Diese Art der Kommunikation ist jedoch im Rahmen des Austauschs zwischen Eltern und Schule nach Aussage einiger Befragten weniger verbreitet. Wäre es sinnvoll diese Form auch stärker im schulischen Kontext zu ermöglichen? Wenn ja, wie könnte das aussehen im Hinblick auf zeitliche und personelle Ressourcen? Wenn diesem Form des Austausches allerdings nicht mit dem Schulablauf kompatibel sein sollte, welche Alternativen gibt es?
- **„Kommstrukturen“ vs. „Gehstrukturen“**

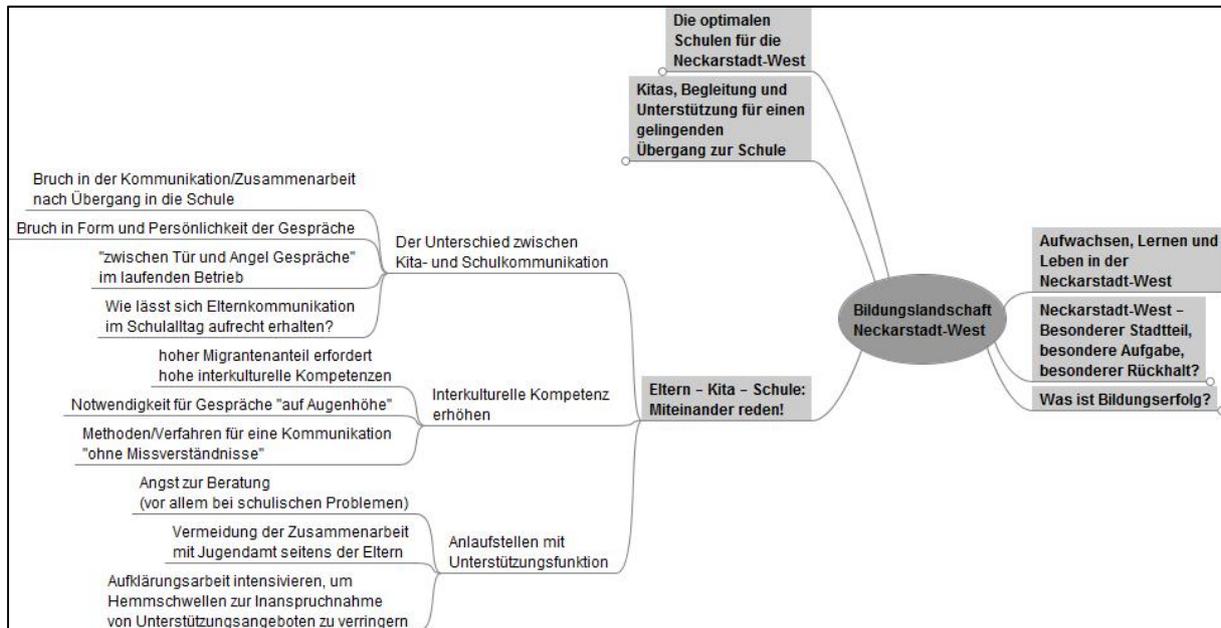
Viele Einrichtungen der Neckarstadt-West setzen auf „Kommstrukturen“, d.h. die Einrichtungen verhalten sich in Bezug auf die Ansprache ihrer (potenziellen) Nutzer passiv. Um die Angebote stärker ins Quartier zu tragen, wären jedoch „Gehstrukturen“ erfolgsversprechender ((potenzielle) Nutzer werden aktiv von den Einrichtungen angesprochen, d.h. es findet ein Werben um die Nutzer statt, bei dem ein erster Impuls zur Kommunikationsaufnahme von den Einrichtungen ausgeht). Aber wie kann ein Werben / ein erster Impuls von den Einrichtungen ausgehen?

Die folgende Grafik veranschaulicht die inhaltliche Ausdifferenzierung des Themenschwerpunktes „Eltern – Kita – Schule: Miteinander reden!“:



Offene Bürgerveranstaltung: Inhalte der Diskussionsinsel 3 „Eltern – Kita – Schule: Miteinander reden!“

Anknüpfend an die zuvor genannten Themen und Thesen fokussierten sich die Gespräche in der offenen Bürgerveranstaltung im Rahmen dieser Diskussionsinsel auf die folgenden Inhalte:



Ein zentrales Anliegen war im Rahmen der Diskussionsinsel 3 die unterschiedlichen Kommunikationskulturen in den Kitas einerseits und den Grundschulen andererseits. Angesprochen wurden dabei die in der Schule fehlenden „Tür-und-Angelgespräche“ und der Wunsch nach einer vermehrten persönlichen und individuellen Ansprache sowohl in den Kitas als auch in den Schulen. Darüber hinaus wurde im Rahmen dieser Themeninsel konstatiert, dass sich Schulen und Kitas verstärkt als Dienstleister sehen sollten und dementsprechend „Kommunikation“ als Teil ihres Kita-/Schulalltags betrachten. Dazu diskutierten die Teilnehmer über interkulturelle Kompetenzen der Fachkräfte, um bei Elterngesprächen auf Augenhöhe miteinander reden zu können, sowie über den Bedarf an höheren zeitlichen Kapazitäten, die für die Elternkommunikation und für einen kontinuierlichen Austausch zur Verfügung stehen sollten.

Die Diskussionsstränge der Themeninsel 3 lassen sich im Wesentlichen in die folgenden Themenbereiche gliedern:

- „Der Unterschied zwischen Kita- und Schulkommunikation“: Die Kommunikation/ Zusammenarbeit zwischen Eltern und Erziehern sowie Lehrern stellt einen zentralen Erfolgsfaktor für den Bildungsweg der Kinder dar. Allerdings stellen die Teilnehmer der Diskussion fest, dass ein enormer Unterschied zwischen der Kommunikation an Kitas und der an den Schulen besteht. Die Kommunikation an der Schule finde oft zufällig statt und es werden zu wenige Informationen direkt durch die Schule an die Eltern gegeben. Es läuft vor allem auf den Austausch der Eltern untereinander hinaus. Die Teilnehmer wünschen sich eine persönliche und individuelle Ansprache (in Kita und Schule) und keine über Aushänge, da diese schnell wieder aus dem Bewusstsein

verschwinden (oder gar nicht erst wahrgenommen werden). Gerade die Arbeit geht aber weit über die eines Erziehers hinaus. Hier braucht es mehr Zeit und vor allem Flexibilität, denn so würden Vertrauen und Brücken aufgebaut.

Die Kommunikation an Kita und Schule unterscheidet sich maßgeblich: in der Kita finden „Tür- und Angelgespräche“ statt, während es an den Schulen einem „am-Tor-abgeben“ gleicht und so die Kommunikation mit den Lehrern erschwert wird. In der Kita finden Gespräche zwischen Eltern und Erziehern im laufenden Betrieb statt, allerdings gibt es dafür keine eigenen Zeiten, wie an den Schulen.

Gerade in den Schulen ist aus Sicht der Teilnehmer wichtig, dass Eltern zum Teil der Schule werden können, denn bisher fühlen sie sich ausgeschlossen. Um das zu ändern, müssen entsprechende Strukturen geschaffen werden.

Laut einiger Teilnehmer kann sich die Schule ein Beispiel an den Kitas nehmen (auch wenn Tür-und-Angelgespräche wohl nicht möglich sein werden). Eine Teilnehmerin berichtete von einer Kommunikation über Haftnotizen für kleine Informationen zum eigenen Kind, die in der Kita in die Fächer der Kinder gelegt wurden. Bei Bedarf konnte das dann im persönlichen Gespräch vertieft werden.

Um die Kommunikation in den Kitas zu verbessern, sei es auch wichtig, den Arbeitsplatz und das Berufsbild des Erziehers in seiner Attraktivität zu steigern (Gehalt und Wertschätzung).

- „Interkulturelle Kompetenz erhöhen“: Interkulturelle Kompetenz ist eine notwendige Voraussetzung, um in Elterngesprächen mit Migranten auf Augenhöhe agieren zu können. Diese Kompetenz ist jedoch nicht unmittelbarer Bestandteil der Lehrerbildung. Von daher müssen Methoden/Verfahren entwickelt werden, die eine Kommunikation „ohne Missverständnisse“ zwischen Eltern (mit Migrationshintergrund) und Lehrern ermöglichen. Wie könnten diese im Einzelnen aussehen?
- „Anlaufstellen mit Unterstützungsfunktion“: Im Zuge der Bürgerveranstaltung wurden Ängste geäußert, sich bei (vor allem bei schulischen) Problemen an unterstützende Anlaufstellen zu wenden. Generell scheint eine Angst zur Beratung zu existieren, die sich insbesondere in der Zusammenarbeit mit dem Jugendamt offenbart. Hilfreich wäre somit vermehrt über die Arbeit des Jugendamtes aufzuklären, um damit die Hemmschwellen für eine Inanspruchnahme der Hilfeleistung des Amtes abzusenken.

4 Aufwachsen, Lernen und Leben in der Neckarstadt-West

Zur Verbesserung der Bildungsperspektiven für Kinder muss der Blick über die eigentlichen Bildungseinrichtungen hinausgehen und auch das Wohnquartier als Sozial-, Erfahrungs- und Lebensraum in den Blick genommen werden. Denn Kinder lernen nicht nur in der Schule. Nachfolgend ist zunächst ein Ausschnitt aus einem Aufsatz wiedergegeben, der die Zusammenhänge zwischen Lernen, Bildung und alltäglichem Umfeld in benachteiligten Stadtteilen aufzeigt. Der Aufsatz beschreibt nicht speziell die Neckarstadt-West, sondern allgemein einen Quartiertypus in deutschen Großstädten. Gleichwohl passt er in seinen wesentlichen Aussagen zur Neckarstadt-West.

Ausschnitt aus dem Aufsatz von Jürgen Aring „Integration hoch zwei – Bildungslandschaften und Stadtentwicklung verknüpfen“, erschienen in FWS 3/2014

Space matters! Der Raum hat Bedeutung! So lautet ein Kernsatz in vielen aktuellen Diskussionen bei Ökonomen, Historikern, Politik- und Sozialwissenschaftlern. Das sollte auch für die Gestaltung kommunaler Bildungslandschaften gelten. Denn Bildungserfolge basieren nicht nur auf der Qualität und Vernetzung der formalen und non-formalen Bildungseinrichtungen, die die Kinder besuchen, sondern sie korrelieren auch mit der Bildungsorientierung im Elternhaus und den sozio-ökonomischen Strukturen im Wohnquartier. Während die Bedeutung des Elternhauses inzwischen auch in der öffentlichen Diskussion immer wieder betont wird, was den Bildungswettbewerb in den Mittelschichtmilieus antreibt und ihnen gleichzeitig ein Absetzen von bildungsfernen Unterschichten erleichtert, ist die Bedeutung des Wohnquartiers, d.h. die räumliche Perspektive, eher ein Thema für Stadtplaner, Stadtentwickler und Stadtsoziologen.

Benachteiligte Stadtteile zeichnen sich statistisch durch überdurchschnittliche Werte bei Arbeitslosigkeit, prekären Lebenssituationen, Kinder in Sozialhilfe, Bedarf nach Jugendhilfe, Migrantenanteilen, Alleinerziehenden und unterdurchschnittliche Wohnverhältnisse aus (vgl. z.B. Stadt Mannheim 2009). Hinter diesen Strukturen verbergen sich einerseits viele erschöpfte Familien und Lebensgemeinschaften, in denen die angespannte Lebenssituation zu gescheiterten Familienbiografien, eingeschränkten Möglichkeiten zu sozialer und gesellschaftlicher Teilhabe und einer Überforderung bei der Wahrnehmung der Elternfunktion führt. Das Sozialkapital vieler Menschen ist eingeschränkt. Die im deutschen Bildungssystem wichtige Unterstützung der Kinder durch ihre Eltern fällt hier weitgehend aus.

Zusätzlich trifft man in solchen Quartieren auch auf größere Anteile von stark religiös und traditionell verwurzelten Familien, deren alltägliches Leben durch eng interpretierte islamische Werte und Verhaltensweisen bestimmt wird. Das strenge und geschlossene Wertesystem führt zu Ängsten vor liberalen und individualisierten Haltungen, die als familienentfremdend, verwerflich oder gar sündig wahrgenommen werden. Eine Folge ist eine weitreichende Abkapselung im eigenen Milieu und der Versuch, die eigenen Kinder von negativ empfundenen Einflüssen fern zu halten. Die unter Bildungsaspekten für Kinder eigentlich hilfreiche Sozialisation in einem offenen, anregenden und deutschsprachigen Umfeld wird so explizit nicht gewünscht und wo möglich vermieden.

Gleichzeitig häufen sich in benachteiligten Stadtteilen spürbare Kriminalität, Drogenkonsum, Alkoholismus, Jugendterror und Vandalismus. Angesichts der multiplen Problemlage haben überforderte Stadtteile einen schlechten Ruf, der als Negativimage und Stigmatisierung auch an seinen Bewohnern haftet und zu Diskriminierungen führt. Die Nennung des Wohnquartiers in einer Bewerbung kann schon ausschlaggebend für eine Ablehnung sein. Vor Ort führt das Aufeinanderprallen von Erschöpfung und Rücksichtslosigkeit sowie Vielfalt und Wertesystemen zu Konflikten und weiteren Überforderungen. Benachteiligte Stadtteile sind auch Orte der sozialen Segregation, in die Menschen mit schwierigen Lebensbedingungen hineingedrängt werden, und aus denen sich Mittelschichten und soziale Aufsteiger zurückziehen.

Diese verdichtete Beschreibung der Situation in benachteiligten Stadtteilen ist erschreckend. Man mag einwenden, dass sie zwar stimme, aber gleichzeitig zu eindimensional sei und der urbanen Vielschichtigkeit städtischer Quartiere nicht gerecht werde. Die entsprechenden Quartiere hätten mehr zu bieten, z.B. Urbanität, Multikulturalität und ein spezifisches Flair. Sie würden als Ankommensquartiere eine bestimmte Aufgabe für die gesamte Stadt wahrnehmen. Sie seien Orte besonderer lokaler Ökonomien. Das ist alles richtig, doch das gleicht nicht die multiplen Problemlagen aus.

Kinder werden so besonders benachteiligt, denn erfolgreiches Lernen ist in benachteiligten Stadtteilen schwierig. Statistiken aus dem kommunalen Bildungsmonitoring zeigen in entsprechenden Quartieren die ausgeprägtesten Defizite bei der Einschulung, die geringsten Übergangsquoten zu Gymnasien und die höchsten Quoten von Schulabbrechern ohne Abschluss. Das hat auch seine Ursachen an den Umfeldbedingungen im Quartier, d.h. an den Kontaktmöglichkeiten, der Sozialisation, den Netzwerken als Sozialkapital sowie an der Qualität der Umwelt (vgl. dazu HÄUSSERMANN 2007, S. 235f.). Natürlich sind viele soziale Beziehungen nicht explizit quartiersbezogen, denn benachteiligte Stadtteile sind keine Ghettos. Doch bei Kindern ist die Ortsbindung ausgeprägter, zumal wenn sie noch im Grundschulalter sind. Ihr wichtigster Ort für soziales Miteinander und damit für die Sozialisation ist ihre Schule. Werte, Werturteile, Einstellungen, Ziele aber auch Anregungen, Wortschatz, Ausdrucksfähigkeit werden im Sozialisationsraum Schülerschaft und den damit verbundenen Sozialisationsräumen der Elternhäuser von Schulfreunden vermittelt. Auf das Leben von Kindern wirken die Bedingungen ihres Quartiers also noch viel intensiver als auf viele Erwachsene.

Die Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern liegt zuerst bei den Eltern, doch zusätzlich gibt es auch eine gesellschaftliche Verantwortung. Sie kann je nach Aufgabe von einer Vielzahl von Akteuren, Trägern und Institutionen wahrgenommen werden. Auf kommunaler Ebene sind dabei in Mannheim sowohl das Dezernat IV Stadtplanung wie das Dezernat III Bildung, Kinder, Jugend, Familie, Gesundheit angesprochen, je nachdem ob das Thema eher über eine baulich-räumliche oder eine sozialräumliche Perspektive erschlossen wird. Ungeachtet der originären Zuständigkeit werden die Dezernate sich bei der Bearbeitung der im Folgenden angesprochenen Themen und Aufgaben auch als Organisator und Partner eines größeren Akteursnetzes verstehen.

Für die Diskussionsinsel „Aufwachsen, Lernen und Leben in der Neckarstadt-West“ zeichnen sich zwei Arbeitsrichtungen ab:

(a) der Stadtraum als Lern- und Lebensraum für Kinder,

(b) das Quartier als Sozialraum mit Sozialisierungseigenschaften.

Dabei gilt, dass beide Arbeitsrichtungen eng zusammenhängen. Denn es gibt Wechselwirkungen zwischen den Stadtraumqualitäten und den Qualitäten des Zusammenlebens.

Bei der ersten Arbeitsrichtung richtet sich der Blick auf die Verknüpfung von Städtebau und Nutzung / Bespielung. Ebenso könnte man von der baulich-physischen Struktur des Quartiers in Verbindung mit Erlebnis- und Aufenthaltsqualitäten sprechen. Bei einer solchen Sichtweise werden auch Ordnung, Sauberkeit und Sicherheit zu gestalterischen Dimensionen. Ein rein städtebaulich defizitorientierter Zugang würde für die Neckarstadt West ergeben, dass im Großen und Ganzen keine städtebaulichen Mängel festzustellen sind. Beginnt man die Analyse jedoch mit der Suche nach städtebaulichen Lösungen, die den Stadtraum als Lebens- und Lernraum für Kinder verbessern, dann sollten sich viele Handlungsmöglichkeiten auftun. Im Fokus steht dabei zunächst der öffentliche Raum der Straßen, Wege, Plätze und Grünflächen. Daneben soll der Blick aber auch auf halböffentliche Räume und sogar private Räume gelenkt werden.

Bei der zweiten Arbeitsrichtung wird der Blick auf die Neckarstadt West als Sozialisationsraum gewendet, wobei die Sozialisierung sowohl im privaten Umfeld des Elternhauses wie auch im öffentlichen Raum stattfindet. Der private Raum ist ein besonders geschützter Bereich, in den der Staat im Allgemeinen nur zur Gefahrenabwehr eingreift. Insofern sollte in der folgenden Diskussion der Schutzanspruch dieser Privatheit auch respektiert werden und nicht über eine Einflussnahme auf die Sozialisierung in den Familien diskutiert werden. So richtet sich der Blick auf den öffentlichen Raum und auf öffentlich zugängliche Gemeinschaftsaktivitäten, wobei eine Doppelperspektive aus Defizit- und Potenzialansatz weiterhilft. Wo passiert das Falsche oder zu wenig? Wo findet man negative Sozialisierungsbedingungen? Welche Defizite hat der öffentliche Sozialisationsraum Neckarstadt-West für Kinder, die reduziert oder ganz beseitigt werden können? Welche Potenziale in der Neckarstadt-West können gezielt gestärkt werden? Welche öffentlichen Sozialisationsräume gibt es in der Neckarstadt-West? Welche werden gut genutzt – und weshalb werden diese bevorzugt?

Arbeitsrichtung „Stadtraum als Lernraum für Kinder“

Stadtraum als Aufwachsraum: Kinder wachsen im Stadtteil auf und erleben ihn aus einer kindlichen Perspektive mit kindlichen Gefühlen (Abenteuer, Spannung, Interesse, Langeweile, Pflicht, Gefahr, Angst usw.). Mit solchen Kriterien können in einem gemeinsamen Projekt von Stadtplanern und Kindern die Straßen, Wege, Plätze und Grünflächen unter die Lupe genommen werden, um zu kindgerechte Orten und Wegen zu kommen. Ähnliches gilt für Spiel-, Bolz- und Sportplätze. Wichtig ist auch die Beschäftigung mit „undefinierten“, aber zugänglichen Räumen (z.B. Grünstreifen, Brachen, Uferzonen usw.). Bieten sie Kindern zusätzliche anregende Aktivitäten oder bündeln sich genau dort negative Einflüsse, was besorgte Eltern dazu treibt, ihren Kindern solche Orte zu verbieten. In den bisherigen Diskussionen gab es auch schon konkrete Hinweise auf spezielle Orte und Aufgaben. Dazu zählen beispielsweise die Modernisierung des Abenteuerspielplatzes Jugendhaus Erlenhof sowie die Schaffung von Freiräumqualitäten (z.B. Alter Messplatz, Neckarvorland).

Spielerisches Lernen: Lernen ist nicht „sich bilden“, sondern auch ein „sich aneignen von Erfahrung“, von Natur, Kultur, Arbeitswelt, Alltagsraum u.a.m. Beim „sich aneignen“ handelt es sich um scheinbar selbstverständliche Alltagsprozesse, die gar nicht bewusst als Lernen wahrgenommen werden. Kommt es nicht oder zu wenig zu solchen Lernprozessen mit eigenen Erfahrungen und der Reflektion darüber (Stichwort „Stubenhocker“, Fernsehkinder usw.), dann fehlen Erlebnisse und Erfahrungen, die zudem auch später als ein Mangel von Voraussetzungen im formalen Bildungsprozess spürbar werden. Für die Neckarstadt-West stellt sich die Frage, wie spielerisches Lernen über Zugänge zu Kultur, Natur, Handwerken und dgl. über gezielte Angebote gefördert werden kann. Welche „Erlebnisqualitäten“ gibt es im Quartier, die man für Kinder nutzen kann (kulturelle Einrichtungen? handwerkliche Einrichtungen? Kinderbauernhof? Kinderwerkhof? usw.). Schließlich wurde auch die Frage gestellt, inwieweit die Unterstützung des „spielerischen Lernens“ auch ein Thema der Schulen ist, das sie durch eine Öffnung der Schule ins Quartier angehen (vgl. dazu auch die Anregungen in Themeninsel 1 zur optimalen Schule“).

Ansiedlung von „Bildungseinrichtungen im weiteren Sinne“: Ergänzt wird der Gedanke des „spielerischen Lernens“ durch die Ansiedlung von Bildungseinrichtungen im weiteren Sinne. Angesprochen wurde konkret ein „Museum der deutschen Sprache“ (in der DUDEN-Stadt Mannheim) am alten Messplatz (Hinweis in Neujahrsrede des OB).

Wohnungsangebot und Wohnumfeld: Neben dem öffentlichen Raum sind die halbprivaten Räume des engeren Wohnumfeldes und die privaten Räume der Wohnungen ebenfalls wichtige Lernräume für Kinder. Unbestritten sind eigene Räume für Kinder und kindgerechte vollständige Einrichtungen wichtige Voraussetzungen für erfolgreiches Lernen. Das relativ günstige Preisniveau für Mietwohnungen in der Neckarstadt-West böte grundsätzlich die Gelegenheit für Familien sich „großzügig“ mit bezahlbarem Wohnraum auszustatten. Eine andere Frage ist, ob es ein hinreichendes Angebot an großen Wohnungen gibt und ob Familien (mit Migrationshintergrund) den Zugang dazu erhalten (Diskriminierung?). Von privaten Anbietern könnte auch versucht werden, das niedrige Preisniveau durch das Aufteilen oder Überbelegen von Wohnungen zu kompensieren. Der Zugang zu Privateigentümern ist allerdings schwierig. Der Fokus richtet sich deswegen zuerst auf das kommunale Wohnungsunternehmen GBG als wichtiges Instrumentarium, um auch aktiv handelnd in den Gestaltungsprozess eingreifen zu können. So wurde die Frage gestellt, ob die Wohnraumentwicklungs- und die Belegungspolitik der GBG proaktiv im Sinne einer integrierten Bildungslandschaft in der Neckarstadt-West ausgerichtet ist. Die GBG hat den bisherigen Bildungsdiskurs aktiv begleitet und es wäre wünschenswert, wenn sie ihre Politik im Sinne einer erfolgreichen Bildungslandschaft weiter entwickeln könnte.

Kinderzimmer in den Wohnungen: Die Verfügbarkeit von passenden Wohnung ist eine Sache, ihre Nutzung eine andere. Wenn man in Zeitungsartikeln über Armut in Deutschland liest, dass viele Kinderzimmer mit einer Matratze auf dem Boden, einigen Kisten, einem Flachbildfernseher, doch ohne Schreibtisch eingerichtet sind, kann man nur erschrocken sein. Folgt man den Schilderungen der Grundschuldirektoren, ist es nicht unwahrscheinlich, dass solche Situationen auch in der Neckarstadt-West vorkommen. Abhilfe wäre ohne Zweifel wünschenswert, doch gibt es dazu Möglichkeiten? Wohnungen sind schließlich etwas sehr Privates. Insofern ist bisher unklar, ob und wie dieses Thema überhaupt diskutiert werden kann.

Arbeitsrichtung „Sozialisationsraum Neckarstadt West“

Nebeneinander und Miteinander: Die Neckarstadt-West ist ein Stadtteil mit hoher gesellschaftlicher Vielfalt. Alle Identitäten, Lebensstile und Milieus haben ihre Berechtigung sofern sie die demokratischen und rechtsstaatlichen Regeln achten. Insofern ist die Neckarstadt West ein Stadtteil des „Nebeneinanders“. Die Kölner Band „Die Höhner“ hat das in einem Song schön auf die Formel gebracht „Levve und levve losse“ („Leben und leben lassen“). Gegenseitiger Respekt und Toleranz ist eine wesentliche Voraussetzung für das „Leben lassen“. Kinder sind offen für die Vielfalt, denn sie sind neugierig und brauchen Freunde. Alle öffentlichen Einrichtungen sollen die Kinder im Geist des „Leben und leben lassen“ prägen und auch darauf hinwirken, dass in den Elternhäusern diese Haltung vermittelt wird. Ergänzt wird das Nebeneinander im Quartier durch ein Miteinander, sprich gruppen- und milieuübergreifende Aktivitäten. Konkret wurde bisher über gemischte milieuübergreifende Elternkleingruppen zum besseren Kennenlernen (niedrigschwellig, offen) gesprochen. Wichtig wäre es jedoch auch zu wissen, was es in der Neckarstadt-West an Angeboten gibt, wer sie anbietet, wer dadurch bisher auf welchen Wegen angesprochen wird, und was die Angebote für die Nutzer attraktiv macht. Dann könnte man überlegen, wie vorhandene Angebote ihre Reichweite ausdehnen.

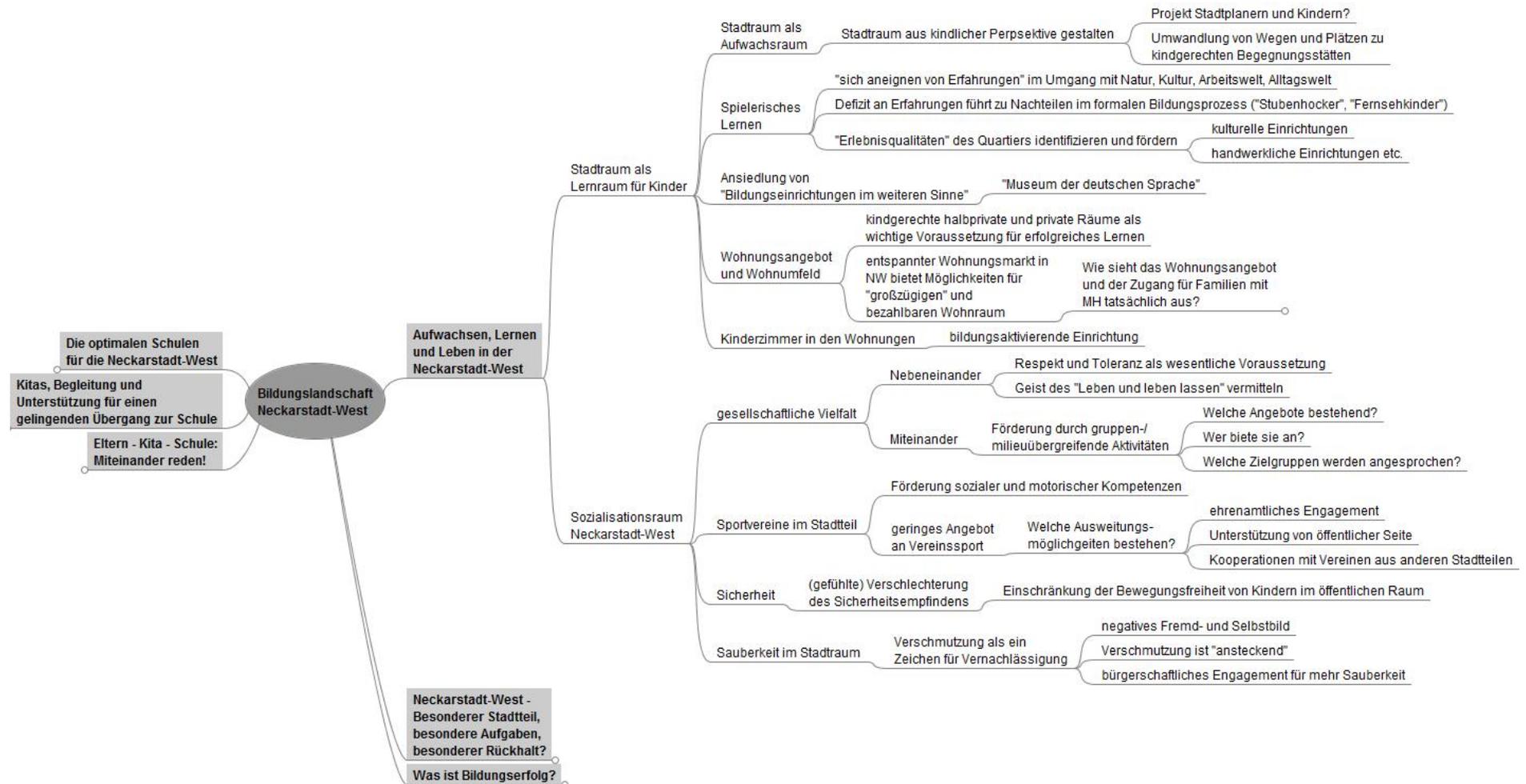
Sportvereine im Stadtteil: Ohne Zweifel bieten Sportvereine vielen Kindern eine Möglichkeit zu mehr Bewegung und zu gemeinschaftlichen Erlebnissen, unabhängig davon, ob es sich um Individual- oder Mannschaftssportarten handelt. In den Gesprächen wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass es in der Neckarstadt-West nur ein kleines Angebot gibt, so dass Kinder in andere Stadtteile gehen müssen, um Vereinssport zu betreiben. (Verifiziert wurde diese These im Lauf des bisherigen Bildungsdialoges nicht. Es wurde keine Bilanz über das Angebot in der Neckarstadt-West erstellt.) Zusätzliche Vereinsangebote zu fordern ist leicht. Wenn man jedoch weiß, dass Sportvereine von ehrenamtlichem Engagement getragen werden, und dass dieses Engagement zumeist einer Unterstützung von der öffentlichen Seite bedarf (Sportplätze, Hallen), dann wird deutlich, dass eine Forderung nach mehr Vereinen für die Neckarstadt West eine sehr große Herausforderung darstellt. Zum einen geht es um die Mobilisierung von Menschen, die die Vereine tragen, zum anderen sind Hallen und Sportplätze teuer und nicht überall realisierbar. Insofern gibt es auch einen Standortwettbewerb zwischen den Stadtteilen, bei dem die Neckarstadt-West aufgrund ihrer „politischen Marginalisierung“ (vgl. Diskussionsinsel 5 „Besonderer Stadtteil, besondere Aufgaben, besonderer Rückhalt?“) keine günstige Ausgangssituation hat.

Sicherheit: Wie ein roter Faden zog sich das Thema „Sicherheit in der Neckarstadt-West“ durch die Gespräche mit den Bürgern. Schnell kommen viele auf einen Verlust an Sicherheit, eine Zunahme von Bedrohung oder zumindest einen schlechten Einfluss aus einem kriminell belasteten Umfeld zu sprechen, wobei sich die Situation in den letzten Jahren deutlich verschlechtert habe. Bei denjenigen, die selbst schon in der Neckarstadt-West aufgewachsen sind, wird auf die Unterschiede der Alltagsbedingungen zwischen der eigenen Kindheit und denen der heutigen Kinder verwiesen. Das ist die gefühlte Situation, die sicherlich konkrete Erfahrungen als Anknüpfungspunkte hat. Im Bildungsdialog seit Sommer 2013 wurde die Polizei allerdings bisher nicht eingebunden. Wir haben also keine Kriminalstatistiken, die eine objektive Gefährdungslage verdeutlichen. Klar ist: Kinder

brauchen Abstand zu Prostitution, Drogen, Kriminalität. Und es gehört auch zur Entwicklung einer erfolgreichen Bildungslandschaft, darauf hinzuwirken.

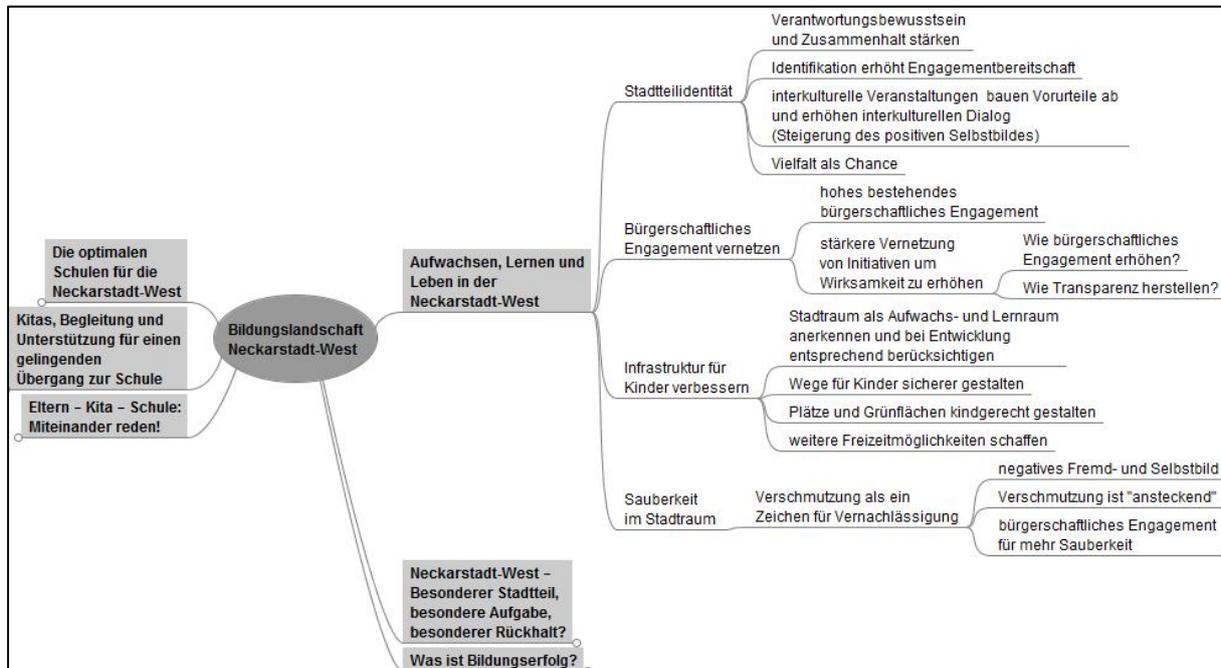
Sauberkeit im Stadtraum: Wie die Sicherheit wird auch die Sauberkeit in Bürgergesprächen immer wieder angesprochen. Verschmutzung (im öffentlichen Raum) ist ein Zeichen für Vernachlässigung, das gerade in sozial benachteiligten Stadtteilen negative Fremd- und Selbstimages bestätigt. Außerdem ist Verschmutzung ansteckend, denn verdreckte Räume ziehen weitere Verschmutzung und Vernachlässigung nach sich (broken windows Syndrom). Diejenigen in der Neckarstadt-West, die für mehr Sauberkeit im Quartier kämpfen, engagieren sich gleichzeitig gegen eine Vernachlässigung des Quartiers und verbessern damit den Sozialisationsraum für Kinder.

Die folgende Grafik veranschaulicht die inhaltliche Ausdifferenzierung des Themenschwerpunktes „Aufwachsen, Lernen und Leben in der Neckarstadt-West“:



Offene Bürgerveranstaltung: Inhalte der Diskussionsinsel 4 „Aufwachsen, Lernen und Leben in der Neckarstadt-West“

Anknüpfend an die zuvor genannten Themen und Thesen fokussierten sich die Gespräche in der offenen Bürgerveranstaltung im Rahmen dieser Diskussionsinsel auf die folgenden Inhalte:



Neben der Diskussion um die Themen Sicherheit und Sauberkeit im Stadtraum wurde der Frage nachgegangen, wie die Menschen der Neckarstadt-West zusammengebracht werden können, damit sich die Bewohner unterschiedlichster Kulturen und Religionen des Quartiers einander näher kommen, sich wohler fühlen und daraus resultierend mehr Verantwortung für den Stadtteil übernehmen. Um von einem Nebeneinander zu einem Miteinander zu gelangen, das gleichzeitig die Identifikation mit dem Stadtteil befördert, wiesen die Diskutanten auf eine notwendige Stärkung lokaler (bürgerschaftlicher) Vernetzungsstrukturen und die Wahl der „richtigen“ Kommunikationskanäle hin.

Zudem wurde auf infrastrukturelle Defizite hingewiesen, um Maßnahmen zur Verbesserung der Entwicklungsbedingungen für Kinder entwickeln zu können (z.B. kindergerechte Spielplätze).

Die Diskussionsstränge der Themeninsel 4 lassen sich im Wesentlichen in die folgenden Themenbereiche gliedern:

- „Stadtteilidentität“: Durch die Schaffung einer gemeinsamen Stadtteilidentität lässt sich das Verantwortungsbewusstsein für den Stadtteil und der Zusammenhalt in der Neckarstadt-West stärken. Bewohner, die sich stärker mit ihrem Quartier identifizieren können, fühlen sich dort besser aufgehoben und bringen eine höhere Bereitschaft auf, sich für diesen einzusetzen. Mit interkulturellen Veranstaltungen werden zudem Vorurteile abgebaut und der

interkulturelle Dialog befördert. Man lernt sich kennen, entwickelt mehr Freude am Leben in der Neckarstadt-West und steigert das positive Selbstbild.

Damit die Menschen in der Neckarstadt-West eine stärker positiv besetzte Stadtteilidentität erhalten, müssen somit Maßnahmen umgesetzt werden, die dieses befördern (die Vielfalt der Neckarstadt-West als Chance sehen, die das eigene Leben bereichern kann).

- „Bürgerschaftliches Engagement vernetzen“: Die Bewohner der Neckarstadt-West zeichnen sich durch ein hohes bürgerschaftliches Engagement aus. Es gibt viele Initiativen und Netzwerke, die in dem Stadtteil aktiv sind und versuchen, die Menschen der Neckarstadt-West zusammenzubringen (z.B. „Kiezbrunch“). Menschen, die ehrenamtlich tätig sind oder Initiativen unterstützen, übernehmen darüber hinaus Verantwortung für ihren Stadtteil und geben somit ein positives Vorbild im Hinblick auf die Vermittlung von Werten für die Kinder ab. Allerdings könnte eine engere Vernetzung ihr Wirken effektiver und nachhaltiger gestalten. Dabei spielt die Kommunikation zwischen den einzelnen Initiativen und den Bürgern eine wichtige Rolle, die es weiter auszubauen gilt. Hier fehlen derzeit noch die richtigen Kommunikationskanäle, damit gemeinschaftliche Aktionen stärker im Quartier verankert werden und ihre Reichweite erhöhen. Eine Idee, die in diesem Zusammenhang geäußert wurde, ist, einen Infokalender mit Angeboten im Stadtteil im Quartiermanagement auszulegen. Offen blieben die Fragen:
Wie lassen sich Menschen für bürgerschaftliches Engagement gewinnen? Wie lassen sich die Initiativen miteinander vernetzen? Wie lässt sich eine höhere Transparenz herstellen, damit ein Mitwirken erleichtert wird?
- „Infrastruktur für Kinder verbessern“: Die Verbesserung der Infrastruktur für Kinder spielte in dieser Diskussionsinsel eine zentrale Rolle. Denn der Stadtraum als Aufwachs- und Lernraum ist elementar für die Entwicklung eines Kindes. Er muss die Möglichkeiten und Infrastruktur zur Verfügung stellen, damit ein Kind sich nicht nur im engeren Sinne bildet, sondern auch Erfahrungen bspw. im Umgang mit anderen Kulturen sammeln kann, lernt sich im Stadtraum als Sozialisationsraum zu bewegen oder die Möglichkeiten bekommt, sich musische oder motorische Fähigkeiten anzueignen. Dazu zählen z.B. sichere Wege zu den Spielplätzen und Bildungseinrichtungen, kindgerechte Spielplätze in ausreichender Anzahl, weitere Freizeitmöglichkeiten, wie Sportvereine oder Musikschulen oder auch Jugendzentren oder allgemein öffentliche (Grün-)Flächen.
Konkret angesprochen wurden Probleme bei der Überquerung der Mittelstr. (kein Zebrastreifen, Einrichtung einer 30er-Zone), fehlende Plätze für Kinder ab 10 Jahren (mehr Bolzplätze), mehr Kapazitäten bei den Jugendzentren oder mehr interkulturelle Veranstaltungen, die ein Miteinander der vielen verschiedenen Kulturen befördern.
- Sauberkeit im Stadtraum: Das Thema Sauberkeit im Stadtraum wurde, wie in den Expertengesprächen zuvor, auch im Rahmen der offenen Bürgerveranstaltung intensiv und emotional diskutiert. Den Gesprächsteilnehmern ist bewusst, dass verschmutzte öffentliche Räume ein negatives Image erzeugen, ein Zeichen für Vernachlässigung sind und zudem „ansteckend“ wirken können. Um dem entgegenzuwirken, gibt es nach Aussagen der Teilnehmer bereits bürgerschaftliche Initiativen, die versuchen, das Stadtbild mit gemeinschaftlichen Putzaktionen zu verschönern. Allerdings ist die Anzahl nicht ausreichend und ihre Wirkung derzeit noch begrenzt. Zudem betonen die Teilnehmer, dass gemeinschaftliche Putzaktionen auf die Unterstützung der lokalen Abfallbeseitigung angewiesen sind. Hier gäbe es noch Verbesserungspotenziale. Darüber hinaus wurde das Thema im Zusammenhang mit Verantwortung bzw.

Verantwortungsbewusstsein und Identifikation mit dem Stadtteil diskutiert. Dabei gingen die Meinungen der Teilnehmer auseinander. Während einige Diskutanten der Auffassung waren, dass die Ursache der verschmutzten öffentlichen Räume primär bei den Bewohnern der Neckarstadt-West zu finden sind („das Wegwerfen von Müll auf die Straßen ist ein Zeichen für eine mangelnde Identifikation mit dem Stadtteil. Verursacht wird die geringe Identifikation und das mangelnde Verantwortungsbewusstsein durch eine hohe Fluktuation der Bewohnerschaft.“ „Die Leute sind im Stadtteil nicht angekommen. Sie sind auf der Durchreise. Da ist es egal, wo ich meinen Müll hinschmeiße, den macht ja eh jemand weg.“), waren andere Teilnehmer der Überzeugung, dass die Abfallbeseitigung ihren Verpflichtungen nicht in angemessener Form nachkommt.

5 Neckarstadt West – Besonderer Stadtteil, besondere Aufgaben, besonderer Rückhalt?

Mannheim zählt 17 Stadtbezirke bzw. 24 Stadtteile mit jeweils spezifischen Charakteren, Profilen, Qualitäten, Mängeln und Herausforderungen. Einer von ihnen ist die Neckarstadt West, wobei man bei der Neckarstadt-West in der Regel weniger an die auch zum Stadtteil zählende Friesenheimer Insel denkt, sondern an die „eigentliche“ Neckarstadt-West, eingerahmt durch Dammstraße, Waldhofstraße und Untermühlaustraße, wobei Mittelstraße, Neumarkt und Alter Meßplatz das Rückgrat des Quartiers darstellen. In der so eingegrenzten Neckarstadt-West leben gut 20.000 Menschen, was etwa 6% der Mannheimer Gesamtbevölkerung darstellt.

Einer von 24 Stadtteilen? Lebensort für 6% der Gesamtbevölkerung? Was berechtigt uns, bei der Neckarstadt-West von einem besonderen Stadtteil mit besonderen Aufgaben zu sprechen, der auch eines besonderen Rückhaltes bedarf? Kann das aus seiner spezifischen Sicht nicht jeder Stadtteil für sich beanspruchen?

Im Diskurs zur Bildungslandschaft seit dem Spätsommer 2013 zeigten sich mehrere Argumentationsstränge, in denen Besonderheiten und Forderungen nach gesamtstädtischem Rückhalt thematisiert wurden.

Den Schwachen helfen: Die Neckarstadt ist bekannterweise in der Mannheimer Sozialraumtypologie als Sozialraumtyp 5 eingestuft, worunter sich multiple soziale Problemlagen verstehen. Auf diese soziale Lage reagiert die Stadt Mannheim mit einem breiten Angebot kommunaler Sozialpolitik. Diese Hilfsangebote stehen allen Bürgern Mannheims offen, die hilfsbedürftig und hilfsberechtigt sind.

Ankommensquartier / Quartier mit Integrationsaufgaben: Im Bildungsdialo g wurde immer wieder der Begriff „Ankommensquartier“ für die Neckarstadt-West gebraucht, womit auf die vielen Menschen mit Migrationshintergrund Bezug genommen wird. Laut aktueller Statistik haben ungefähr 63% der Bevölkerung in der Neckarstadt-West einen Migrationshintergrund, wobei die Statistik den Begriff wie folgt definiert: „Als Einwohner mit Migrationshintergrund gelten Ausländer, eingebürgerte Deutsche und Aussiedler sowie Kinder unter 18 Jahre, bei denen mindestens ein Elternteil einen Migrationshintergrund besitzt.“ Interessant wird es, wenn man den beschreibenden Begriff „Migrationshintergrund“ mit dem Begriff „Ankommensquartier“ verknüpft. Ankommen, das kann heißen:

- als Zuwanderer „allein“ in einem fremden Land ankommen und die erste Zeit überstehen? (dauert Wochen und Monate)
- als Zuwanderer Integrations Schritte vollziehen (Sprache lernen, Integration in Arbeitsmarkt, Verstehen von Behörden und öffentlichen Einrichtungen, Deutschland verstehen (dauert Monate und Jahre)
- sich sicher fühlen im Gastland, die doppelte Identität als Bereicherung spüren, (braucht seine Zeit. Bei manchen geht es relativ schnell, bei anderen wird dieser Level des Ankommens nie erreicht)
- inkludiert sein, von den anderen Migranten und der sogenannten Mehrheitsgesellschaft voll akzeptiert sein (Dauer unklar, erfordert Toleranz auf allen Seiten, Level hängt sowohl vom Zuwanderer wie von der aufnehmenden Gesellschaft ab, schließt den Prozess des Ankommens ab)

Der Begriff Ankommensquartier klingt zunächst nach einem „temporären Aufenthalt“. Für viele ist die Neckarstadt-West jedoch ein Ort zum Bleiben geworden, ohne dass das „Ankommen“ wirklich abgeschlossen ist. Daneben gibt es ständig „Neuankömmlinge“: Kinder werden in eine Ankommenssituation hineingeboren, es gibt Familienzuzug infolge von Eheschließungen, und es gibt neue Zuwanderung aus „neuen Herkunftsgebieten“, konkret zuletzt aus Südosteuropa. Deutlich unterschiedliche Formen des Ankommens, Levels der Integration und Reaktionen der Menschen prallen aufeinander. Die Vorstellung einer Bruchlinie zwischen Migrant und biodeutscher Bevölkerung ist viel zu einfach gedacht. In der Neckarstadt-West gibt es vielfältige Bruchlinien in den Sozialstrukturen des Quartiers, die auf Wertvorstellungen, Armutsgrade, Anwesenheitsdauer, Namen oder Haut- und Haarfarben zurückgehen. Manche sind offensichtlich (wie gegenüber den jüngeren Zuwanderern aus Bulgarien und Rumänien), andere eher verborgen. Die Probleme, die mit einem Ankommensquartier verbunden sind, wachsen sich nicht in wenigen Jahren aus. Deswegen bedarf es viel praktischer Aktivitäten und Hilfen in einem Ankommensquartier: Quartiermanager, Kulturdolmetscher, Integrationsfonds, Sprachförderung, Eltern-Kind-Zentren, Beratungsstellen, Kulturfeste zum Brücken bauen stellen eine Vielzahl von niedrigschwelligen Hilfen dar. Nun kann man feststellen, dass es diese Angebote und einiges mehr in der Neckarstadt-West schon gibt. Wo besteht der Bedarf nach mehr Rückhalt? Geht es um die Bereitstellung von noch mehr Ressourcen, damit „mehr vom Gleichen“ angeboten werden kann? Oder geht es eher um eine positive Konnotation des Begriffs Ankommensquartier, weil es vielen, vielen Einzelnen individuelle Erfolgsgeschichten des Ankommens ermöglicht hat und ermöglicht. Dann bestünde der Rückhalt neben den Ressourcen für vielfältige niedrigschwellige Angebote auch in Respekt vor einer Leistung des Quartiers in der Gesamtstadt. Das wiederum könnte seinen Niederschlag finden in „positiven Geschichten“ für die Stadtöffentlichkeit, in Anerkennungspreisen, bei denen Neckarstädter im Rahmen gesamtstädtischer Veranstaltungen gewürdigt werden usw.

Bildung als Zukunft ist gleichzeitig ein Unterthema der „Hilfe für die Schwachen“ und ein „Dachthema“ der Stabilisierung und Stärkung des Stadtteils. Im Gegensatz zum Defizitansatz der „Hilfe für die Schwachen“ ist das Bildungsthema stärker potenzialorientiert. Bildungslaufbahnen stellen Weichen für ein ganzes Leben. Die Gespräche in der Neckarstadt-West führen immer wieder zu der Feststellung, dass die Chancen auf eine erfolgreiche Bildungslaufbahn dort geringer sind als in gut situierten Stadtteilen. Dabei ist es gleich, ob man eine institutionelle Bewertungsperspektive einnimmt und auf das Erreichen von Qualifikationsstufen schaut (z.B. Lesekompetenz, Übergangsquote zum Gymnasium u. dgl.) oder ob man eine individuell-persönliche Perspektive einnimmt und subjektive Lebensperspektiven in den Vordergrund stellt (spätere Ausbildungschance, Karriere, Selbstverwirklichung, Familiengründung usw.). Im Ergebnis bleibt die traurige Sorge, dass die in der Neckarstadt-West begonnenen Bildungslaufbahnen und Lebenswege zu oft unterdurchschnittlich und perspektivarm verlaufen (vgl. dazu die Texte zu den Diskussionsinseln 1,2,3,4). Für die Stadt Mannheim steht Bildung oben auf der Agenda. Deshalb unterstützt sie in einem Trägerverbund, zusammen mit der Freudenberg Stiftung und dem Staatlichen Schulamt Mannheim in der Neckarstadt-West das Projekt „Quadratkilometer Bildung“ und hat auch den laufenden „Bildungsdialog“ initiiert. Viele weitere reichende Forderungen stehen jedoch bisher nicht auf der Agenda der Stadt. Unterstützung der Stadt beim Thema Bildung als „Zukunft“ könnte die langfristige Umsetzung einer integrierten Strategie „lokale Bildungslandschaft“ sein, die drei Zugänge „Bildungsinstitutionen stärken“, „Stadttraum als Lernraum stärken“ und „Sozialraum als

Sozialisierungsraum stärken“ parallel und sich gegenseitig stützend etabliert (vgl. dazu auch alle anderen Dialoginseln 1,2,3,4,6).

Bürgerschaftliches Engagement braucht Rückhalt: Zu den grundlegenden Strategien der Quartiersentwicklung des letzten Jahrzehnts zählt die Idee des Empowerments (Ertüchtigung). Die eigenen Kräfte im Quartier, das zivilgesellschaftliche und unternehmerische Engagement für die Gemeinschaft soll angeregt und ermöglicht werden. Dazu dient auch das Quartiermanagement als lokaler Katalysator. In der Neckarstadt-West ist dieser Weg durchaus fruchtbar gewesen. Es gibt im Quartier viele Aktive und viel Engagement für das Quartier. Das ist positiv. Die Erfahrung zeigt aber auch, dass Engagement allein nicht ausreicht. Es bedarf finanziellen, organisatorischen und politischen Rückhalt, tlw. auch institutionalisierter Unterstützungsstrukturen.

Imagekampagne für bessere Fremd- und Selbstwahrnehmung: Das Image der Neckarstadt-West ist facettenreich. Je nach Betrachtungsperspektive kann man die Neckarstadt-West als „Urbanes Quartier“ (vielfältig, multikulturell, anregend), als „Problem-Quartier“ (Sozialer Brennpunkt, überforderte Nachbarschaften, Armutszuwanderung, Kriminalität, Rotlichtmilieu) oder als „Ankommensquartier“ (siehe oben) bezeichnen. In der Außenwahrnehmung wird mit der Neckarstadt-West vor allem das „Problemquartier“ verbunden. Dieses Negativimage klebt am Stadtteil und seinen Bewohnern. Es ist belastend, hartnäckig und selbstverstärkend. Einzelne erfolgreiche Aktivitäten, wie die Lichtmeile, sind zwar positiv imageprägend, doch reichen nicht aus, um ein Image „zu drehen“. Dazu bedarf es vielfältiger Aktivitäten, die sowohl mit harten Interventionen arbeitet (Investitionen, Impulse) wie auch die Rolle des Quartiers gesamtstädtisch positiv konnotiert (vgl. den Absatz „Ankommensquartier“). Insofern ist es für die Verbesserung der Fremd- und Selbstwahrnehmung der Neckarstadt-West wichtig, dass dies von der Gesamtstadt aktiv und ehrlich unterstützt wird.

Rückhalt wird also in unterschiedlichen Bereichen gebraucht, und er kann sehr unterschiedlicher Natur sein. Man denke an finanzielle Ressourcen, Anerkennung, Respekt, Gewährung von Freiräumen, Anpassung institutioneller Strukturen usw.

Ein Problem bei der Gewinnung von mehr Rückhalt durch die Gesamtstadt ist der Wettbewerb mit anderen Stadtteilen, die aus ihrer Sicht selbstverständlich auch Rückhalt und Unterstützung einfordern. Dazu ist zu sagen, dass die Gesamtstadt zwar ihre Ressourcen effizient und fair einsetzen muss, doch dass es beim Thema Rückhalt nicht nur um knappe Ressourcen, sondern auch um Strukturen und Haltungen geht. Es lohnt sich, der Frage nachzugehen, ob die Neckarstadt-West in Mannheim ein zu geringes politisches Gewicht.

In Sachen Wahlbeteiligung ist die Neckarstadt-West marginalisiert, bzw. die Bevölkerung hat sich politisch marginalisiert. Bei der Kommunalwahl waren von den gut 20.000 Einwohnern 12.854 wahlberechtigt, von denen 3.063 gewählt haben, was einer Wahlbeteiligung von 23,8% entspricht. Die wenigen abgegebenen Stimmen streuen breit, haben jedoch einen Schwerpunkt im sozialdemokratisch-links-grünen Spektrum (70,7% der abgegebenen Stimmen). Von besonderem Interesse ist, dass etwa 4.400 Bürger nur das kommunale Wahlrecht haben, dieses aber kaum nutzen. So waren für die zeitgleich zur Kommunalwahl stattfindende Europawahl 8.470 Bürger wahlberechtigt, von denen 2.914 zur Wahl gingen.

D.h., von den etwa 4.400 Bürgern, die nur das kommunale Wahlrecht haben, sind 149 zur Wahl gegangen (3,3%).

Ungeachtet dessen greifen die formalen Politikstrukturen. Die Stadt Mannheim hat für alle 17 Stadtbezirke - so auch für die Neckarstadt-West - Bezirksbeiräte eingerichtet, die wichtige Angelegenheiten ihres Stadtbezirks beraten und mit Empfehlungen für die weitere Beratungsfolge in den Fachausschüssen bzw. dem Gemeinderat versehen. Der Bezirksbeirat tagt dreimal im Jahr. Er verfügt auch über ein kleines eigenes Stadtbezirksbudget (17.542 Euro pro Jahr in der Neckarstadt West), das für die Förderung von Projekten und Institutionen aus den Bereichen Soziales, Kultur, Bildung, Sport eingesetzt werden kann.

Neben der Verankerung der Neckarstadt-West in den etablierten formalen repräsentativen parlamentarischen Strukturen (Gemeinderat, Bezirksbeirat) stellt sich die Frage, wie es um das politische Sozialkapital der Neckarstadt-West steht, das über den Stadtbezirk hinaus wirken kann. Damit ist gemeint, dass auch die informellen Kontakte aus dem Stadtteil zu den politischen Mandatsträgern und anderen einflussreichen Mannheimern schwach ausgeprägt sind. Die wenigsten Neckarstädter dürften an Empfängen, Kulturveranstaltungen, Eröffnungen, Tennis- und Golfturnieren, Mittelstands-Gänseessen, Gründer-Kaminabenden, den Treffen der Rotary und Lions Clubs und ähnlichen Veranstaltungen teilnehmen, auf denen Menschen informell miteinander ins Gespräch kommen und politische Sozialkapital-Netzwerke bilden. Wie sind die Kontakte aus dem Stadtteil zu politischen Mandatsträgern und anderen einflussreichen Mannheimer ausgeprägt? Gibt es vielleicht andere Netzwerke, die genau so effektiv sind?

Vorschläge für konkrete Handlungsansätze aus den Diskussionen:

- **Kümmerer / Ombudsmann:** Stadtteilen mit größeren benachteiligten Bevölkerungsgruppen und geringer politischer Teilhabe – wie der Neckarstadt-West – hilft ein fester Kümmerer in der Gesamtstadt. In den skandinavischen Ländern hat sich für solche Kümmerer, die von jedermann leicht erreicht werden können, der Begriff Ombudsmann herausgebildet, der auch in den allgemeinen Sprachgebrauch bei uns eingeflossen ist. Ein Ombudsmann ist ein „niedrigschwelliger Ansprechpartner“ wie auch teilweiser Ersatz für das möglicherweise fehlende politische Kapital. Deswegen sollte die entsprechende Person großes persönliches Renommee vorweisen und einbringen können. Während der Quartiermanager das zivilgesellschaftliche Engagement im Quartier unterstützt, engagiert sich der Ombudsmann für die Belange des Quartiers in der Gesamtstadt. Er ist Protegé einer Anerkennungskultur, setzt sich für eine Verbesserung des Außenimages ein und ist „niedrigschwelliger Ansprechpartner“, der bei Problemen im Zusammenspiel von zivilgesellschaftlichem Quartiersengagement und gesamtstädtischen Institutionen direkt ansprechbar ist und rasche Lösungen ermöglichen kann. Im Rahmen des Projektes Stadtteilorientierung der Verwaltung wurden die Bürgerserviceleiter (also Herr Winkler für die Neckarstadt-West) als erster Ansprechpartner und Kümmerer für den Stadtteil benannt. Das ist erst einmal gut. Es stellt sich jedoch die Frage, ob der bisherige Ansatz in der Stadt Mannheim schon weit genug trägt, oder ob das Thema „Ombudsmann“ noch weitreichender angegangen werden sollte.

- **Deals & Rückgratstrukturen:** Die Förderung bürgerschaftlichen Engagements als Hilfe zur Selbsthilfe ist in der Neckarstadt-West auf fruchtbaren Boden gefallen (siehe die Ausführungen am Anfang des Kapitels). Die Praxis zeigt jedoch, dass bürgerschaftliches Engagement leichter ist, wenn es öffentlich unterstützt wird. Es stellt sich so die Frage, wie ein sinnvolles komplementäres städtisches Engagement zum bürgerschaftlichen Engagement aussehen kann. Das ist eine Frage, die sich nur auf die Neckarstadt-West richtet, sondern generell auf den Umgang mit bürgerschaftlichem Engagement zielt.
- **Ressourcen & Entscheidungsspielräume:** Beim Thema Rückhalt geht es nicht nur, jedoch auch um die Bereitstellung von Ressourcen. Ein erster Punkt sind dabei Entscheidungsspielräume für die Mittelverwendung. Das Beispiel des Integrationsfonds zeigt, wie ein „lokal verfügbares Budget“ ein sehr nützlicher Baustein im öffentlichen Finanzierungsmodell darstellt. Es ist zu prüfen, ob noch weitere Fonds sinnvoll sind, die lokal verwaltet und eingesetzt werden können. Darüber hinaus ist die Frage der Entscheidungsspielräume eine grundsätzliche, die nicht nur kommunales sondern auch staatliches Handeln betrifft. So verweisen verschiedene Überlegungen aus dem Diskussionsfeld „optimale Schule“ auf mehr lokale Schulautonomie (z.B. bei der Lehrereinstellungen, der ergänzenden Sozialarbeit sowie bei der Kooperation mit non-formalen Bildungspartnern), was auch einer Forderung nach mehr eigenen finanziellen Entscheidungsspielräumen gleichkommt. Schließlich umfasst das Thema Ressourcen auch die Forderung nach mehr Finanzmitteln. Das ist eine Dauerforderung, die jedoch als pauschale Forderung ins Leere geht. Angesichts der angespannten öffentlichen Haushalte sind die Möglichkeiten hier eh begrenzt. Doch wenn mehr Ressourcen gefordert werden, dann sollte das nicht am Anfang stehen, sondern das Ergebnis einer begründeten quartiersbezogenen Strategie oder Maßnahme (vgl. dazu die Überlegungen zu einer „integrierten lokalen Bildungslandschaft für die Neckarstadt-West“) darstellen. Gesamtstädtisch wäre zu überlegen, nach welchen Kriterien welche Ressourcen in welche Stadtteile fließen.
- **Bauliche Investitionen:** Ein Teilthema der Ressourcenfrage sind öffentliche wie private bauliche Investitionen in die Neckarstadt-West. Neben Veränderungen des öffentlichen Raumes („Lernorte“) ist an Investitionen zu denken, von denen positive Impulse auf das Quartier und das Image des Quartieres ausgehen. Ein Beispiel dafür ist die Pop-Akademie im benachbarten Jungbusch. Auch in der Neckarstadt-West hat es mit Investitionen der GBG, dem Umbau des Volksbades zum Kreativzentrum oder der Etablierung des Community Art Center Investitionen gegeben, doch deren Impulswirkung ist bisher begrenzt. Insofern sollte die Stadt Mannheim erwägen, welche weiteren Investitionsimpulse in die Neckarstadt gelenkt werden können, wie es bspw. mit der Diskussion um die Neuerrichtung des „Museums der Deutschen Sprache“ geschieht.
- **Bespielungen:** Stadt lebt, und dieses Leben und das dadurch entstehende Lebensgefühl kann aktiv durch Bespielungen des öffentlichen Raumes unterstützt werden. Bei privaten Großvorhaben zählt die „Bespielung“ längst zu den Standardbausteinen von Entwicklungsstrategien. Bespielung ist also nicht immer Luxus sondern zuweilen auch ein planerisches Basiselement. In der Neckarstadt-West gibt es mit der gut „etablierten“ Lichtmeile ein hervorragendes Beispiel für eine gelungene Bespielung des öffentlichen Raumes. An diese Erfahrungen gilt es anzuknüpfen. Nicht unbedingt mit dem Erfinden weiterer großer Feste, aber doch mit attraktiven Aktivitäten im öffentlichen Raum.

- **Hilfe bei SOS und Problemimmobilien:** Auch im Bildungsdiskurs taucht immer wieder die Thematik SOS, d.h. Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit, auf. Ergänzt wird sie noch durch das Thema Problemimmobilien. Man kann noch so viel über Potenziale und deren Förderung sprechen, doch wenn es nicht gelingt, die Neckarstadt-West von den Folgeproblemen der Problemimmobilien zu befreien und generell einen guten Standard bei Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit zu erreichen, dann bleiben dem Stadtteil fundamentale Defizite. Es ist bekannt, dass die Themen seit längerem auf der Agenda stehen und nicht einfach zu lösen sind. Das ändert jedoch nichts an der Dringlichkeit, Verbesserungen herbeizuführen.

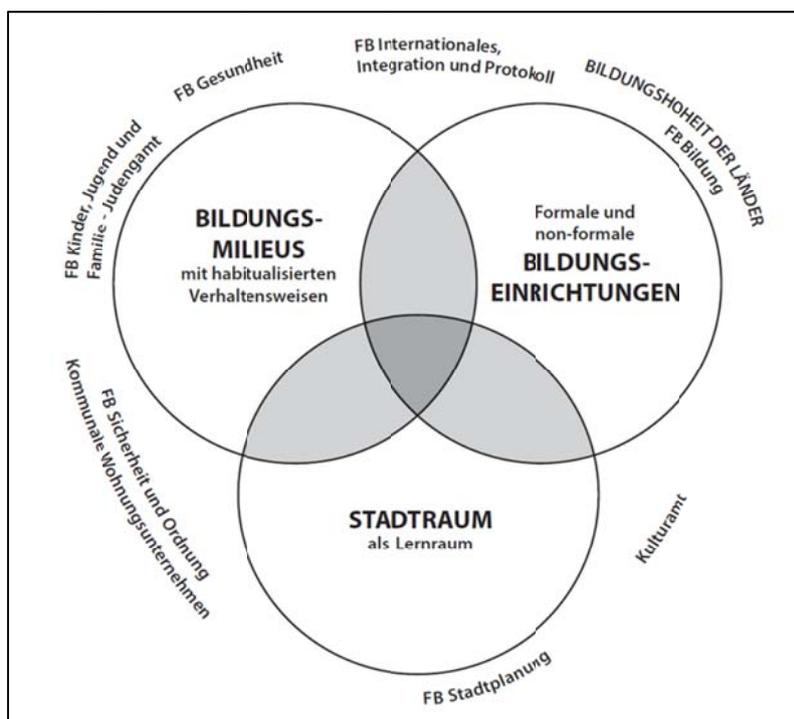
Bündelung in einer Integrierte Bildungsstrategie für die Neckarstadt-West:

Alle Aspekte des Bildungsdialoges zählen auf eine Stärkung der Bildungslandschaft in der Neckarstadt-West. Eine große Zahl von Einzelmaßnahmen, die in den verschiedenen Handlungsfeldern

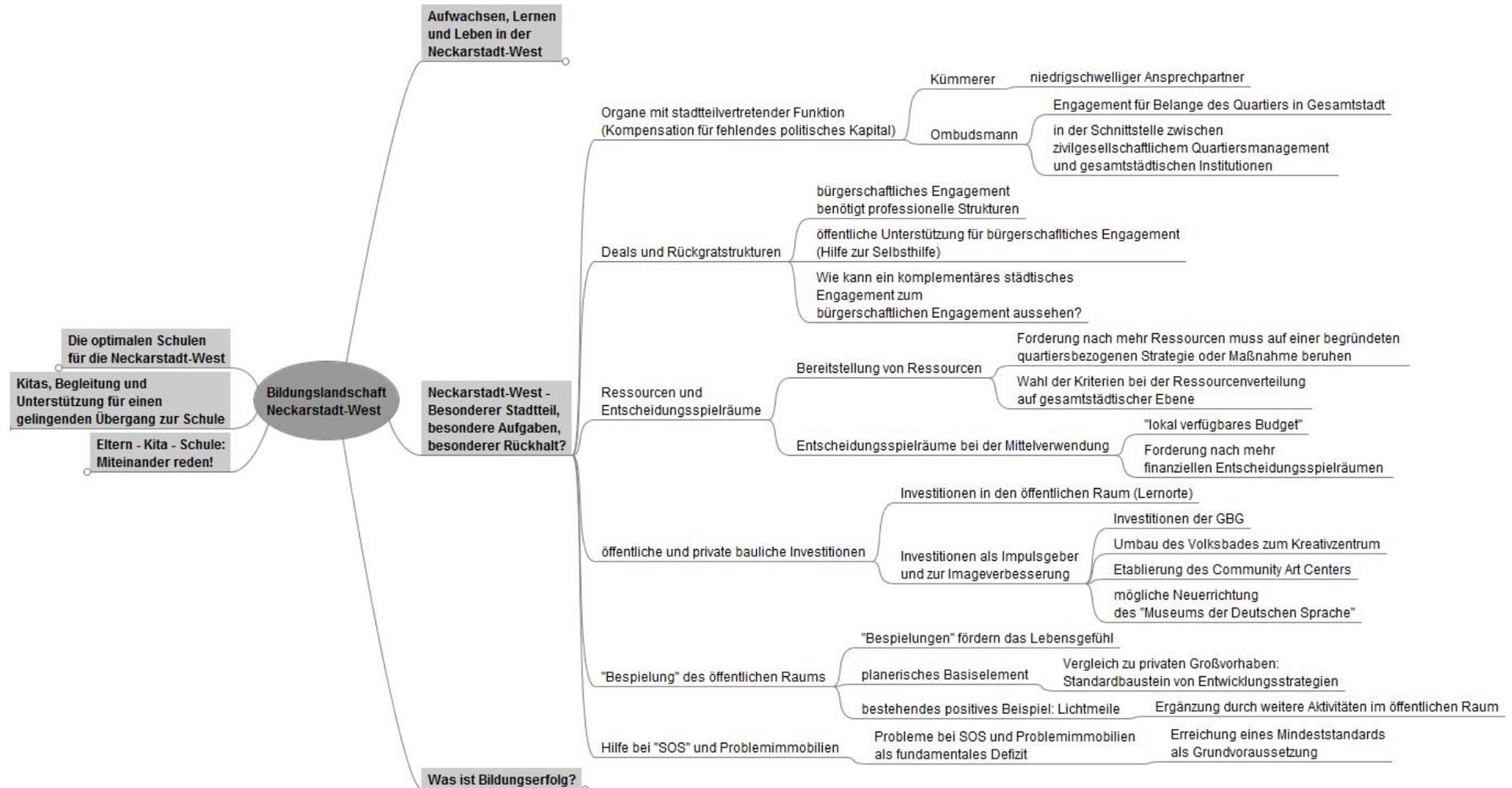
- Optimale Schulen
- Kitas – Unterstützung für den gelingenden Übergang
- Schule/Kitas – Eltern: miteinander reden
- Aufwachsen, Lernen und Leben in der Neckarstadt-West

angesiedelt sind, können dazu beitragen. Es ist einerseits richtig, diese Einzelmaßnahmen dezentral anzugehen. Es ist aber genauso wichtig, sie seitens der Stadt zu einer integrierten Gesamtstrategie „lokale Bildungslandschaft“ zusammenzuführen und über einen längeren Zeitraum zu begleiten, zu evaluieren und zu kommunizieren, damit die Ideen nicht zerfleddern und in einer wirkungslosen Projektitis einiger Einzelmaßnahmen enden.

Abb.: Integrierte lokale Bildungslandschaft für die Neckarstadt-West

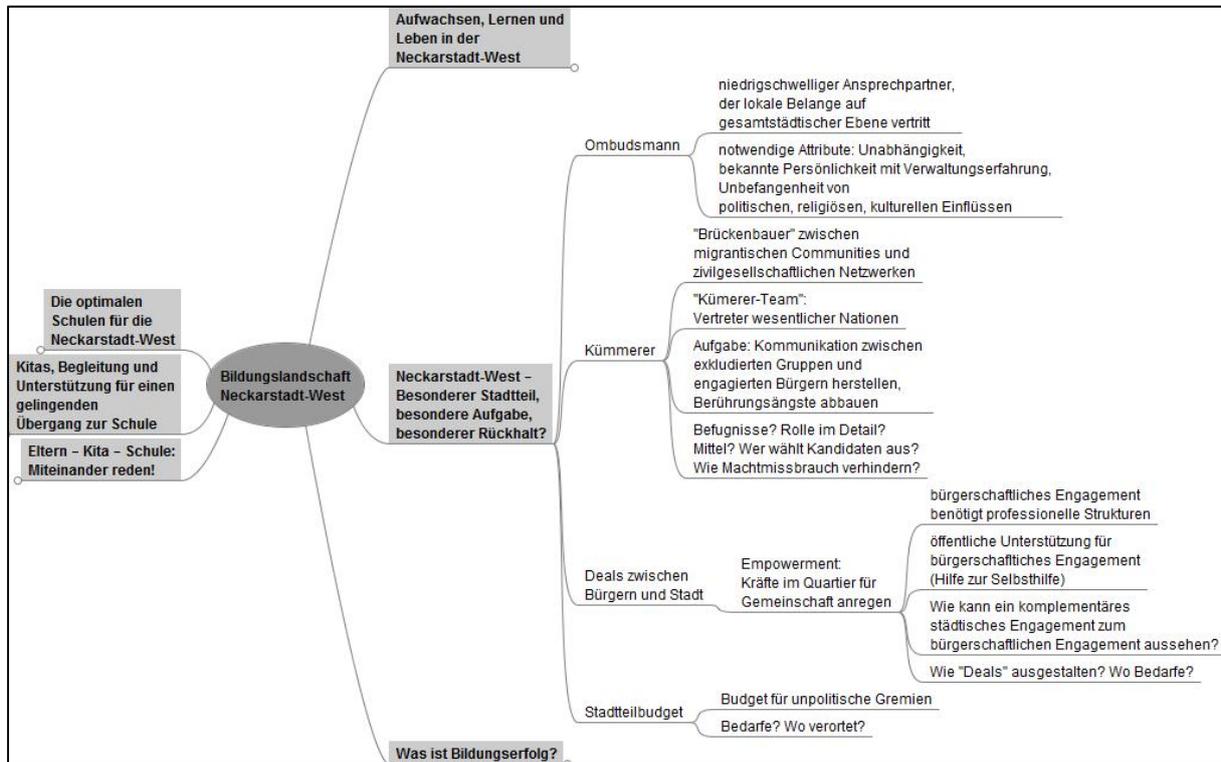


Die folgende Grafik veranschaulicht die inhaltliche Ausdifferenzierung des Themenschwerpunktes „Neckarstadt West – Besonderer Stadtteil, besondere Aufgaben, besonderer Rückhalt?“:



Offene Bürgerveranstaltung: Inhalte der Diskussionsinsel 5 „Neckarstadt West – Besonderer Stadtteil, besondere Aufgaben, besonderer Rückhalt?“

Anknüpfend an die zuvor genannten Themen und Thesen fokussierten sich die Gespräche in der offenen Bürgerveranstaltung im Rahmen dieser Diskussionsinsel auf die folgenden Inhalte:



Die Teilnehmer der Diskussionsinsel 5 beschäftigten sich mit der Frage nach der Notwendigkeit eines „Ombudsmannes“ in der Verwaltung der Stadt Mannheims und eines „Kümmerers“ auf Quartiersebene. Während der „Ombudsmann“ zur Aufgabe hat, die bürgerschaftlichen, lokalen Belange des Quartiers in die Stadtverwaltung zu tragen und damit die Schnittstelle zwischen Quartiermanagement und Verwaltung bedient, gilt der „Kümmerer“ bzw. ein „Kümmererteam“ als „Brückenbauer“ zwischen den verschiedenen Kulturkreisen mit dem Ziel, Anbindungen von (closed) Communities zu bestehenden bürgerschaftlichen Netzwerken herzustellen. Beide Funktionen („Ombudsmann“ und „Kümmerer“) wurden für wichtig befunden. Allerdings wurde darauf hingewiesen, dass bei der Kompetenzzuschneidung beider Funktionen bestimmte Kriterien zu erfüllen sind (z.B. „Ombudsmann“: Unabhängigkeit und Verwaltungserfahrung; „Kümmerer“: keine Kultur bzw. Religion darf sich ausgeschlossen fühlen zudem darf der „Kümmerer“ seinen Einfluss/Macht nicht in seinem Sinne missbrauchen können).

Die Themen „Deals zwischen Bürgern und Stadt“ und „Stadteilbudget“ standen zwar ebenfalls auf der Agenda der Moderatoren, konnten jedoch aufgrund Zeitmangels nicht mehr ausführlich diskutiert werden.

Die Diskussionsstränge der Themeninsel 5 lassen sich im Wesentlichen in die folgenden Themenbereiche gliedern:

- „Ombudsmann“: Benötigt die Neckarstadt-West eine(n) „niedrigschwelligen AnsprechpartnerIn“, der (die) die bürgerschaftlichen/lokalen Belange bzw. das zivilgesellschaftliche Quartiersengagement auf gesamtstädtischer Ebene, wie bspw. gegenüber der Stadtverwaltung, vertritt? Und wenn ja, in welchen Bereichen wird ein Bedarf ausgemacht und über welche Eigenschaften/Ausstattungsmerkmale müsste er verfügen, damit er zu einer effizienteren Nutzung der Potenziale des Stadtteils beitragen kann? In den Diskussionen mit den Bürgern des Quartiers wurden hierbei Attribute wie Unabhängigkeit, bekannte Persönlichkeit mit jedoch viel Verwaltungserfahrung und Unbefangenheit von politischen, religiösen oder kulturellen Einflüssen genannt. Allerdings wie könnte eine Einrichtung oder Person konkret aussehen, die diese Funktion für den Stadtteil wahrnehmen könnte? Bestehen bereits Einrichtungen, die sich dafür eignen oder gibt es Persönlichkeiten im Stadtteil, die diese Eigenschaften aufweisen? Diese Fragen blieben jedoch unbeantwortet.
- „Kümmerer“: „Viele Bürger, zumeist mit Migrationshintergrund, fühlen sich nicht integriert, mitgenommen und trauen sich nicht, sich zu beteiligen.“ Mit diesen Worten beschrieb ein Teilnehmer der offenen Bürgerveranstaltung am 23.09.2014 im Bürgerhaus der Neckarstadt-West die Integrations- und Beteiligungssituation in dem Stadtteil. Aufgrund der hohen Anzahl an Migranten unterschiedlichster religiöser und kultureller Zugehörigkeiten bestehen in der Neckarstadt-West viele (closed) Communities, die aus den verschiedensten Gründen lediglich eine geringe gesellschaftliche Teilhabe ausüben. Um das „Nebeneinanderher“ zu reduzieren und das „Miteinander“ zu fördern, könnte eine Person/Team oder Einrichtung eine „Brücken bauende“ Funktion einnehmen, indem sie Verknüpfungen zu bestehenden zivilgesellschaftlichen Netzwerken herstellt. Die Einrichtung eines „Kümmerer-Teams“, das sich aus Vertretern der wesentlichen Nationen zusammensetzt, könnte die Kommunikation zwischen exkludierten Gruppen und engagierten Bürgern bzw. Initiativen im Stadtteil herstellen sowie Berührungspunkte auf beiden Seiten abbauen. Unklar ist jedoch wie die Zusammensetzung eines solchen Teams aussehen könnte und mit welchen Befugnissen dieses ausgestattet werden sollte. Wer bestimmt geeignete Kandidaten aus den größten ethnischen Gruppen und über welche Merkmale sollten sie verfügen? Wie sieht ihre Rolle im Detail aus und über welche Mittel verfügen sie? Wichtig ist darüber hinaus, dass diese Personen über große persönliche Stabilität verfügen müssen, da sie in eine Position gelangen können, in der sie einen erheblichen Einfluss bzw. Macht auf ihre Community ausüben können. Demzufolge muss sichergestellt werden, dass die Kümmerer im Sinne ihrer Community handeln und nicht ihre Eigeninteressen in den Vordergrund stellen.

6 Was ist Bildungserfolg?

„Was ist Bildungserfolg?“ ist eine Frage, die nicht explizit in den Teildialogen 1 bis 3 mit den Institutionen und Zielgruppen diskutiert wurde. Von den Bürgern wurde die Frage in den Gesprächen nicht angesprochen und vom vhw nicht eingebracht. Vielmehr wurde sie im Rahmen der prozessbegleitenden Screeninggruppen-Sitzungen aufgeworfen, insbesondere während der Teilnahme von Oberbürgermeister Dr. Kurz am zweiten Treffen im November 2013 und in der fünften Sitzung, in der diese Frage einen eigenen Tagesordnungspunkt eingenommen hatte.

Im Rahmen der Diskussionen zeichneten sich zwei Perspektiven ab: zum einen eine institutionelle Perspektive und zum anderen eine individuell persönliche Perspektive.

Die institutionelle Perspektive: Der Begriff „Bildungserfolg“ muss aus der Sicht von institutionellen Akteuren spätestens dann definiert werden, wenn über den Einsatz bzw. Verteilung von Ressourcen entschieden werden muss oder Bildungsinstitutionen sich für die Beantragung von Mitteln rechtfertigen müssen. Denn hierbei spielt es eine Rolle, inwieweit die finanziellen und personellen Mittel wirksam und effizient eingesetzt wurden. Darüber hinaus ist eine Festlegung der Bedeutung von Bildungserfolg ebenfalls dann wichtig, wenn die Erfolge von bildungsbezogenen Projekten sichtbar gemacht oder einzelne (Bildungs-) Maßnahmen bewertet bzw. messbar gemacht werden sollen.

Bei dieser evaluationsbasierten Betrachtungsweise handelt es sich primär um einen output- und ressourcenorientierten Ansatz, d.h. es wird die Frage gestellt, mit welchem Mitteleinsatz sich bspw. bestimmte Übergangsquoten erzielen oder Kinder zu einem Schulabschluss führen lassen.

Hierbei spielen überwiegend quantitativ messbare Kennzahlen von „harten“ Indikatoren eine zentrale Rolle, da nur diese eine Vergleichbarkeit mit anderen Maßnahmen oder Stadtteilen gewährleisten können.

Die institutionelle Perspektive beruht jedoch auf der Existenz eines fundierten Evaluationskonzeptes, ohne das eine objektive Bewertung des Mitteleinsatzes nicht möglich ist. Insbesondere in der Neckarstadt-West, in der sich eine Vielzahl an organisierten Akteuren engagieren muss schließlich diskutiert werden, ob der Aufwand, den die Akteure in den Bildungsprozess einbringen, und der Ertrag, in Form von bspw. erfolgreichen Schulabschlüssen, in einem erwarteten Verhältnis zueinander stehen. Dabei muss auf der Grundlage der Status quo Situation die Frage gestellt werden, wie die lokale Bildungslandschaft aufgestellt sein müsste, damit es, bei gegebenem Ressourceneinsatz, bessere Voraussetzungen bieten kann, um eine Bildungsbiografie erfolgreich abzuschließen.

Die individuell persönliche Perspektive: Während die Ausführungen zur institutionellen Perspektive in erster Linie auf quantitativ messbare Kennzahlen abzielen, sind die Indikatoren für eine erfolgreiche Bildung aus der individuell persönlichen Perspektive deutlich weiter gefasst. Hier spielt nicht nur der Erwerb von Bildungszertifikaten eine Rolle, sondern vielmehr das Eröffnen von Perspektiven und das „fit Machen“ für die Zukunft, für den Arbeitsmarkt oder ganz allgemein für das Leben (dieser Aspekt spielt in der Neckarstadt-West eine besondere Rolle, da die Bewohner des Stadtteils, wie Gespräche mit Eltern der Neckarstadt-West gezeigt haben, zum Teil einem (Bildungs-)Stigma ausgesetzt sind, so dass es ihnen aufgrund ihrer Herkunft (Neckarstadt-West) schwieriger fällt, eine Ausbildung oder Beruf zu erlangen). Was das im Einzelnen für jede Person bedeutet, ist wiederum abhängig von kulturellen und religiösen Zugehörigkeit. Gespräche mit den Bürgern der Neckarstadt-West haben dabei verdeutlicht, dass Werteeinstellungen, die Einstellung zu Bildung oder der Zweck von Bildung die Definition von Bildungserfolg erheblich beeinflussen

und mitbestimmen (vgl. hierzu die Ausarbeitungen zu den Gruppengesprächen im Rahmen des Dialog 2 „Kernzielgruppen“).

Ferner ist die Förderung von Begabungen ebenso wie die Persönlichkeitsentwicklung ein zentraler Aspekt in der Definition von Bildungserfolg. Die Diskussionsbeteiligten äußerten, dass ohne eine individuelle Förderung, die das (verborgende) Talent eines Kindes freilegt, eine Bildungsbiografie nicht als „erfolgreich abgeschlossen“ bezeichnet werden kann.

Gerade in einem Stadtteil, der mit vielen sozialen Problemlagen zu kämpfen hat, ist es von besonderer Bedeutung, auf die individuell Fähigkeiten und Defizite der Kinder mit abgestimmten Fördermaßnahmen einzugehen.

In die gleiche Richtung zielt die Auffassung, dass bei einer Beurteilung, ob ein Kind Bildungserfolg erzielt hat oder nicht, die Voraussetzungen eines jeden Kindes mit berücksichtigt werden müssen. So kann bspw. ein Kind mit geringeren (kognitiven) Fähigkeiten und dem Erreichen eines niedrigeren Schulabschlusses individuell für sich Bildungserfolg erzielen, genauso wie ein Kind, das mit höheren Fähigkeiten einen höheren Schulabschluss erlangt.

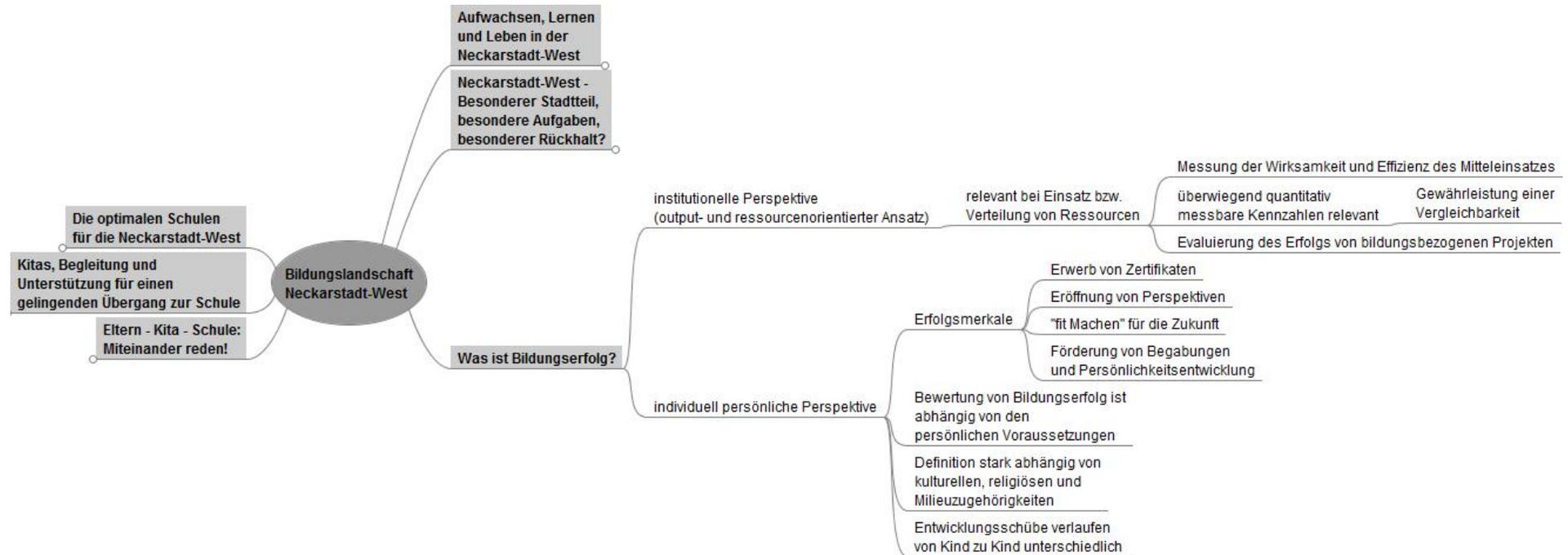
Im Zusammenhang mit der individuell persönlichen Perspektive lassen sich zudem weitere Anmerkungen und Ansichten im Hinblick auf die Bewertung der erreichten Bildungsstände der Kinder festhalten. Zunächst wurde darauf hingewiesen, dass es wichtig sei, den erreichten Bildungsstand in unterschiedlichen Lebensphasen zu berücksichtigen, da die Entwicklung der Kinder/Jugendlichen nicht stetig verläuft, sondern in Schüben. Diese sind individuell stark verschieden, so dass bei einer Bewertung des Leistungsstandes eines Kindes diese Dynamiken im Idealfall mit einfließen.

Des Weiteren ruft die leistungsbezogene Beurteilung eines Kindes bei den betroffenen Kindern und Eltern unterschiedliche Reaktionen hervor. So können einerseits hierbei Förderbedarfe aufgedeckt und ein entsprechendes individuelles Förderprogramm zusammengestellt werden – was positiv ist -, andererseits jedoch auch Ängste und Ablehnung durch die „Gefahr“ des „aussortiert werdens“ zum Vorschein kommen. Eltern könnten die Auffassung vertreten, dass durch die individuelle Förderung ihres Kindes, dieses einem Stigma ausgesetzt wird, das sich schließlich nachteilig auf die Entwicklung auswirken könnte.

Im Folgenden werden einige Definitionen von „Bildungserfolg“ aufgelistet, die im Rahmen der Diskussionen in den Screeninggruppen-Sitzungen zur Sprache kamen.

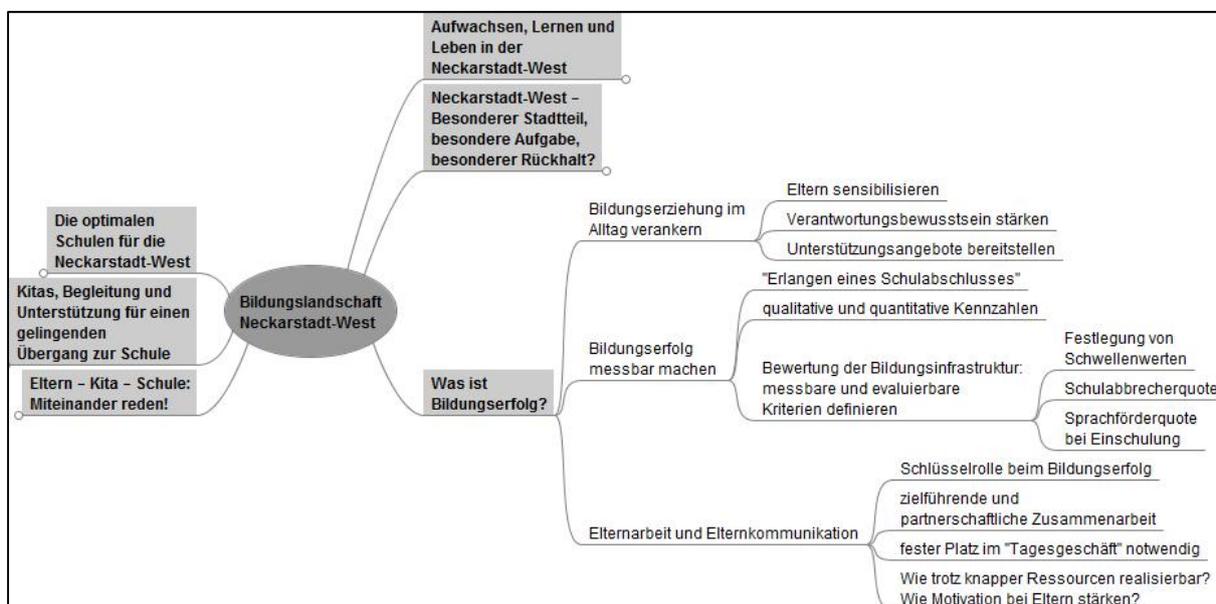
- „Bildungserfolg hat man, wenn bei Kindern die Lust und Neugier am Lernen geweckt werden.“
- „Eine Bildungsbiografie ist erfolgreich, wenn es den Kindern damit später gelingt, sich in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt erfolgreich zu integrieren // das Leben zu meistern, ohne später auf Transferleistungen angewiesen zu sein.“
- „Bildungsbiographie ist erfolgreich, wenn sie die Persönlichkeitsentwicklung des Kindes fördert // Wenn sie besondere Begabungen freilegt und fördert.“

Die folgende Grafik veranschaulicht die inhaltliche Ausdifferenzierung des Themenschwerpunktes „Was ist Bildungserfolg?“:



Offene Bürgerveranstaltung: Inhalte der Diskussionsinsel 6 „Was ist Bildungserfolg?“

Anknüpfend an die zuvor genannten Themen und Thesen fokussierten sich die Gespräche in der offenen Bürgerveranstaltung im Rahmen dieser Diskussionsinsel auf die folgenden Inhalte:



Der Arbeitskreis zum Thema „Was ist Bildungserfolg?“ setzte sich mit Kriterien zur Messung von Bildungserfolg auseinander. Darüber hinaus wies er nochmals darauf hin, dass der Bildungserfolg eines Kindes im Wesentlichen auf dem partnerschaftlichen Zusammenwirken der Akteure Kita, Schule und Eltern beruht. Hierbei spielt das Bewusstsein für die Verantwortlichkeit am Bildungserfolg der Kinder und die Motivation der Eltern, positiv darauf einzuwirken, eine zentrale Rolle. Insbesondere die Möglichkeiten im alltäglichen Umgang zur Bildungsförderung der Kinder müssen den Eltern aufgezeigt und ggfs. Unterstützungsangebote bereitgestellt werden.

Die Diskussionsstränge der Themeninsel 6 lassen sich im Wesentlichen in die folgenden Themenbereiche gliedern:

- „Bildungserziehung im Alltag verankern“: Bildung findet nicht nur in den formalen und non-formalen Bildungseinrichtungen statt. Sondern ebenfalls zuhause beim Spielen, draußen auf dem Weg zu Schule oder vor allem auch ganz allgemein im Alltag. So selbstverständlich wie das klingt, scheint diese Einstellung nicht bei allen Eltern bewusst und verankert zu sein. Von daher müssen mit Hilfe neuer Methoden und Unterstützungsangeboten Eltern besser darauf vorbereitet und in ihrer Verantwortlichkeit für den Bildungserfolg gestärkt werden.
- „Bildungserfolg messbar machen – (Bildungserfolg ist, wenn jeder einen Schulabschluss erreicht)“: Bildungserfolg darf nicht nur auf weichen Faktoren beruhen, die nicht messbar und daher nicht evaluierbar sind. Will man die Bildungsinfrastruktur eines Quartiers messen, um zu überprüfen, ob bestimmte Maßnahmen ihre Wirkung erzielen, ist es wichtig, dass zuvor quantifizierbare Kriterien definiert werden. Beispiele sind die

Schulabbrecherquote oder die Sprachförderquote bei der Einschulung. Hier können messbare Schwellenwerte bestimmt werden, die in einem zuvor bestimmten Zeitraum unterschritten werden sollen. Welche weiteren Kriterien würden sich eignen, um den Erfolg einer lokalen Bildungsinfrastruktur zu messen? Welche Maßnahmen könnten hier unmittelbar anknüpfen?

- „„Elternarbeit und Elternkommunikation“: Der Elternarbeit kommt im Hinblick auf den Bildungserfolg der Kinder eine Schlüsselrolle zu. Ohne den wechselseitigen und konstruktiven Austausch zwischen Eltern und Erziehern/Lehrern sowie unter den Eltern ist eine zielführende und partnerschaftliche Unterstützung der Kinder nicht realisierbar. Folglich müssen Elternkommunikation und die Einbindung der Eltern einen festen Platz im „Tagesgeschäft“ der Bildungseinrichtungen einnehmen. Jedoch wie kann es gelingen, dass Eltern einen festen Platz in den Einrichtungen erhalten und die Erzieher und Lehrer trotz knapper Ressourcen genug Zeit für Elterngespräche aufbringen können? Darüber hinaus müssen jedoch auch Wege gefunden werden, die die Motivation der Eltern stärken sich aktiv in den Bildungseinrichtungen einzusetzen, denn ohne Engagement bei den Eltern läuft Elternkommunikation ins Leere.